

Die
Pariser Wirtschaftskonferenz

Vortrag,
gehalten in der Jahresversammlung der
Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft
am 23. November 1916 in Berlin

Von

Dr. Willi Prion

Professor an der Handelshochschule Berlin

A 202 PR
289



Berlin

Carl Heymanns Verlag
1917

Vorwort.

Auf der Wirtschaftskonferenz, die am 14.—16. Juni 1916 in Paris stattgefunden hat, haben unsere Gegner die weitgehendsten Maßnahmen gegen den Handel der Zentralmächte beschlossen. Diese Beschlüsse haben in der ganzen Welt, in der feindlichen, der neutralen wie auch in der deutschen und verbündeten Presse ein kräftiges Echo gefunden. Man kann aber nicht sagen, daß dabei die Probleme, die mit der Durchführung der Beschlüsse entstehen, eine volle Klärung erfahren haben. Im Gegenteil: man gewahrt ein durch Kriegseidenschaften verzerrtes Aneinandervorbeireden, tiefgehende Meinungsverschiedenheiten nicht nur von Gegner zu Gegner, von Verbündetem zu Verbündetem, sondern auch innerhalb der einzelnen Länder zwischen den verschiedenen Parteien und Berufsgruppen, zwischen Männern der Wissenschaft und der Praxis.

Wenn ich der Aufforderung der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, über die Pariser Wirtschaftskonferenz zu sprechen, heute abend nachkomme, so habe ich nicht den Ehrgeiz, den zahlreichen umlaufenden Meinungen eine neue hinzuzufügen. Ich sehe vielmehr meine Aufgabe darin, Ihnen eine nüchterne und sachliche, also möglichst objektive Übersicht zu geben, über alles das, was mit dieser Konferenz zusammenhängt, damit Sie in der Lage sind, sich selbst und unabhängig von den Ihnen — wahrscheinlich nur stückweise — zugegangenen Zeitungsmeinungen ein eigenes Urteil zu bilden. Ich werde mich bemühen, ohne alle Leidenschaft zu sprechen, wenn es auch zuweilen nicht leicht sein wird, ruhig zu bleiben, angesichts der Schamlosigkeit, mit der die Gegner vielfach gegen die Zentralmächte argumentieren.

Wie Sie aus dem Inhaltsverzeichnis ersehen wollen, gedenke ich zunächst mit ein paar Worten über die Vorgeschichte der Beschlüsse zu sprechen, und den Wortlaut der Beschlüsse ebenso kurz zu erläutern, um dann etwas näher auf die Beweggründe sowie auf die Durchführung der Beschlüsse einzugehen. Eine mehr aphoristische Betrachtung über die Stellung Deutschlands zu den Beschlüssen soll die Darstellung beschließen.

Um die Übersichtlichkeit des Stoffes zu erhöhen, habe ich dem Vortrag in dem vorliegenden Druck mehr die äußere Form des Aufsatzes gegeben. Außerdem hat sich der Inhalt dadurch ein wenig (an zwei oder drei Stellen) geändert, daß ich vorbereitete Teile wegen Zeitmangels beim Vortrage ausfallen lassen mußte.

Berlin-Grünwald, Mitte März 1917.

W. Prion.

Inhaltsübersicht.

	Seite
I. Vortrag	1
Einleitung	1
A. Die Beschlüsse als solche	1
I. Vorgeschichte	1
II. Wortlaut der Beschlüsse	4
A. Kriegsmaßnahmen	4
B. Maßnahmen für die Übergangszeit	5
C. Dauernde Maßnahmen für die Friedenszeit	7
III. Begründung	8
A. Die eigentlichen Gründe	9
B. Anklagen gegen die deutsche Handelspolitik	10
" wegen Ausfuhrprämien und Dumping	11
" gegen die deutschen Handelsmethoden	15
C. Die offizielle Begründung der Beschlüsse	24
B. Die Durchführung der Beschlüsse	25
I. Die B.-Maßnahmen für die Zeit des Wiederaufbaus	25
A. Der Boykott	25
1. Das Ziel	28
2. Entgegenstehende Schwierigkeiten	31
a) Beeinträchtigung der eigenen Volkswirtschaft	31
b) Interessenverschiedenheiten der einzelnen Länder	32
c) Geographische Unzulänglichkeiten	35
d) Warentechnische Schwierigkeiten	35
e) Verhalten der neutralen Länder	36
f) Entscheidend: Der Wirtschaftszustand nach dem Kriege	37
B. Neugestaltung der Zollpolitik	38
1. Meistbegünstigung	39
2. Zollabmachungen	41
C. Stimmen und Urteile	42
II. Die jetzt schon in Angriff genommenen C.-Maßnahmen (für die Friedenszeit)	44
„Maßnahmen zur Verdrängung des deutschen Handels“	45
1. Frankreich	45
2. Italien	47
3. Rußland	49
4. England	50
III. Die Bedeutung der Kriegsmaßnahmen (A.) für die Zeit nach dem Kriege	54
Zusammenfassung der Ergebnisse	55

	Seite
C. Schlußbemerkung	57
Deutschland und die Beschlüsse	57
Abwehrmaßnahmen?	59
II. Diskussion	62
Hermann Hecht, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Ex- porteure	62
Dr. Stresemann, Syndikus des Verbandes Sächsischer Indu- strieller, Mitglied des Reichstags	65
Dr. O. Horney, Generalsekretär des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands	73
Dr. Wilhelm Bitter-Hamburg	76
III. Schlußwort.	
Prof. Dr. W. Prion	79
IV. Anlagen.	
I. Wortlaut der Beschlüsse der Pariser Konferenz	82
II. Statistik	86
III. Literaturübersicht	91

A. Die Beschlüsse als solche.

I. Vorgeschichte.

Drei verschiedene Entwicklungslinien führen zur Pariser Wirtschaftskonferenz:

a) England hat mit voller Überlegung sofort nach Kriegsausbruch den Handelskrieg proklamiert. Von den völkerrechtswidrigen Maßnahmen zur See führt dieser Handelskrieg über die vollständige Unterbindung des Überseehandels bis zur schärfsten Unterdrückung des deutschen Handels und der deutschen Kaufleute in den Gebieten des Gegners. Das Fehlen der deutschen Waren brachte zwar manche unangenehme Verlegenheit für die Länder der Entente; mit richtigem Instinkt hatten die Engländer aber erfaßt, daß die Gelegenheit, den verhaßten Konkurrenten überall herauszudrängen, so günstig wie nie zuvor war. Die Aussicht, jetzt mühelos an die Stelle der Deutschen treten zu können, verdichtete sich zu der Forderung, auch nach dem Kriege diesen Vorsprung zu behaupten. Die Idee, dauernde Ausschaltung des deutschen Handels, konnte ihre Wirkung auf die den Gott „Handel“ verehrenden Engländer so leicht nicht verfehlen.

b) Die Absperrung der Zentralmächte hatte aber empfindliche Nachteile für die Entente im Gefolge. Es fehlte an Waren. England litt empfindlich unter dem Mangel an Farben, an Zink, an optischen Instrumenten; der Zucker blieb aus; in der Schiffbauindustrie fehlten gewisse Halbfabrikate. In Frankreich trat empfindlicher Kohlenmangel ein, machte sich Papierknappheit bemerkbar. Italien hatte gleichfalls Kohlenschmerzen. In England entstand ein großer Mangel an Schiffsraum mit der Folgeerscheinung: gewaltige Steigerung der Frachten und Preise auch für Kohlen nach Frankreich und Italien. Das gute Einvernehmen der Ententegenossen litt merklich darunter. Zahlreiche Besprechungen fanden statt, hatten aber immer nur geringe Abstellung der Mängel gebracht. Dazu kam endlich die ungünstige Gestaltung der Valuta, besonders in Italien und Rußland, nicht gering auch in Frankreich, überall hervor-

gerufen durch eine außerordentliche Steigerung der Einfuhr und Stockung der Ausfuhr. Kurz: unter den Verbündeten waren allerlei Mißhelligkeiten wirtschaftlicher Art entstanden, die durch die Verschiedenheit der Sprachen und der Handelsgewohnheiten sowie der Gesetzgebungen in den einzelnen Ländern nicht gefördert wurden.

c) Drittens waren auf allen Fronten militärische Erfolge ausgeblieben. Neue Maßnahmen gegen den wirtschaftlich und militärisch noch ungeschwächten Gegner erschienen daher als notwendig.

Diese drei Strömungen führten, nachdem schon zahlreiche andere halbamtliche und amtliche Verhandlungen insonderheit die Pariser diplomatische Konferenz vom 27.—29. März 1916 voraufgegangen waren, zur Einberufung einer internationalen parlamentarischen Handelskonferenz und zu dem Plane, außerdem eine besondere Wirtschaftskonferenz der Verbündeten zu veranstalten. Ursprünglich sollten beide Konferenzen hintereinander tagen (etwa Ende April 1916). Über die Ziele beider Konferenzen herrschte anfänglich, selbst in der Presse der Entente, wenig Klarheit. Verwunderlich war das weiter nicht; tatsächlich griffen die geplanten Besprechungen nach allem, was bekannt geworden war, vielfach ineinander über. Der *Economiste Européen* sah sich daher Anfang April veranlaßt, die Mißverständnisse zu klären und die Aufgaben der beiden Konferenzen, wie folgt, zu kennzeichnen:

„Die Wirtschaftskonferenz der Verbündeten, deren Programm von der letzten großen militärischen und diplomatischen Konferenz festgelegt worden ist, umfaßt die Probleme, für die der Krieg eine unmittelbare Untersuchung notwendig macht: die Wiederverproviantierung, die Blockade, die Schifffahrt, sowie für die Zukunft die mißlichen Fragen, die sich auf die Regelung des Zollwesens erstrecken. Hervorgerufen auf Anregung der französischen Regierung wird sie die Vertreter der verbündeten Mächte vereinigen.“

„Im Gegensatz hierzu zeigt das Programm der internationalen, interparlamentarischen Handelskonferenz eine gesetzgebende Tätigkeit. In der Tat werden alle defensiven Maßnahmen gegenüber unseren Feinden vergeblich sein, wenn sie sich nicht auf Gesetze stützen können. Ebenso wird die Konferenz die Fragen erörtern, die sich auf den Ersatz der Kriegsschäden, auf das Eindringen deutscher Waren, auf die Beschlagnahme usw. beziehen.“

Die interparlamentarische Konferenz fand am 27.—29. April in Paris statt. Die Tagesordnung enthielt u. a.:

- I. Vorläufige Besprechung der Verbündeten über die Maßnahmen, die die Handelsbeziehungen zwischen den Kriegführenden zu regeln bestimmt sind, Ausführung der Verträge, Deckung der Schulden, Beschlagnahme des Vermögens, Regierungserlässe usw. — M. L. Baudet, Senator des Dep. „Eure-et-Loire“, früherer Präsident der Handelskommission der franz. Deputiertenkammer.
- II. Vorsichtsmaßregeln gegen das Eindringen deutscher Waren, die in der Zeit des Übergangs von Krieg zu Frieden zu ergreifen sind. — M. Adolphe Landry, Abgeordneter von Korsika.
- III. Ersatz der Kriegsschäden. — M. Haudos, Abgeordneter von der „Marne“.
- IV. Verminderung der Gebühren für Post, Telegraphie, Telephon, Aufstellung eines besonders geringen Tarifs für die Verbündeten. — M. Bouctot, Abgeordneter von der „Seine-Inferieure“.
- V. Die Beschlüsse über den „internationalen“ Warentransport. — M. Maurice Maunoury, Abgeordneter von „Eure-et-Loire“.
- VI. a) Schöpfung eines internationalen Amtes für Erlasse. — M. Maurice Sibille, Abgeordneter von der „Loire-Inferieure“.
b) Gründung einer internationalen Abmachung unter den Verbündeten. — M. Cruppi, Abgeordneter von der Haute-Garonne, früherer Minister des Aeußeren.
- VII. Die wirtschaftliche Verwaltung der Kolonien der verbündeten Länder. — M. Paul Bluysen, Abgeordneter von Französisch-Indien;
- VIII. Internationalisierung der Gesetze über die Gesellschaften. — Sir John Randles, Präsident des „Commercial Comittee“ des „House of Commons“.
- IX. Maßnahmen zur Beschränkung des Metallumlaufs.
 - a) Einrichtung einer internationalen Kammer für gegenseitige Abrechnung (clearing). — S. Exz. M. Luigi Luzzatti, Staatsminister, früher Präsident des Rates;
 - b) Der Postscheck. — M. Chastenet, Senator der „Gironde“.
- X. Allgemeine Grundsätze für die Gesetze über die falsche Bezeichnung der Waren. — M. Marc Reville, Abgeordneter von „Doubs“, Präsident der Zollkommission, früherer Handelsminister.

Die Punkte I und IV, V bis X lassen erkennen, daß das Hauptaugenmerk der Konferenz auf die Regelung der Verhältnisse unter den Verbündeten selbst gerichtet war, obwohl dabei die Bezeichnung „international“ gebraucht wird, die bisher wenigstens auch die Zentralmächte umschloß. Nur die Punkte II und III deuten auf die eigentliche Wirtschaftskonferenz hin. Aus der Tatsache, daß diese — nicht wie vorgesehen — nach Ablauf von acht Tagen, sondern erst sechs Wochen später stattfand, ist der Schluß zu ziehen, daß die Aufstellung des neuen Programmes Schwierigkeiten gemacht hat und daß die anwesenden Vertreter neue Instruktionen von seiten ihrer Regierungen einzuholen, für notwendig erachtet haben. Bemerkenswert ist, daß auch die interparlamentarische Konferenz gegen die „wirtschaftliche Vereinigung der Zentralmächte“ ausgespielt wurde, worauf unten zurückzukommen ist.

In der Zeit vom 14.—17. Juni fand in Paris die Wirtschaftskonferenz der Alliierten statt. Sie trug einen durchaus amtlichen Charakter. Mit einer Ansprache von Briand eröffnet, wurde sie vom französischen Handelsminister geleitet. Die verbündeten Länder waren durch einen oder mehrere Delegierte vertreten. (Japan hatte nicht weniger als sieben Größen abbeordert.) Bemerkenswert ist, daß der englische Handelsminister Runciman nicht teilnahm und dafür Lord Crewe erschienen war, dem man nicht unbedingte Anhängerenschaft zum Freihandel nachsagte. Der Teilnahme Rußlands gingen lebhaftere Zeitungspolemiken voraus. Es bestanden nicht nur Meinungsverschiedenheiten darüber, wer als Delegierter geeignet sei, sondern ob Rußland überhaupt teilnehmen sollte. Kurz vor der Einberufung der Konferenz erging in russischen Blättern die offizielle Mitteilung, daß Rußland zwar an der Konferenz teilnehmen würde, jedoch die Delegierten keinesfalls bindende Erklärungen zu den zutreffenden Vereinbarungen abgeben dürften. Wie schwer Rußland der Entschluß gewesen sein muß, sich für die Zeit nach dem Kriege zu binden, wird noch zu zeigen sein. Hier verdient nur hervorgehoben zu werden, daß bereits in diesem Stadium der Verhandlungen nicht geringe Druckmittel von englischer Seite angewendet worden sein müssen, um zu verhindern, daß die Einigkeit der Verbündeten schon vor der Konferenz in die Brüche ging.

II. Der Wortlaut der Beschlüsse.

Die Beschlüsse zerfallen in drei Teile. Zugrunde gelegt sind die folgenden Zeiträume: 1. die Zeit während des Krieges, 2. die Zeit des Wiederaufbaues (eine Zeit von etwa 3—5 Jahren nach dem Krieg) und 3. die normale Friedenszeit. Danach gliedern sich die Beschlüsse in:

- A. Maßnahmen für die Kriegsdauer,
- B. Übergangsmaßnahmen für die Zeit des geschäftlichen, industriellen, landwirtschaftlichen und maritimen Wiederaufbaues der alliierten Länder,
- C. Dauernde Maßnahmen für gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeiten zwischen den Alliierten.

Der Wortlaut der Beschlüsse ist auf der Anlage 1 abgedruckt. Ich will versuchen, in aller Kürze die Grundgedanken herauszuschälen:

A. Die für die Kriegsdauer getroffenen Vereinbarungen tragen einen durchaus kriegsmäßigen Charakter. 1. Das Verbot, mit dem Feinde Handel zu treiben, wird verschärft und für alle Länder einheitlich geregelt. 2. Alle feindlichen Unter-

nehmungen, die ihren Sitz in den Ländern der Verbündeten haben, sollen sequestriert und der Erlös beschlagnahmt, nicht konfisziert werden. 3. Die Listen über Kontrebande werden verschärft; für alle bedingte oder unbedingte Kontrebande-Waren wird die Ausfuhr untersagt. 4. Endlich sollen in den neutralen Ländern Kontrollorganisationen geschaffen werden, die verhindern, daß Zufuhren von auswärts nach den Zentralmächten weitergehen.

Die Durchführung dieser Kriegsmaßnahmen hat nicht lange auf sich warten lassen. Die Liquidierung des deutschen Vermögens, die verschärfte Blockade, die schwarzen Listen, die Kontrolle der neutralen Länder durch die N.O.T. in Holland¹⁾, die S.S.S. in der Schweiz²⁾ sowie die Drangsalierung der neutralen Schifffahrt durch die Verweigerung von Bunkerkohlen, die Aufkaufbestrebungen der Eigenprodukte der neutralen Länder sind allgemein bekannt und geläufig.

Wie Asquith in der Kammer nachträglich verraten hat, sind diese Maßnahmen zu A. speziell auf Englands Betreiben zurückzuführen. „Die Beschlüsse passen sich im großen ganzen den allgemeinen Grundsätzen der britischen Gesetzgebung und Praxis an.“ Das erklärt auch, daß sich bei ihrer Durchführung besonders England als treibende Kraft und von rücksichtsloser Energie erwiesen hat. Seine Verbündeten hatten es nicht immer so eilig; es bedurfte mehrfach der Erinnerung durch England, um die Maßnahmen in allen Ländern der Verbündeten zur Durchführung zu bringen.

Die Kriegsmaßnahmen scheiden für unsere Betrachtung, die mehr dem sogenannten Handelskrieg nach dem Kriege gewidmet ist, einstweilen aus. Auf sie wird nur insoweit zurückzukommen sein, als sie bei Kriegsende noch wirksam sind und außerdem ihre Spuren auch noch in der ersten Zeit nach dem Kriege zu sehen sein werden.

B. Von größtem Interesse sind augenscheinlich die Beschlüsse, die sich auf die Zeit nach dem Kriege, auf die Zeit des Wiederaufbaues beziehen und als Übergangsmaßnahmen bezeichnet sind.

1. Die erste Vereinbarung betrifft den Wiederaufbau der durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete. Die Verbündeten wollen für Wiederersatz der Produktionsmittel, Rohstoffe, Maschinen, Fabriken, für den Wiederaufbau der Handelsflotte und ähnliches sorgen, besonders auch in den

¹⁾ Abkürzung für Nederlandsche Overzee-Trust Maatschappij.

²⁾ Abkürzung für Société Suisse de Surveillance économique.

von den Zentralmächten besetzten Gebieten. Sie wollen nicht zulassen, daß diese „von allen Mitteln entblößten Gebiete mit deutschen Waren überschwemmt werden“. In einem Kommentar zu diesen Beschlüssen bemerkte der französische Handelsminister: England habe sich bereit erklärt, Textilmaschinen zu liefern, die übrigen Länder ihrem Können entsprechend andere Dinge.

2. Die folgenden Vereinbarungen (2—4) beziehen sich auf die zukünftige Handels- bzw. Zollpolitik. Der Hauptinhalt ist die Aufhebung der Meistbegünstigung den Zentralmächten gegenüber. Auch dieser Beschluß ist nach der Äußerung von Asquith auf Englands Initiative zurückzuführen. Die Zustimmung der übrigen Länder mußte aber erkaufte werden durch den Zusatz, daß sich die Alliierten Absatzkompensationen zusichern für den Fall, daß sich schädliche Folgen aus der Durchführung dieser Maßnahmen ergeben sollten.

3. In engstem Zusammenhang hiermit steht die weitere Vereinbarung, daß die Alliierten den Austausch ihrer natürlichen Hilfsmittel, vor allen also Rohstoffe und Spezialerzeugnisse, untereinander erleichtern wollen.

4. Der Höhepunkt der handelskriegerischen Maßnahmen wird aber mit der vierten Bestimmung für diese Periode erreicht, wonach der Handel mit den „feindlichen“ Mächten besonderer Behandlung unterliegen soll und die dorthier stammenden Waren einem Verbot oder besonderen Methoden wirksamer Natur unterworfen werden sollen. Das letztere wird verständlicher, wenn man die Begründung zu dieser Maßregel liest: Zwecks Verteidigung ihrer Handels-, Landwirtschafts- und Schiffahrts-Interessen gegen wirtschaftliche Angriffe durch Überschwemmung mit Waren oder irgend sonstige unfeine Konkurrenz. Auf diese Begründung, die in den mit der Wirtschaftskonferenz heraufbeschworenen Problemen eine nicht unerhebliche Rolle spielt, ist bei Besprechung der Begründung zurückzukommen. Der Boykott von Waren aus den Ländern der Zentralmächte ist die dritte der drei wichtigsten Maßnahmen, die nach Asquith von den englischen Delegierten vorgeschlagen worden sind.

5. Eine weitere Bestimmung soll feindlichen Untertanen die Ausübung gewisser Berufe in den Ländern der Entente unmöglich machen. Man hat hierbei die zahlreichen Deutschen und Österreicher im Auge, die vor dem Kriege in französischen Banken, in den Agenturen der Schiffahrts- und Versicherungsunternehmen tätig waren. Die Bestimmung hat jedoch eine Einschränkung erfahren. Das Verbot bezieht sich nur auf

solche Berufe oder Gewerbe, die die Landesverteidigung oder die wirtschaftliche Unabhängigkeit betreffen. Die Auslegung dieser beiden Begriffe gibt den einzelnen Ländern die Möglichkeit an die Hand, entweder sehr scharf oder auch sehr lax vorzugehen.

Diese Übergangsmaßnahmen bilden den Hauptteil der uns interessierenden Beschlüsse überhaupt. Von Wichtigkeit ist noch die Hervorhebung der voraussichtlichen Gültigkeitsdauer. Es heißt: während der Zeit des wirtschaftlichen Aufbaues. Eine genaue Zeitbestimmung fehlt also. In den mündlichen Erklärungen, die der französische Handelsminister gegenüber der Presse abgegeben hat, ist die Rede von 3 bis 5 Jahren gewesen. Die vielverbreitete Ansicht, daß die aufgezählten Maßnahmen für eine unbeschränkte Zeit in Aussicht genommen worden sind, stimmt also nicht. Freilich ist die Gefahr nicht gering, daß die Beschlüsse, wenn sie einmal in Anwendung gekommen sind, über die angenommene Zeit des Wiederaufbaues hinaus fort dauern können. Dazu kommt natürlich, daß der Abbau der Beschränkungen, selbst wenn er von der Entente zugestanden worden ist, mit Leichtigkeit verzögert werden kann; es sei denn, daß die Ententemächte selbst ein Interesse an ihrer schleunigen Entfernung haben.

C. Endlich sind auf der Konferenz noch dauernde Maßnahmen für gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeiten der Alliierten vereinbart worden. Sie haben als Ziel im Auge: die Produktion innerhalb der einzelnen Länder zu fördern und zu vergrößern, um von den Zentralmächten wirtschaftlich unabhängig zu werden. In erster Linie handelt es sich dabei um Rohstoffe und Fabrikate, die für die „normale Entwicklung der wirtschaftlichen Betätigung“ von Wichtigkeit sind. Ist schon diese Abgrenzung der Waren unbestimmt, so sind die zu ergreifenden Maßnahmen noch weniger präzisiert; es werden angeführt: Benutzung subsidiärer Unternehmungen, finanzielle Beihilfe zur Belebung wissenschaftlicher und technischer Untersuchungen, Zollabgaben oder Verbote oder Kombinationen dieser oder ähnlicher Maßnahmen. Die Bestimmungen lassen also dem einzelnen Land große Bewegungsfreiheit in der Wahl der Mittel, um das vereinbarte Ziel: Unabhängigkeit von den Zentralmächten zu erreichen.

Darin liegt — im Vergleich zu den Übergangsmaßnahmen — eine gewisse Abschwächung der Schädigungsabsicht. Anfänglich war man daher allenthalben geneigt, gerade diesem Teil der Beschlüsse nur geringe Bedeutung beizumessen; man übersah jedoch, daß diese Maßnahmen mit der Bestimmung

eingeleitet waren: die Alliierten werden unverzüglich die nötigen Schritte tun, um sich in der besprochenen Weise unabhängig zu machen. Mit anderen Worten: die durch die gegenwärtige Absperrung geschaffene günstige Lage soll schon während des Krieges ausgenutzt werden. Man begründet und verteidigt diesen Teil der Beschlüsse jedoch mit Forderungen für die Zukunft und stellt ihn geschickt an das Ende des Programmes. In Wirklichkeit gehören diese Beschlüsse, weil sie tatsächlich schon während des Krieges in Angriff genommen worden sind, zu dem wichtigsten und am ernstesten zu nehmenden Teil der gesamten Vereinbarungen. Wir kommen auf sie unter B. II. zurück. —

Soviel über den wesentlichen Inhalt der Beschlüsse. Ich wiederhole:

A. Während des Krieges: vollkommenere Absperrung der Zentralmächte;

B. in der Zeit des Wiederaufbaues: Erschwerung oder Abschließung des Handels der Zentralmächte und

C. dauernd: Förderung der eigenen Produktion und gegenseitige Hilfe.

Nicht mit Unrecht ist — besonders auch von neutraler Seite — von dem zweiten und dritten Teil dieser Beschlüsse gesagt worden, daß sie den Handelskrieg nach dem Kriege bis aufs Messer bedeuten.

Es ist noch zu erwähnen, daß die in Paris gefaßten Beschlüsse keine die Regierungen der vertretenen Länder verpflichtende Kraft hatten. Die Delegierten waren nur gehalten, ihren Regierungen die Annahme der Beschlüsse zu empfehlen. Inzwischen haben die Regierungen der einzelnen Länder Stellung genommen. Knapp 10 Tage später hat der französische Ministerrat zugestimmt. Das englische Unterhaus hat nach der Rede von Asquith am 2. August 1916 die Beschlüsse gutgeheißen. Eine offizielle Zustimmung der russischen Regierung ist mir nicht zu Gesicht gekommen. Italien hat sich — wie Boselli am 6. Dezember 1916 erklärt hat — nur mit den Kriegsmaßnahmen einverstanden erklärt. Zugestimmt haben ferner Belgien und Japan.

III. Beweggründe.

Bevor wir die Frage nach der Durchführbarkeit und der Durchführung der Pariser Beschlüsse prüfen, ist es für uns, die wir Aufklärung suchen, von Wert, die Beweggründe kennen zu lernen, die unsere Gegner zu einem solchen Vorgehen veranlaßt haben.

A. Einen Grund haben wir bereits gestreift. Insbesondere England und Frankreich haben bei Kriegsausbruch bitter empfunden, in welch' hohem Grade ihre Volkswirtschaften von deutschen Erzeugnissen abhängig waren. Asquith erwähnte als „sehr wichtige“ Beispiele: Farben, Zink, Magnete (soll wohl elektrotechnische Apparate heißen) und optische Instrumente. Die durch den Krieg hervorgerufene Absperrung hat den naheliegenden Wunsch entstehen lassen, die eigene Produktion und den eigenen Handel an die Stelle des verdrängten deutschen Handels zu setzen. Privatwirtschaftlich: ein durchaus verständliches und volkswirtschaftlich: ein nicht unberechtigtes Bestreben. Seinen Niederschlag hat dieser Wunsch insbesondere in den C-Maßnahmen gefunden, die die wirtschaftliche Unabhängigkeit der alliierten Länder durch Förderung der eigenen Produktion, durch Erleichterung des gegenseitigen Warenaustausches, durch Anpassungen der Gesetzgebungen sicher stellen sollen. Wie schon erwähnt, ist auf diese dauernden Maßnahmen für die Friedenszeit, die aber schon während des Krieges „zur vollen Wirksamkeit“ kommen sollen (Asquith), unter B. II. zurückzukommen.

Über die Unabhängigkeit hinaus brach sich dann die Idee Bahn, Deutschlands Industrie und damit seinen Handel auf alle Zeiten zu schädigen — sowohl militärisch durch Zerstörung der Anlagen (Rheinland-Westfalen), wie wirtschaftlich durch Absperrung und Unterdrückung des Handels — mehr ein politisches Ziel, um dadurch Deutschlands Wohlstand zu unterbinden und seine Wehrmacht zu unterhöheln. Diese geschickte Verquickung von privatwirtschaftlichen, volkswirtschaftlichen und politischen Interessen hat der Idee des Wirtschaftskrieges eine Werbekraft verliehen, die wir nicht unterschätzen dürfen. Den Höhepunkt der Regiekunst bildete dann die nochmalige Verquickung all dieser Zukunftsinteressen mit gegenwärtigen Kriegsmaßnahmen (1. Teil der Beschlüsse), die nach den militärischen Mißerfolgen neue Hoffnungen auf den endgültigen Sieg erwecken sollten. Mit erfrischender Offenherzigkeit haben uns dies u. a. der Temps und die Times verurteilt, indem sie schreiben: „Die Beschlüsse bedeuten für die Zentralmächte, die jetzt ihre Industrie für alle Zeiten isoliert sehen, mehr als ein halbes Dutzend verlorener Schlachten.“ Und für den großsprecherischen australischen Minister Hughes, der uns in seiner Rolle als enfant terrible mehrfach die innersten Herzenswünsche der Entente durch seine polterigen Reden ausgeplaudert hat, steht es fest, „daß die Beschlüsse den Krieg abkürzen werden.“ Dieser feine Schachzug hat — nebenbei

bemerkt — auch wesentlich zur Einstimmigkeit der Beschlüsse beigetragen insofern, als die Kriegsnotwendigkeiten vor der Hand alle anderen Bedenken zurückgedrängt haben, die besonders von russischer Seite erhoben worden sind.

Ist also die Beseitigung der deutschen Konkurrenz, die Unterdrückung des deutschen Außenhandels, die Schädigung der deutschen Volkswirtschaft das Leitmotiv für die Konferenzbeschlüsse überhaupt, so hören wir von berufener und unberufener Seite, bei offiziellen und inoffiziellen Gelegenheiten, in Presse und Parlament, auch in den Beschlüssen selbst eine Reihe anderer Begründungen, zugleich heftige Anklagen gegen die deutsche Konkurrenz, an denen wir nicht vorbeigehen können. Wir können das umsoweniger, als sie immer mehr in den Vordergrund treten, je weniger die militärischen Absichten unserer Gegner in Erfüllung gehen.

1. Besonders von englischer Seite wird mit Vorliebe auf den aggressiven Charakter der deutschen Handelspolitik hingewiesen, der Abwehrmaßregeln erforderlich machte. Vom deutschen Standpunkt ist darauf zu erwidern, daß jede Schutz-zollpolitik in gewissem Sinne aggressiv ist; Kampfzölle und Zollkriege haben von jeher auf diesen Charakter der Schutz-zollpolitik hingewiesen. Man wird aber sofort hinzufügen können, daß Deutschland nicht das einzige Land ist, das über Schutzzölle verfügt; Frankreich, Rußland und — nicht zu vergessen — Amerika sind in weit ausgesprochenerem Maße Schutzzollländer. Warum wendet sich England nicht mit seinen Vorwürfen gegen jene Länder? Man wird zugeben müssen, daß England die deutschen Zölle, obwohl sie niedriger sind, mehr spürt als die der genannten Länder. Deutschland und England sind — oder besser waren — gegenseitig die besten Kunden. Das bedeutet mit Rücksicht auf die Zölle: England läßt die deutsche Einfuhr zollfrei herein und kommt mit einem Teil seiner Ausfuhr (Textilmaschinen, feine Gespinnste und Gewebe), die sowohl in seinem eigenen Außenhandel wie in dem Deutschlands einen nicht unerheblichen Anteil ausmacht, in Deutschland auf einen durch Zölle geschützten Markt. Die Mißstimmung der englischen Industriellen, die durch die deutsche Kartellpolitik verstärkt wird (vgl. unten), ist daher wohl verständlich und der Wunsch nach Wiedervergeltung auch begreiflich. Es entsteht nur die Frage, ob mit einer Einführung von Zöllen auch den anderen Teilen der englischen Volkswirtschaft gedient ist, die mehr auf billige Waren bzw. auf die Vermittlungstätigkeit im Übersee-

geschäft sehen. Auf dieses englische Zollproblem ist in einem anderen Zusammenhang zurückzukommen.

Bezeichnenderweise wird von den übrigen Mitgliedern der Entente der sogenannte aggressive Charakter der deutschen Handelspolitik nicht so in den Vordergrund gerückt. Und da diese Länder selbst sehr genau wissen, daß hohe Zölle nicht allein den vollständigen Ausschluß der fremden Waren verbürgen (sowohl in Rußland wie in Frankreich ist die Einfuhr aus Deutschland trotz der Zölle in den letzten Jahren gestiegen), so sind von dieser Seite aber auch von England gewisse Bestandteile der deutschen Handelspolitik herausgegriffen worden, gegen die sich zu schützen, Aufgabe der Ententeländer sein müsse.

2. Ausfuhrprämien und das dumping. Mittels dieser beiden „unfairen“ Methoden, so hören wir, gelinge es Deutschland, die auswärtigen Märkte mit seinen Waren zu überschwemmen. Der französische Handelsminister Clémentel betonte in seiner Erläuterung zu den Beschlüssen, daß das „Schleudern die beliebte Waffe der Deutschen zur Eroberung der Herrschaft im Handel sei“, während in den Beschlüssen selbst zu B. Absatz IV nur von der „Überschwemmung mit Waren und der unfairen Konkurrenz“ die Rede ist. Um so mehr hallen die Pressekommentare sowie die Reden verantwortlicher und unverantwortlicher Personen von direkten und indirekten, von staatlichen und nicht staatlichen Ausfuhrprämien, von Verkäufen zu Schleuderpreisen unter Selbstkosten von dem dumping wider, durch das Deutschland die Herrschaft über die Märkte erringen wolle. Es ist aber bezeichnend, daß nirgendwo die Vorwürfe präzisiert, nirgendwo Einzelfälle mitgeteilt werden, die auf Ausfuhrprämien oder dumping zurückzuführen sind. Ja, selbst was unter Ausfuhrprämien oder dumping in konkreter Weise zu verstehen ist, erfährt man nicht. Dagegen wird der Welt versichert, daß Deutschland sich schon jetzt vorbereite, sofort nach Friedensschluß die Welt von neuem mit aufgestapelten Waren zu überschwemmen.

Der agitatorische Wert solcher mit Ungenauigkeit umgebener verschwommener Schlagworte liegt auf der Hand. Wir wollen uns nicht scheuen, den Dingen auf den Grund zu gehen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir das eine oder andere von den vorgebrachten Klagen als berechtigt zugeben müssen. Nur so hindern wir weitere Legendenbildungen.

Offene Staatsprämien, die als Ausfuhrprämien wirken, gibt es in Deutschland, seit der Brüsseler Zuckerkonvention,

nur noch in Gestalt von Schiffahrtssubventionen für Postdampferlinien. Sie belaufen sich auf wenige Millionen Mark und spielen im Verhältnis zu dem Kapital, das heute in der deutschen Schiffahrt investiert ist, sowie im Verhältnis zu den Bruttoeinnahmen der Schiffahrtsgesellschaften eine nur bescheidene Rolle. Im übrigen haben fast alle Länder irgend eine Art von Schiffahrtssubventionen. England ist davon nicht ausgeschlossen. So beziehen auch heute noch z. B. die British India Steam Navigation Comp. und selbst die Cunard Linie für bestimmte Zwecke Staatsunterstützungen. Japan hat sogar noch im Jahre 1916 eine Neuregelung mit wesentlicher Erhöhung der staatlichen Unterstützungen vorgenommen. In Frankreich sind ähnliche Pläne an der Tagesordnung. Außerdem bedeuten die Gesetzgebungen über die Küstenschiffahrt in Rußland und Australien weit größere Unterstützungen als die geringfügigen Postdampfersubventionen für die deutsche Schiffahrt.

Versteckte Ausfuhrprämien könnte man in dem deutschen Einfuhrscheinsystem erblicken. Mittels dieses Systems ist unter Umständen eine Unterbietung auf den Märkten anderer Länder möglich. Praktisch wird dies bei Roggen, der von Deutschland nach den nordischen Ländern und Rußland gegen Einfuhrscheine (die eine Rückvergütung in Höhe des Zolles in sich schließen) verkauft wird. Ein gewisser Ausgleich ist durch die Mehreinfuhr von Futtermitteln gewährleistet, die als Nachfrage auf dem Weltgetreidemarkt auftritt. Immerhin: das Einfuhrscheinsystem hat auch bei uns Anhänger und Gegner. Bei der nächsten Regelung der Zollpolitik können die Gegner der Einrichtung auch auf das Argument verweisen, daß das Ausland darin ein unfaires Konkurrenzmittel erblickt.

Man könnte ferner in den Ausnahmetarifen für Kohlen und Eisen, die unter bestimmten Voraussetzungen auf den deutschen Staatseisenbahnen in Kraft treten, eine Art Ausfuhrprämien erblicken. In der Hauptsache rühren diese Ausnahmetarife noch aus der Zeit des Privatbahnsystems her, wo sie zum Teil tatsächlich gegen die englische Konkurrenz in Deutschland, besonders in den Küstenstädten eingeführt worden sind. Inzwischen sind zahlreiche Einschränkungen erfolgt, und schließlich wird die Entente nach all dem, was sie auch schon vor dem Kriege (Made-in-germany-Gesetz) gegen den deutschen Handel unternommen hat, allen Ernstes nicht daran denken zu wollen, uns das Recht der Ordnung im eigenen Hause streitig machen zu wollen. Eine vor 8 Tagen (17. Nov.) erfolgte Bekanntmachung besagt übrigens, daß die Staatseisenbahnverwaltung mit einer

Prüfung der Frage nach einer weiteren Einschränkung dieser Ausnahmetarife beschäftigt sei.

Bei näherem Zusehen bleibt also von den Vorwürfen über die deutschen Ausfuhrprämien nicht viel übrig. Wie steht es nun mit dem dumping, das ebenfalls in der Ententepresse sinnlos nachgebetet wird. Sinnlos: denn das Wort dumping wird von unseren Gegnern für alles mögliche gebraucht, für Schleudern, für Verkauf unter Preis, für Verkauf unter Selbstkosten, und letzteres wieder zu dem Zweck, die inländische Konkurrenz zu vernichten; es wird aber auch gebraucht für eine Unterbietung im Preise überhaupt. Über den letzten Fall ist kein Wort zu verlieren, denn Unterbietung im Preise gehört zu dem Wesensmerkmal jeder Konkurrenz. Was unseren Gegnern vorschwebt ist: Deutschland verkauft im Ausland unter Selbstkosten. Gar mancher Deutsche wird in diesem Kriege zum ersten Male von einem solchen dumping gehört haben. Und eine englische Zeitung fragt ganz höhnisch: wie es denn komme, daß der Wohlstand in Deutschland zunehmen könne, wenn die ver... Deutschen auf dem Weltmarkt unter Selbstkostenpreis verkaufen?

Die Wirtschaftspolitiker wissen, daß tatsächlich solche Verkäufe vorkommen. Unsere Syndikate der Montanindustrie setzen in rückläufiger Konjunktur hin und wieder die Inlandpreise nicht herab und die einzelnen Mitglieder halten sich an diesen höheren Inlandspreisen schadlos, wenn sie zu billigeren Preisen nach dem Ausland abstoßen. Es ist bekannt, daß auf diese Weise in Holland der Rheinschiffbau mit billigem deutschen Stahl, in Belgien Eisenkonstruktionshütten und Drahtziehereien mit billigem Rohstoff und selbst Englands Werften mit billigem Schiffsbaumaterial, das aus Deutschland bezogen wird, arbeiten können.

Es ist vom deutschen Standpunkt zuzugeben, daß eine solche Abstoßung der Überschußproduktion in das Ausland — privatwirtschaftlich — ein gutes Mittel ist, die Kontinuität des Betriebes sicherzustellen und bei Nachlassen der Nachfrage die Inlandspreise so hoch zu halten, daß die Rentabilität des Betriebes nicht gefährdet wird. Es ist auch zuzugeben, daß schließlich eine ganze Branche durch dieses Mittel vor Betriebs Einschränkungen, Arbeiterentlassungen und Lohnermäßigungen bewahrt wird, ja, daß letzten Endes die volkswirtschaftlich nicht gering anzusetzende Wirkung entsteht, Konjunkturwellen zu mildern. Und selbst wenn man hierzu noch in Rechnung zieht, daß auch der ausländische Abnehmer Vorteile hat, größere Vorteile als der Inlandabnehmer, der die höheren Preise

zahlt, — wenn man das alles in Berücksichtigung zieht, so bleibt doch, daß der ausländische Konkurrent durch solche Verkäufe geschädigt wird, daß jedoch die Volkswirtschaft im ganzen erst getroffen wird, wenn überdies die so vertriebenen Waren minderwertiger als die entsprechenden Inlandserzeugnisse sind — was jedoch erst in jedem einzelnen Fall zu untersuchen wäre und nicht wahrscheinlich ist, weil es sich bei diesen Ausfuhren um Halbfabrikate, wie Eisen, Bleche, Walzprodukte handelt, deren Qualität von ausländischen Fabriken nicht übertroffen wird.

Ich scheue mich nicht auszusprechen, daß unsere Industriellen ebenso erzürnt wären, wenn sie in ähnlicher Weise vom Ausland im Inland unterboten würden. Stellt man sich auf den Standpunkt, daß sich die Völker in Zukunft bemühen sollen, Reibungsflächen nach Möglichkeit zu vermeiden, dann sollten die Beteiligten doch der Frage näher treten, ob es nicht möglich wäre, in ihrer Preis- und Absatzpolitik — etwa durch Ausbau der Organisation — eine Änderung eintreten zu lassen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß Millionen von Menschen, die kaum wissen, was dumping ist, unter Umständen wieder unter Gegenmaßregeln leiden müssen. Dessen ungeachtet ist heute auf die Vorwürfe zu antworten, daß erstens die Unterbietungen im Preise nur gering sind und daß der Umfang der Verkäufe, die ja nur zeitweise stattfinden, kein derartiger ist, daß damit so weittragende Beschlüsse, wie der vollständige Boykott der deutschen Waren, begründet werden könnte. Aber auch hinsichtlich des dumping ist zu betonen, daß dies weder eine ursprüngliche noch spezifische Eigentümlichkeit der deutschen Industrie ist. Das Wort deutet schon darauf hin, daß Amerika das große Land des dumping ist¹⁾ (gegen das sich schon Kanada in seiner Antidumping-Gesetzgebung mit Einführung von Strafzöllen geschützt hat). Aber auch die belgischen Eisensyndikate haben von Auslandsverkäufen zu billigeren Preisen des häufigeren Gebrauch gemacht. England muß also schon, wenn es wirklich dem dumping zu Leibe gehen will, auch mit seinen Bundesgenossen und dem ihm befreundeten Amerika sprechen. Vielleicht kommt es aber garnicht dazu; denn es ist nicht aus-

¹⁾ Einem während der Drucklegung erschienenen Aufsatz: Dumping von Prof. Dr. Wygodzinski in der Zeitschrift Recht und Wirtschaft, Dezember 1916 (Carl Heymanns Verlag, Berlin), entnehme ich einen speziellen Fall, wonach im Sommer 1900 der Preis von amerikanischen Waren wie Blei, Draht, Nägel, Zement in England um 20—25% billiger war als auf dem Markt des Ursprungslandes.

geschlossen, daß England, wenn es zum Schutzzoll übergegangen ist und seine Verbandsbildung weitere Fortschritte gemacht hat, daß es dann selbst Geschmack am dumping findet. . .

Auf den Vorwurf endlich, daß Deutschland während des Krieges eine Menge Waren aufgestapelt hat, die es bei Friedensschluß auf den Markt zu werfen gedenkt, brauche ich nicht näher einzugehen. Es wird selbst in England kaum jemanden geben, der Asquiths geheuchelte Angst vor der drohenden Überschwemmung der Welt mit deutschen Waren nach Kriegsschluß für ernst genommen hätte.

3. Sind Ausfuhrprämien und dumping mehr Einzelbeschwerden, die unsere Gegner vorbringen, so richten sich die Hauptanklagen gegen die perfiden Handelsmethoden im ganzen, gegen die deutsche Handelsorganisation überhaupt. Sie richten sich „gegen die deutsche friedliche Durchdringung“, ein Schlagwort, das die Entente so geschickt ausgeschmückt und verbreitet hat, daß es heute auf jeden Ententebürger wie das rote Tuch wirkt.

Das Wesen der deutschen Handelsorganisation ist bekannt. Im Anfang spielte — und bis zu einem gewissen Grade auch heute noch spielt — der Exporteur, der einzelne Exportkaufmann eine große Rolle im deutschen Ausfuhrhandel. Er ging in die fremden Länder und suchte für die deutschen Waren ständig neue Absatzgebiete; er galt als der Pionier des Welthandels. Später ist an die Stelle der vielen einzelnen Exporteure, die sich ihrerseits wieder mit Vertretern, Reisenden und sonstigen Hilfskräften umgaben, mehr und mehr der Industrielle getreten, der seine Waren selbst exportiert. Er schuf sich eine seinen Waren angepaßte eigene Exportorganisation. Und in dem Maße, wie die einzelnen Industriezweige in Deutschland zu Kartellen oder Vereinigungen zusammenwuchsen, sind schließlich in einzelnen Branchen an die Stelle der zahlreichen, früher selbständig nebeneinander stehenden Exporteure einige wenige Generalvertreter getreten, die unter Umständen eine ganze Branche für einen bestimmten Bezirk des Auslandes vertreten. Bei ihnen findet nunmehr eine mehr oder minder große Zentralisation des Bedarfes eines größeren Gebietes statt; auf der anderen Seite sind sie — dank des zusammengefaßten Angebotes — viel eher in der Lage, den Markt zu beherrschen als dies den vielen einzelnen Exporteuren vorher möglich war. Diese Entwicklung ist besonders dort anzutreffen, wo es sich um hochwertige Spezialprodukte, wie z. B. in der optischen, elektrischen und chemischen Industrie handelt. Von hier aus ist es nur ein Schritt — vielfach grade veranlaßt durch die

Schutzzollpolitik des Auslandes — zur Gründung von deutschen Tochtergesellschaften im Ausland, die an Ort und Stelle produzieren oder deutsche Waren beziehen oder in finanzielle Beziehungen zu anderen Unternehmen treten. Ein hervorragendes Beispiel ist die in Südamerika wirkende Deutsch-Überseeische Elektrizitätsgesellschaft, die Elektrizitätsunternehmen, Straßenbahnen finanziert, und ihnen deutsches Material, deutsche Ingenieure und auch deutsches Kapital zuführt. Nehmen Sie hierzu noch die deutschen Großbanken, die in nahen Beziehungen zu den von ihnen mitgegründeten Auslandsunternehmungen bleiben, und endlich die Überseebanken, die dem Außenhandel mit Kreditgewährung und Auskunftserteilung zur Seite stehen, so haben Sie in großen Umrissen die deutsche Handelsorganisation, gegen die sich unsere Feinde jetzt wenden, weil sie ihr nichts Ebenbürtiges entgegenstellen können.

Von dieser Handelsorganisation wird nun zweierlei behauptet:

1. Daß sie nur geschaffen sei, um politische Intrigen zu spinnen und Spionage zu treiben. Hinter den Kaufleuten, Banken und Industriellen stecke überall die deutsche Regierung, die die „friedliche Durchdringung“ vorschiebe, um politischen Einfluß auf die einzelnen Länder zu gewinnen. Diese Anklage muß uns einigermaßen überraschen. Denn bei uns wollen im Gegenteil die Klagen nicht verstummen, daß Regierung und Außenhandel viel zu wenig zusammenarbeiten, daß die Regierung gar nicht sonderlich viel Verständnis für die Bedürfnisse des Überseehandels zeige. Wie ist dieser Widerspruch zu erklären? Ich glaube: sehr einfach. England hat — wie noch zu zeigen sein wird — diese erfolgreiche Organisation in seiner Außenhandelsbetätigung nicht. In England hat aber — wie die Geschichte lehrt — von jeher die engste Verbindung zwischen Politik und Handel bestanden. Jene politische Verbindung auf dem Wege einer entsprechenden Handelsorganisation würde daher seinen offenen und geheimen Wünschen entsprechen. Also: was es selbst gern für sich haben möchte, aber noch nicht hat, weil die entsprechende Handelsorganisation fehlt, setzt es mit englischem Instinkt als selbstverständlich bei uns voraus. Vielleicht genügt dieser Hinweis, um nach dem Kriege auch in Deutschland ein engeres Zusammenarbeiten zwischen Auslandswirtschaft und Regierung herbeizuführen.

2. führt die Entente an, daß diese deutsche Handelsorganisation zur finanziellen Umgarnung der wirtschaftlich noch nicht selbständigen Staaten führe. „Italien und Rußland seien

die ersten, die jetzt von dem unerträglichen wirtschaftlichen Joch befreit würden“. Es würde zu weit führen, zu untersuchen, ob wirklich die mit deutschem Kapital gespeisten fremden Volkswirtschaften unter deutschem Druck seufzen, oder ob sie nicht mehr zu leiden hätten, wenn sie die mit jenem Kapital veranstalteten Einrichtungen, Bahnen, Industrie, Unternehmungen, Banken nicht hätten, und ob sie nicht mehr leiden werden, wenn England, Frankreich oder Amerika und Japan an die Stelle Deutschlands treten. Aber vielmehr: was hat denn Frankreich, England und Belgien in den 40 Jahren des vorigen Jahrhunderts in Deutschland getan? Bemerken wir nicht noch heute aus jener Zeit der belgisch-englischen Kapitaleinwanderungen Überbleibsel in Gestalt von Gasanstalten, Straßenbahnen und Zechennamen? Freilich: die deutsche Volkswirtschaft hat sich im Laufe der Zeit so gestärkt, daß sie das fremde Kapital zum allergrößten Teil abschieben konnte (wobei der Gedanke nicht von der Hand zu weisen ist, daß dies dereinst dem deutschen Kapital in diesem oder jenem Lande in gleicher Weise zustoßen kann). Aber wichtiger: haben denn Frankreich und England in den letzten Jahren nicht viel mehr Kapital nach auswärts gegeben als Deutschland? Frankreich bescheidet sich zwar mit der bequemen Ausleihung großer Summen an die Regierungen fremder Staaten, wobei es aber umsomehr rein politische Vorteile einsteckt oder einzustecken hofft. Speziell Rußland kann darüber Auskunft geben, wie sogar amtliche französische Kreise Privatwünsche durchgesetzt haben, ganz zu schweigen von der politischen Fessel, in die Rußland (oder der Geldgeber selbst) hineingeraten ist. Und Englands Überseebanken? Suchen sie nicht das Kredit- und Zahlungsgeschäft im internationalen Handelsverkehr an sich zu ziehen? Oder ist etwa die Abhängigkeit fast der ganzen Welt vom englischen Sterling-Wechsel eine reine Wohltat für alle Beteiligten? Gerade auf dem Gebiete der internationalen Finanzierungen können unsere Bankdirektoren manches Liedchen von den „perfiden“ Methoden unserer Gegner singen. Oder ist es etwa „fair“, wenn deutsche Ingenieure und Finanzleute für ein fremdes Land — unter erheblichen Opfern — Pläne ausarbeiten und später unsere Gegner diese Pläne durchführen, nachdem sie den betreffenden Staat unter Anwendung politischer Druckmittel in ihre Abhängigkeit gebracht haben?¹⁾ Und endlich: klingt es nicht wie bittere Ironie auf jene Vorwürfe gegen unsere Außenhandels-

¹⁾ Vgl. A. Dix, Der Weltwirtschaftskrieg. Leipzig (ohne Jahr).

organisation, wenn wir hören, daß soeben in England ein Bankprojekt das Licht der Welt erblickt hat, das genau den deutschen Großbanken nachgeahmt ist? Eine Bank für den Überseedienst, insbesondere für die Finanzierung überseeischer Unternehmungen?

Auf alle diese Fragen gibt es nur eine Antwort: unsere Gegner tun im Grunde dasselbe wie wir, nämlich Kapital ausleihen; sie wollen auch dasselbe, nämlich dieses Kapital so günstig wie nur möglich anlegen. Die Absicht ist hier wie dort dieselbe — nur der Erfolg ist verschieden, dank der überlegeneren deutschen „Handelsorganisation“. Und angenommen: dieser Erfolg bedeute für die betreffenden Länder eine „Beherrschung“, dann entsteht zuguterletzt die Frage: warum erhebt England nicht auch seine Stimme gegen die amerikanischen Trust, die sich über die ganze Welt ausbreiten und anerkanntermaßen ganze Industriezweige (Petroleum, Schuhmaschinen) oder ganze Länder (in Südamerika) wirklich beherrschen? Warum immer nur die Vorwürfe gegen Deutschland? Die Gründe liegen tiefer; der unhistorische Engländer erfaßt sie nicht so leicht, er fühlt im Augenblick die deutsche Konkurrenz am meisten. Dagegen lehnt er sich mit aller Leidenschaft auf — wie er dies von jeher getan hat, wenn sich ihm ein gefährlicher Konkurrent in den Weg gestellt hat.

Die Historiker¹⁾ erzählen uns, daß Englands Handel immer aufs engste mit der Politik verbunden gewesen ist, und daß diese Politik darin bestanden hat, den jeweils günstigsten Augenblick zu benutzen, um einen Konkurrenten zu schädigen und dadurch dem englischen Handel einen neuen Wirkungskreis zu erschließen. In Verfolg dieser Politik hat England in den letzten drei Jahrhunderten seine Beteiligung an den Kriegen in der ganzen Welt, vor allem auf dem europäischen Kontinent oder seine Neutralität danach eingerichtet, einen emporstrebenden Konkurrenten seiner See- oder Handelsmacht zu Fall zu bringen. In den meisten Fällen ist es England sogar gelungen, andere Länder in den Krieg zu hetzen, die dann das Geschäft der „Schwächung“ für England besorgten. Aus allen Kriegen aber, die mit oder ohne Englands offener oder versteckter Unterstützung geführt worden sind, ist England mit Länderzuwachs hervorgegangen, auf dem es sein mächtiges Kolonialreich und die sonstigen Stützpunkte seiner Seemacht aufgebaut hat. Um nur einige Beispiele zu nennen:

¹⁾ Vgl. speziell: W. H. Edwards: Englische Expansion und deutsche Durchdringung als Faktoren im Welthandel. Jena 1916.

die Kriege mit Holland (im 17. Jahrhundert) brachten Dünkirchen (nur für kurze Zeit), den amerikanischen Hafen Neumsterdam mit Hinterland, Stützpunkte in den Antillen und Bombay; im 18. Jahrhundert erfolgte die „Schwächung“ des damaligen Kolonialkonkurrenten Frankreichs durch zahllose Kolonialkriege; im Frieden zu Utrecht erhielt England Gibraltar, Neufundland, die Hudsonbai (und das Recht der Sklaveneinfuhr nach Kuba); nach dem siebenjährigen Krieg kam England in den Besitz von Indien und Kanada; die Kriege des 19. Jahrhunderts brachten Kapland, Ceylon, Singapore ein, und sofort.

Auf diese Weise hat England sein gewaltiges Kolonialreich ausgebaut, seine Herrschaft zur See befestigt und dieses in aller Welt verstreute Gebilde nicht ohne Geschick bis auf den heutigen Tag zusammengehalten. Die Verwaltung dieses ungeheuren Besitzes — die auch uns Bewunderung ablockt — gipfelt aber letzten Endes in dem Gesichtspunkt: was können die Kolonien an Produkten (nach England und über England) liefern, was an englischen Waren abnehmen? Die Hauptsache war und ist immer: kann der englische Handelsverkehr gesteigert werden? Dieses System der Expansion, Eroberung neuer Handelsgebiete, hat solange große Erfolge gehabt, als überhaupt die Möglichkeit vorlag, fremde Völker zu unterjochen und keine andere Seemacht die englischen Wege kreuzte. Heute hat sich dieses System überlebt. Heute stößt der englische Handel auf andere Konkurrenten, die nicht die Länder, sondern die Märkte erobern wollen; er stößt auf die französische, amerikanische, japanische, auf die deutsche „friedliche Durchdringung“, die sogar in den englischen Kolonien mit Erfolg eingezogen ist. Der Engländer hat sich dieser neuen Form der Handelsausdehnung nur zögernd anpassen, anschließen können; er hängt noch zu sehr an seinem althergebrachten System der politischen Eroberung und einfachen Beschlagnahme des Handels für sein Land. So stehen sich — wenn auch abgeschwächt und an vielen Stellen durchbrochen, gewissermaßen noch zwei Systeme im Welthandel gegenüber: das ehemalige System der Expansion mit Krieg und Unterjochung und die deutsche Durchdringung mit friedlichen Waffen, oder, wie es Edwards ausdrückt: die Herrschaft über die Länder und die Völker und die Herrschaft über die Wirtschaftstechnik.

Die Frage, welches System den Vorzug verdient, beantwortet sich — vom Standpunkt der davon betroffenen Völker — von selbst. Aber wir hören von England, als dem Wortführer

der Entente, die Anklage: die sog. friedliche Durchdringung der Deutschen führe zu einer Fessel und zu einer Unterjochung der Völker. Muß man da nicht lächeln? In Wirklichkeit ist es das heimliche und drückende Gefühl, daß die alte Handelsmethode der Engländer überholt ist, daß das deutsche System unter den neuzeitlichen Verhältnissen die größeren Erfolge aufzuweisen hat. Es ist der Haß des unterliegenden Konkurrenten, der mit elementarer Kraft zum Durchbruch gekommen ist. Die Statistik gibt uns dafür den zahlenmäßigen Beweis.

Weniger ist dieser Beweis mit den Zahlen des Außenhandels zu führen. Die Ausfuhr Englands ist von 5,8 im Jahre 1900 auf 8,6 Milliarden Mark im Jahre 1910, also um 2,8 Milliarden Mark gestiegen. Die entsprechenden Ziffern lauten für Deutschland: 4,6 und 7,3 Milliarden Mark, also eine Steigerung von 2,7 Milliarden Mark. Die Steigerung ist dem Betrage nach also fast gleich, prozentual naturgemäß bei Deutschland größer. Die Bedeutung dieser Steigerung tritt jedoch erst hervor, wenn man berücksichtigt, daß die englische Ausfuhr einen namhaften Betrag für fremde Waren enthält, die, aus anderen Ländern kommend, über England gehen. Bei Deutschland handelt es sich dagegen in der Hauptsache um eigene Waren. In der Herstellung von Waren ist England längst von Deutschland überflügelt worden. Einen rohen aber durchschlagenden Beweis liefern die Ziffern der Produktionsstatistik. Es betrug die Produktion in Millionen Tonnen:

in	Roheisen		Stahl	
	1892	1912	1900	1912
Deutschland	4,9	17,6	6,6	17,3
England	6,8	9,6	5,1	7,0
Frankreich	2,0	4,9	1,6	2,8
Vereinigte Staaten . . .	9,0	30,0	10,0	31,0

Demnach ist die Produktion von Roheisen in der angegebenen Zeit in Deutschland um 12,7 Millionen Tonnen, in England nur um 2,2 Millionen Tonnen, die von Stahl in Deutschland um 11,7 Millionen Tonnen, in England nur um 1,9 Millionen Tonnen gestiegen. Gewaltiger ist freilich die Überflügelung durch die Vereinigten Staaten, die weitaus an erster Stelle stehen und auch die deutsche Steigerung noch übertreffen.

Englands monopolistische Welthandelsstellung ist erschüttert. Wenn das vor dem Kriege von dem Durchschnittsengländer noch nicht erkannt war (weil er sich wenig um Statistik kümmert), so hat der Krieg diese Erkenntnis

ungemein gefördert und zwar grade im Zusammenhang mit der in die öffentliche Diskussion geworfene Idee des Wirtschaftskrieges, vor allem des Handelskrieges nach dem Kriege. Die Zahl derjenigen, die aus diesen Erörterungen gelernt und jetzt die eigentliche Ursache des Hasses und Neides, nämlich die eigene Rückständigkeit des englischen Handels und der Industrie erkannt haben, ist seit Beginn des Krieges erheblich gewachsen. Und aus ihren Kreisen erschallt der Mahnruf: man solle nicht auf die Deutschen schimpfen, sondern die deutschen Methoden nachahmen.

Mit dieser Nachahmung ist es aber nicht so einfach bestellt. Es steckt hinter der geschilderten Handelsorganisation etwas, was nicht leicht nachzumachen ist: das ist die gründliche und gewissenhafte deutsche Arbeit. Zunächst die persönliche Arbeit des Kaufmanns. Der deutsche Kaufmann geht selbst in die fremden Länder, erlernt ihre Sprachen, studiert die Bedürfnisse der Menschen und liefert den Bewohnern das, was sie brauchen. Er macht der heimischen Industrie Vorschläge für die Herstellung entsprechender Waren, die trotz Berücksichtigung der mannigfaltigen Wünsche von dieser zu verhältnismäßig billigen Preisen geliefert werden. Die Bestellung eines Vertreters im Auslande setzt den deutschen Kaufmann in den Stand, die Zahlungsgepflogenheiten und die Kreditverhältnisse in den einzelnen Ländern genau zu beurteilen. Er gewährt den Abnehmern Kredite — häufig recht langfristige — und legt die Zahlungen so, daß sie mit den Geldbewegungen des betreffenden Landes (Ernte, Ausfuhr) zusammenfallen. Dazu kommt, daß der deutsche Kaufmann dem ausländischen Abnehmer die Berechnung der Preise äußerst bequem macht durch die Anwendung des sog. Cifgeschäftes, d. h. indem er ihm die Preise in der Währung des fremden Landes, einschließlich aller Kosten bis zum Hafen oder Stapelplatz nennt. Und endlich sorgt die deutsche Industrie dafür, daß neben der Billigkeit immer mehr die Qualität einen Vorzug der deutschen Waren vor anderen bildet. Geschmackvoll aufgemachte, in zahlreiche Fremdsprachen übersetzte Kataloge geben Auskunft über die vorhandenen Waren und sorgen für die Verbreitung der Kenntnis von ihnen.

Demgegenüber ist der Engländer weniger beweglich. Er macht sich nicht die Mühe, sich der Sprache des fremden Landes zu bedienen, auf die Gewohnheiten der fremden Länder sonderlich einzugehen. Er ist der Meinung, daß die Völker die Waren kaufen müßten, mit denen er handelt, bzw. die der englische Fabrikant herzustellen für zweckmäßig und richtig

befindet. Insbesondere versagt er — und ebenso seine Bundesgenossen — in der Frage der Kreditgewährung. In den zahlreichen privaten und offiziellen Berichten, die bei amtlichen und nicht amtlichen Stellen sowohl des Inlandes wie des feindlichen Auslandes fortgesetzt einlaufen, kehrt immer der Satz wieder, daß der deutsche Kaufmann — aus den oben angeführten Gründen — nicht entbehrt werden könne, da der englische und französische Kaufmann es nicht verstanden, sich den Gewohnheiten des Landes anzupassen. Das klingt freilich anders als das Schlagwort von dem unerträglichen Joch, das die Engländer als Wortführer der bedrückten kleinen Nationen zur Begründung für den von ihnen provozierten Wirtschaftskrieg geprägt haben. Zu dem Gefühl der Unterlegenheit, das sich leicht in Haß gegen den Konkurrenten verdichtet, tritt dann noch der Ärger, daß der deutsche Konkurrent obendrein regsamer, betriebsamer, fleissiger ist, als der Engländer, der sich in seiner vornehmen Behäbigkeit nicht um die Geschäfte reißt. Allerdings ist die Jagd nach Geschäften und die Unterbietung der Preise etwas, worüber sich die deutschen Kaufleute im Ausland vielfach gegenseitig bittere Vorwürfe machen. Während der Engländer lieber einem Geschäft entsagt, als lange um den Preis zu feilschen, jagen sich die deutschen Kaufleute sogar untereinander die Geschäfte manchmal um die geringsten Preisvorteile ab. Naturgemäß kann die Verbilligung zuguterletzt dem Absatz der deutschen Waren zugute kommen; aber ebenso klar ist, daß eine übertriebene Konkurrenz nicht dazu beiträgt, das Ansehen des deutschen Kaufmanns im Ausland zu heben.

Nicht ohne weiteres nachzumachen sind ferner die Leistungen der deutschen Industrie, die ebenfalls hinter der „gerügten“ Handelsorganisation im Ausland stehen. Wenn es bis zum Kriege im Deutschen Reich noch jemanden gab, der über diese Leistungen gering dachte, so ist er durch die Erfahrungen und Erfolge dieses furchtbaren Krieges eines Besseren belehrt worden. Er ist aber auch aufgeklärt worden durch die freiwilligen und unfreiwilligen Anerkenntnisse dieser Leistungen von Seiten unserer Gegner, vor allem von Seiten unseres größten Konkurrenten, von England selbst. Aus Aufsätzen in Fachzeitschriften, aus Kongreßreden, aus Äußerungen einzelner Industriellen wie Politiker, wenn sie auch schließlich in den Mahnruf: Deutschland muß vernichtet werden, ausklingen — aus allen Anklagen kann man jedoch auch das Lob der deutschen Industrie herauslesen. Wie oft ist von der Tüchtigkeit der deutschen Unternehmer, von dem Fortschrittsdrang, der sie

beherrscht, die Rede; wie häufig wird der gründlichen und dennoch weitausschauenden Arbeit der deutschen Techniker, vor allem auch der der deutschen Chemiker und nicht zuletzt des fleißigen und vortrefflich geschulten Arbeiterstandes gedacht. Dies alles, verbunden mit einer vorzüglichen Einrichtung und Organisation der Betriebe und dem wohldurchdachten Zusammenschluß der einzelnen Industriezweige in Kartellen und Syndikaten, hat in dem letzten Jahrzehnt Leistungen zutage gefördert, hinter denen die englische Industrie im ganzen weit zurückgeblieben ist. In einzelnen Industriezweigen — das hören wir alles aus englischem Munde — haben die Deutschen, dank der Vorzüglichkeit der Waren, zweifellos alle anderen Völker überholt, so beispielsweise in der chemischen, elektrischen und optischen Industrie.

Wenn nun auch, wie gesagt, die Arbeit des deutschen Kaufmannes, der deutschen Banken sowie der deutschen Industrie, kurz, die deutsche Weltarbeit — wie Feiler¹⁾ es ausdrückt — nicht so leicht nachzuahmen sein wird, so ist doch damit zu rechnen, daß die Engländer alles daran setzen werden, um von dem „perfiden“ deutschen System zu übernehmen, was sie vermögen. So werden aller Voraussicht nach auch in Zukunft die Reibungen der beiden großen Konkurrenten England und Deutschland eher zunehmen als abnehmen. Und es ist durchaus wahrscheinlich, daß der aus vielen einzelnen Begebenheiten zurückbleibende Groll im Laufe der Zeit wieder so groß wird, daß er leicht von neuem zu einer gewaltsamen Entladung drängt. Diesen Konflikterreger wird man, so glaube ich, durch Schiedsgerichte nur schwerlich aus der Welt schaffen können. Der Haß des nach neuen Austreibungen unterliegenden Konkurrenten wird sich durch einen Schiedsgerichtsspruch nicht auslöschen lassen. Günstiger gestaltet sich der Ausblick in die Zukunft wenn der eine oder der andere Gegner die unumschränkte Übermacht hat; dann wird er den oder die anderen Konkurrenten niederdrücken können. Oder: wenn sich beide Kontrahenten gleich stark fühlen und eine Auseinandersetzung vermeiden müssen; dieser Zustand würde zu Handelsschikanen und politischen Reibungen schlimmster Art führen. An die dritte Möglichkeit: Fusionierung der beiden hauptsächlichsten Konkurrenten England und Deutschland zwecks gemeinschaftlichen Betriebs des Welthandelsgeschäftes vermag ich persönlich nicht zu glauben.

¹⁾ Deutsche Wirtschaftszeitung vom 1. November 1916.

Wie sich die Engländer die Zukunft denken, das haben sie durch die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz bekundet: nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche Niederringung Deutschlands. Die politischen Konsequenzen, die sich aus diesem Willen Englands ergeben, mögen Berufenere als ich ziehen. Hier möchte ich nur betonen, daß man dieses englische Kriegs- und Friedensziel nicht außer Acht lassen darf, wenn man — wie wir es vorhaben — über die Durchführung und Durchführbarkeit der Beschlüsse der Pariser Konferenz sprechen will.

C. Ich habe mich eingehender mit den Motiven beschäftigt, als dies mit Rücksicht auf die mir zur Verfügung stehende Zeit geboten erscheint. Es war aber nötig, um das richtige Augenmaß für die den Beschlüssen beigegebene Hauptbegründung zu gewinnen. Den eigentlichen Maßnahmen gehen nämlich (in dem amtlichen Schriftstück) folgende Resolutionen voraus:

1. Die Vertreter der alliierten Regierungen traten am 14., 15., 16. und 17. Juni unter Vorsitz des Handelsministers M. Clémentel zusammen, um das ihnen durch die Pariser Konferenz vom 28. März 1916 übertragene Mandat zu erfüllen, der Solidarität ihrer Ansichten und Interessen praktischen Ausdruck zu geben und ihren Regierungen zweckentsprechende Maßregeln zur Verwirklichung dieser Solidarität vorzuschlagen.

2. Sie erklären, daß die Zentralmächte, nachdem sie ihnen den Krieg trotz aller Bemühungen, den Konflikt zu vermeiden, aufgezwungen, jetzt im Einvernehmen mit ihren Verbündeten Vorbereitungen für einen Kampf wirtschaftlicher Natur treffen, die nicht nur den Friedensschluß überdauern, sondern dann ihren ganzen Zweck und volle Wirksamkeit erreichen sollen.

3. Sie können sich deshalb nicht verhehlen, daß die zwischen ihren Feinden hierzu in Vorbereitung befindlichen Vereinbarungen das offensichtliche Ziel haben, die Produktion und Märkte der ganzen Welt zu beherrschen und anderen Ländern ein unerträgliches Joch aufzuerlegen.

Angesichts einer so schweren Gefahr sehen die Vertreter der alliierten Regierungen es, ihrer notwendigen und berechtigten Verteidigung wegen, als Pflicht an, von jetzt ab alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um einesteiis für sich und alle neutralen Märkte volle wirtschaftliche Freiheit und Achtung vor gesunder Geschäftsführung zu sichern, und andernteils die Organisation ihres wirtschaftlichen Bundes auf dauernder Grundlage zu erleichtern.

Dieser Defensivcharakter der Beschlüsse wird von allen amtlichen Stellen der Entente nachgebetet. Die schärfste Formulierung finden wir bezeichnenderweise beim belgischen Minister Baron de Broqueville: „zur Abwehr: ja, zum Kriege: nein“. Asquith ist schon aufrichtiger (oder unvorsichtiger, wie man will); er spricht (in der Kammer) davon, daß die Beschlüsse in erster Linie (!) defensiv und nicht offensiv seien. Also: im Grunde genommen nur eine Verteidigung gegen das

Mitteleuropa der Zentralmächte! Das ist freilich für die urteilslose Masse, aber auch für die Neutralen, eine geeignetere Begründung als das offene Eingeständnis der wirtschaftlichen Unterlegenheit der Entente. Eine geschickte Regie — und eine große Heuchelei! Angenommen nur: dieses von der Entente vorgeschobene Mitteleuropa entpuppe sich in Wirklichkeit als nichts anderes als ein Verhältnis, das auch schon (zwischen Deutschland und Österreich) vor dem Kriege bestanden hat. Ich nehme diesen Fall nur an: wie steht es dann mit den vielen Klagen gegen die deutschen Handelsmethoden, gegen das Vordringen des deutschen Handels, der deutschen Industrie? Die Entente brauchte ein neues Schlagwort, mit dem sie ihre Beschlüsse ausstatten konnte, und da kam ihr das Wort **Mitteleuropa** zur rechten Zeit.

Meine Ausführungen werden hoffentlich gezeigt haben, daß die Beschlüsse in Wirklichkeit nur wenig mit dem Plane der Zentralmächte zu tun haben, und daß es ein großer Fehler wäre, sich durch die Ausspielung von „Mitteleuropa“ einfangen zu lassen.

B. Die Durchführung der Beschlüsse.

I. Die Maßnahmen für die Zeit des Wiederaufbaues.

Während die eigentlichen Kriegsmaßnahmen (A.-Beschlüsse) mehr oder weniger bereits zurzeit durchgeführt sind, und die Durchführung der dauernden Maßnahmen (C.-Beschlüsse) ebenfalls während des Krieges in Angriff genommen worden ist, sollen die Maßnahmen für die Zeit des Wiederaufbaues (B.-Beschlüsse) erst nach Beendigung des Krieges in Kraft treten. Wie oben bereits betont, schließen diese letzteren Maßnahmen den eigentlichen Handelskrieg nach dem Kriege in sich (Aufhebung der Meistbegünstigung, Boykott der Waren der Zentralmächte und Austausch der eigenen Hilfsmittel). Wir beginnen mit der Besprechung dieser Beschlüsse, weil sie von größter Bedeutung sind, gewissermaßen der ganzen Konferenz ihren Stempel aufdrücken und weil über ihre Durchführungsmöglichkeit und Zweckmäßigkeit eine lebhaftete Diskussion entstanden ist.

A. Der sog. Boykott. Die Frage des Boykotts, d. h. die Aussperrung der Zentralmächte von dem Handel der Entente, steht durchaus im Mittelpunkt aller Erörterungen über die Wirtschaftskonferenz. Die Frage, ob der Boykottplan überhaupt durchführbar ist oder nicht, ob er nicht mit großen

Nachteilen für die Entente, besonders auch für die Neutralen verbunden ist, oder ob er die Zentralmächte näher mit den Neutralen verbindet, endlich ob die Zentralmächte wirksame Gegenmaßregeln ergreifen können; dies alles ist — häufig im Zusammenhange mit der Kriegslage und den Kriegszielen — in den Zeitungen aller Länder, der feindlichen, der neutralen, wie auch in den verbündeten Ländern — mit und ohne Leidenschaft — in fast unübersehbarem Umfange, besprochen worden. Die Antworten auf diese Fragen sind ebenso verschieden, wie die Ansichten über die Kriegsziele. Es ist nicht leicht, sich durch die Internationalität der Gedanken, Anschauungen und Zielsetzungen hindurch zu lesen. Verhältnismäßig einfach ist dies noch hinsichtlich der deutschen Presse. Sie hält nämlich die Beschlüsse im großen und ganzen für undurchführbar. Es ist durchaus verständlich, wenn sie es ebenfalls vermeidet, die Dinge leidenschaftslos zu betrachten.

Damit ist uns aber nicht gedient. Wenn wir zu einem eigenen und unbeeinflussten Urteil kommen wollen, dann müssen wir ohne Voreingenommenheit an die Fragen herantreten und sie ohne Leidenschaft zu beantworten suchen. Das soll im Nachfolgenden geschehen.

1. Zunächst der Plan als solcher. Die vielfach verbreitete Annahme, daß die Entente eine allgemeine und ewige Abschließung ihrer Länder gegenüber dem Handel der Mittelmächte bezwecke, läßt sich aus den Beschlüssen widerlegen. Wie schon betont, ist sie nur für die sog. Übergangszeit geplant, also für eine Zeit von etwa 3—5 Jahren. Freilich ist zu sagen: die Sperre kann leicht weiter in Kraft bleiben, wenn die Entente einen Erfolg sieht. Ferner ist in den Beschlüssen nur von einem Verbot oder „besonderen Methoden wirksamer Natur“ die Rede. Es ist zwar nicht gesagt worden, was unter „besonderen Methoden“ zu verstehen ist; die Fassung läßt aber die Möglichkeit offen, bestimmte Waren oder solche in bestimmten Mengen oder zu bestimmten Preisen unter bestimmten Bedingungen (Kompensationen?) hereinzulassen — vorausgesetzt, daß sich die Mittelmächte darauf einlassen.

Aber angenommen, es wäre wirklich der volle Boykott des deutschen Handels für 3—5 Jahre geplant, dann ist es m. E. auch nicht ganz richtig, diese Maßnahme als eine Neuaufgabe des Merkantilismus hinzustellen und ihren Mißerfolg mit dem Hinweis auf die Geschichte und die innere Unrichtigkeit des Merkantilsystems der alten Zeit zu prophezeien. Der Merkantilismus bezweckte mit der Beschränkung der Einfuhr und Förderung der Ausfuhr nach

dem Ausland — die im vorliegenden Falle nach den Zentralmächten übrigens in Fortfall kommen soll — die Förderung der nationalen Wirtschaft eines Staates (ob mit Erfolg oder nicht und ob die Voraussetzungen richtig oder unrichtig waren, ist hier nebensächlich). Die heutigen Entente-Staaten wollen ihre Länder in diesem Sinne gar nicht abschließen. Sie haben vielmehr reiche und vielgestaltete Kolonialgebiete hinter sich und vor allem leistungsfähige neutrale Länder neben sich, die in großer Auswahl Rohstoffe, Fertigfabrikate und Lebensmittel liefern und auf der anderen Seite Waren der Entente abnehmen können. Wenn auch in dem letzten Teil der Beschlüsse — als logische Folge der Ausschließung der Waren der Zentralmächte — die Förderung der eigenen Produktion proklamiert wird, so ist der Beweggrund des ganzen Konferenzplanes doch nicht ausschließlich die Hoffnung auf Förderung des eigenen Volkswohlstandes, sondern — das darf man nicht außer Acht lassen — in erster Linie Schädigung des Gegners selbst auf die Gefahr hin, daß die eigene Volkswirtschaft davon Nachteile hat. Diese Nachteile will die Entente im Interesse ihrer militärischen und maritimen Sicherheit, ihrer nationalen Würde — wie es in der Begründung heißt — gern in Kauf nehmen. Daß sie mit solchen Nachteilen wirklich rechnet, geht deutlich aus der Zusatzbestimmung hervor, daß die Alliierten vereinbaren, „einander die weitgehendsten Absatzkompensationen zu sichern“, falls sich für ihren Handel schädliche Folgen ergeben sollten. (Inzwischen haben in Rußland schon Erwägungen über „entsprechende“ Entschädigungen stattgefunden.)

Daß die Zerreißung weltwirtschaftlicher Zusammenhänge heute Wahnsinn bedeutet — wie dies Brentano in Zürich ausgesprochen hat — und daß die Absperrung auch für die Ententeländer eine volkswirtschaftliche Torheit ist, wie dies Wirtschaftspolitiker in allen Ländern behaupten, ist ohne weiteres zuzugeben. Obwohl man nicht verkennen sollte, daß die so viel gepriesene internationale Arbeitsteilung, vermöge der jedes Land seine nationalen Eigentümlichkeiten und Vorzüge an natürlichen und menschlichen Qualitäten am besten entwickeln und so im ganzen mit den geringsten Aufwendungen die größten Nützlichkeiten hervorbringen kann — man sollte nicht verkennen, daß diese Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung bereits eine bedenkliche Entstellung durch die Entwicklung der Schutzzollpolitik in fast allen Ländern der Welt erfahren haben. Aber die Entente will nun einmal über diesen Wahnsinn hinweg ein bestimmtes militärisches und —

das ist nochmals zu betonen —, ein bestimmtes politisches Ziel erreichen, nämlich: Schädigung des deutschen Handels und Verarmung der deutschen Volkswirtschaft. Dieses offiziell nur gedachte, inoffiziell jedoch so und so oft ausgesprochene Ziel darf man nicht aus dem Auge lassen, wenn man über die Durchführung der Beschlüsse urteilen will.

Von diesem Ausgangspunkt wird man die Fragen zu prüfen haben: wird das Ziel, die Schädigung Deutschlands, mit den geplanten Maßnahmen erreicht, und werden die Entente-staaten wirtschaftlich und politisch die Absperrung durchhalten können?

a) Die Frage, ob die in Aussicht genommene Absperrung eine Schädigung der deutschen Volkswirtschaft zur Folge hat, hat zwar — vom deutschen Standpunkt — nur praktischen Wert, wenn die zweite Frage, ob die Ententeländer die Absperrung auch aushalten können, zugunsten der Entente beantwortet wird. Vom Standpunkt der Entente bildet jedoch die erste Frage den Ausgangspunkt der beschlossenen Maßnahmen. Deshalb wollen wir uns durch eine, allerdings nur oberflächliche Beantwortung der ersten Frage klar zu machen versuchen, was für die Zentralmächte, speziell für Deutschland auf dem Spiel steht, wenn die Absperrung wirklich durchgeführt werden würde. Die Handelsstatistik gibt uns gewisse Anhaltspunkte. Im Jahre 1913 gingen von der gesamten deutschen Ausfuhr im Betrage von 10 97 Millionen Mark

nach Österreich-Ungarn	. 1104 Millionen Mark	= 10,9%
„ Bulgarien 30	„ „ = 0,3 „
„ der Türkei 98	„ „ = 1,04 „
	<u>zusammen 1232 Millionen Mark</u>	<u>= 12,3%</u>
„ England 1438	„ „ = 14,2 „
„ Frankreich 790	„ „ = 7,8 „
„ Rußland 880	„ „ = 8,7 „
„ dem übrigen feind-		
lichen Europa	. . 1062	„ „ = 10,6 „
	<u>zusammen 4170 Millionen Mark</u>	<u>= 41,3%</u>
„ europäischen Neutralen	2300	„ „ = 22,5 „
„ den Verein. Staaten	. 713	„ „ = 7,1 „
„ den übrigen Ländern	1678	„ „ = 16,5 „

Danach haben unsere Gegner vor dem Kriege fast die Hälfte unserer gesamten Ausfuhr aufgenommen (41,3 %). Sie haben um fast 10 % mehr von uns bezogen wie unsere Verbündeten und die europäischen Neutralen zusammen (33,8)

Eine vollständige Unterbindung dieser Zufuhr muß also — darüber kann kein Zweifel bestehen — für Deutschland sehr fühlbar werden. Allerdings — so kann man einwenden — bleibt der Handelsverkehr mit den Neutralen. Es ist sehr wohl möglich, daß viele Waren, die früher durch Englands Vermittlung in alle Welt gingen, entweder direkt an jene Länder oder durch Vermittlung neutraler Länder dorthin gelangen werden. Man wird jedoch damit zu rechnen haben, daß die neutralen Länder aus dem Kriege finanziell und wirtschaftlich gestärkt hervorgehen und dadurch in der Lage sein werden, die eigene Produktion mächtig zu fördern; man wird ferner damit zu rechnen haben, daß die Neutralen nicht ruhig zusehen werden, wenn sich neben ihnen zwei große Blocks, Entente und Mitteleuropa, mit schärfsten Zollwaffen bekriegen. (Vgl. weiter unten.) Man wird vielmehr zu erwarten haben, daß sich die Neutralen gleichfalls zur Wehr setzen werden. In Amerika beispielsweise spricht man schon von Kampfzöllen, die bereit zu halten sind, um gegen die Zollabsichten Europas gewappnet zu sein. Daß hierbei gerade die Sympathien für Deutschland besonders groß sein werden, wird man nach den bisherigen Erfahrungen nicht annehmen können. So wird der Handel mit den Neutralen nicht alles ersetzen, was durch den Boykott verloren gehen würde.

Von vielen Seiten wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß bei der Wiederherstellung des Friedens ein Heißhunger nach deutschen Waren, besonders in den überseeischen Ländern, einsetzen werde. Nachrichten aus Argentinien, Brasilien, China und sogar aus den britischen und französischen Kolonien bestätigen diese Annahme. So erfreulich diese Sehnsucht nach deutschen Waren für uns klingt, so kann auch die überseeische Nachfrage keineswegs als ein Ersatz für die Einbuße angesehen werden, die durch die Abschließung von dem Ententeblock entstehen würde. Man darf niemals vergessen, daß der Handel nach Übersee immer nur bis zu einem Viertel des gesamten deutschen Ausfuhrhandels ausgemacht hat. Im Jahre 1913 gingen nach Übersee insgesamt 23,9 %, davon allein nach Amerika 15,3 % (während die kleine Schweiz allein 5,3 % und Belgien 5,5 % erhielten). Außerdem wird einer starken Steigerung des direkten Überseeverkehrs der Mangel an Schiffsraum nach dem Kriege — wenigstens in der ersten Zeit — hemmend entgegenstehen.

So bleibt: Die von der Entente geplante Absperrung würde der deutschen Volkswirtschaft beträchtlichen Schaden

hinzufügen. Denn man darf nicht nur die nackten Ziffern, die 4000 Millionen Mark oder weniger im Auge haben, sondern man muß an die zahlreichen Unternehmungen, an die Millionen von Arbeitern denken, die hinter diesen Ziffern stehen, und von der Arbeit für diese Ziffern leben, man muß bedenken, daß ganze Industriezweige, ganze Gegenden des Deutschen Reiches auf den Export — nach der Entente — eingestellt, eingearbeitet und angewiesen sind. Den Weg über die Neutralen haben die Beschlüsse durch die beabsichtigte Einführung von Ursprungszeugnissen verlegt, die mit den lästigsten Chikanen für die neutralen Märkte verbunden sein werden. Und endlich hat auch die Entente an die an sich wohl steigerungsfähige Ausfuhr der Zentralmächte nach Übersee gedacht. Denn sie deutet in den Beschlüssen an, daß sie sich Spezialvorschriften über die Behandlung der feindlichen Schifffahrt nach dem Kriege vorbehalte. Was das heißt, braucht nicht erst erörtert zu werden.

b) An sich — das haben wir schon gestreift — bietet der Ententeblock mit seinen — zunächst einmal als normal angenommenen — Beziehungen zu den Neutralen durchaus die Möglichkeit, die Bedürfnisse der einzelnen Länder nach den wichtigsten Gütern zu befriedigen. Mit Vorliebe weisen die Anhänger der Absperrungspolitik auf das Inventar der drei Kreise hin, die nach der Durchführung der Beschlüsse entstehen würden.

Es entfallen auf die

	Entente	Zentralmächte	Neutralen
Einwohner . . .	756	146	693 Millionen
Eisenbahnen . .	382000	120000	853000 km
Handelsschifffahrt	16	3 $\frac{1}{2}$	6 $\frac{1}{4}$ Millionen To.
Außenhandel . .	102	34	70 Milliarden Frs.
Getreide pro Kopf	147	47 kg.	

Ferner findet sich in den Ländern der Entente der größte Teil der wichtigen Rohstoffe; so sind Nickelerze, Platinerze ganz in ihren Händen, Manganerze zu 84%. Die Hanfproduktion ist 4 $\frac{1}{2}$ mal so groß, die der Rohwolle 11 mal und die der Seide ist 8 mal so groß, wie bei den Zentralmächten. In Jute hat die Entente ein tatsächliches Monopol. Über Baumwolle verfügt der Zentralblock gar nicht. (Aus dem Kommentar des französischen Handelsministers.)

Man kann diese Liste ergänzen, indem man darauf hinweist, daß die Verhältnisse bei Eisen und Kohlen aber umgekehrt liegen. Es betrug nämlich

	bei	
	der	den
	Entente	Zentralmächten
die Eisenproduktion pro Kopf . .	142 t	266 t
„ Kohlenproduktion „ „ . .	1250 t	2140 t.

Immerhin ist zuzugeben, daß im Kreise der Entente im großen und ganzen alles verfügbar ist, was zur Befriedigung der notwendigen Bedürfnisse erforderlich ist. Insbesondere wird die Bedarfsdeckung gewährleistet sein, wenn die Entente auf die Neutralen zurückgreifen kann. Sie würden ergänzend liefern können: Kautschuk, Kupfer, Mineralöle, Felle, Häute, Holz und Seide. So erscheint eine Absperrung der Entente von dem Handel der Zentralmächte grundsätzlich wohl durchführbar, freilich — wie man sofort hinzufügen muß — nur unter Überwindung zahlreicher, innerer und äußerer Schwierigkeiten. Mit diesen Schwierigkeiten müssen wir uns etwas eingehender beschäftigen, weil sie in der öffentlichen Diskussion über die Durchführbarkeit des Boykotts eine große Rolle spielen und in ihrer Bewertung vielfach zu falschen Schlüssen geführt haben.

2. Entgegenstehende Schwierigkeiten. a) In erster Linie würden sich naturgemäß bei Durchführung des Boykotts gewisse Einschränkungen für die Volkswirtschaften der Ententeländer einstellen. Die Ententebürger müßten auf manche vorteilhafte, bessere und verfeinerte Deckung der Bedürfnisse verzichten, wenn sie die deutschen chemischen Produkte, die deutschen Maschinen, die deutschen optischen Waren, die deutschen Textil- und Lederprodukte, die vor dem Kriege in den Ländern der Entente eine bevorzugte Rolle spielten, wenn sie diese Waren nach dem Kriege weiter entbehren müßten, ja auf eine Deckung ihres Bedarfs ganz verzichten, wenn das deutsche Kali ausbliebe. Es würde auch fraglich sein, ob die Exportindustrie der Ententeländer den früheren Umfang wieder erreichen würde, weil die Umstellung auf die Erzeugung von Inlandswaren, die früher von auswärts kamen, der Exportindustrie Arbeitskräfte entzieht. An sich brauchte der Export zwar nicht den früheren Umfang wieder einzunehmen, weil ja auch der Import geringer wird durch die Absperrung der Mittelmächte. Gewiß ist aber, daß diese Einschränkung des Außenhandels eine außerordentliche finanzielle Einbuße nach sich ziehen muß, besonders in England, das zu einem großen Teil auf Fracht- und Vermittlergewinn angewiesen ist.

Ergeben sich bei dieser kurzen Betrachtung allerhand Ent-
sagungen und auch finanzielle Schäden, so ist es doch ver-
kehrt, hieraus allein auf die Undurchführbarkeit des Planes zu
schließen. Die Völker haben in diesem Kriege weit größere
Schwierigkeiten überwunden und Entbehrungen ertragen, als
die oben angedeuteten. Daß ferner eine entsprechende Um-
stellung der Volkswirtschaften auf andere Bedürfnisse
möglich ist, dafür bietet der Krieg ebenfalls Beispiele
genug (England in seiner Munitionsindustrie). Und wenn dem
entgegengehalten wird, daß dieses eben nur der Krieg bewirkt
habe, so darf man nicht vergessen, daß hinter dem Konferenz-
plan gleichfalls ein leidenschaftlich erfaßtes Ziel: näm-
lich die Vernichtung Deutschlands steht, für das man
Opfer zu bringen gewillt ist. Also mit der wirtschaftlichen
Absurdität, wie neutrale und deutsche Kritiker meinen, ist die
Undurchführbarkeit des Boykotts noch nicht garantiert, weil
andere Ziele, wie wirtschaftliche Bedarfsbefriedigung um jeden
Preis, auf dem Spiele stehen. Ebenso wenig wird man den
Hinweis, der selbst von englischer Seite gemacht worden ist,
„daß die Beschlüsse geradezu ein Hohn auf die Menschheit
seien“, als Gegengewicht in die Wagschale werfen, nach den
Erfahrungen, die wir im Kriege mit den verantwortlichen
Leitern der Politik auf Seiten unserer Gegner gemacht haben.

b) Es kommen aber weitere Schwierigkeiten hinzu, die ich
hier nur kurz anzudeuten brauche, da sie gerade von der
deutschen Kritik ausführlich behandelt worden sind. Sie
liegen in der Verschiedenartigkeit und Ungleichheit der wirt-
schaftlichen Interessen der einzelnen Verbandsstaaten.¹⁾
Die Interessen der militärisch verbündeten Länder gehen in
zweifacher Richtung auseinander. Was zunächst die außen-
handelspolitischen Interessen anlangt, so fallen besonders
Italien und Rußland aus dem Rahmen des Idealbildes von
dem Wirtschaftsblock der Entente heraus. Italien ist ein
Ackerbauland mit geringen industriellen Bodenschätzen und
gering entwickelter Industrie. An sich wären die industriellen
Bedürfnisse dieses Landes von England und Amerika zu be-
friedigen, wie dies während des Krieges — allerdings teuer und

¹⁾ Von der Berücksichtigung gewisser politischer Gegensätze
(England und Rußland hinsichtlich Persiens, des fernerer Ostens, der
Türkei), ist abgesehen worden, weil anzunehmen ist, daß es England —
ebenso wie jetzt im Kriege — auch nachher, mindestens noch eine Zeit-
lang gelingen wird, politische Meinungsverschiedenheiten zu glätten,
wenn es die Erreichung seines durch die Wirtschaftskonferenz gesetzten
Zieles für wichtiger und sicher hält.

schlecht — geschieht. Deutschland kann unter normalen Verhältnissen die entsprechenden Waren naturgemäß billiger und besser liefern. Wichtiger jedoch ist, daß Italien in seinen hauptsächlichsten Ausfuhrgütern, nämlich: Hanf, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Honig, Mandeln und Seidengespinnsten — die vor dem Kriege zum größten Teil an die Zentralmächte gingen — ein Konkurrent von seinem Bundesgenossen Frankreich ist. Italien wird kaum in der Lage sein, diese Produkte an England zu verkaufen (Verkehrsmittel, Haltbarkeit). Hier zeigt sich zweifellos eine große Schwäche des Blocks, und in Italien ist der Konferenzplan bezeichnenderweise auch so ausgelegt worden, daß für diese Güter die Ausfuhr nach Deutschland möglicherweise freigegeben werden könnte. Ebenso meinte der französische Handelsminister Clémentel, daß Deutschland nach dem Kriege sehr gern bereit wäre, Nahrungsmittel in jeder Menge hereinzulassen. Man wird bezweifeln müssen, ob Frankreich und England Absatzkompensationen selbst für die in Aussicht genommene „Übergangszeit“ schaffen können, wenn Deutschland nicht so freundlich sein wird, dem treulosen Italien entgegen zu kommen. Um jedoch den guten Willen zu zeigen, ist französischerseits die Einrichtung besserer und billigerer Eisenbahnverbindungen über Frankreich nach England geplant. Letzten Endes bleibt die Gewährung einer Entschädigung in bar oder Anleihe übrig nach dem englischen Grundsatz: wir zahlen alles.

Die größeren Schwierigkeiten liegen jedoch bei Rußland. Gothein fragt (in seiner Schrift über Deutschlands Handel nach dem Kriege) mit Recht: Wer wird Rußland in Zukunft Lebensmittel im Werte von 1 Milliarde Mark und Rohstoffe im Werte von über 300 Millionen Mark (also Roggen, Futtergerste, Hafer, Speisebohnen, Sämereien, Flachs, Hanf, Kleie, Ölkuchen) abnehmen, Waren, die Rußland bisher an Deutschland lieferte? Frankreich und Italien kommen für russische Produkte überhaupt nicht oder nur in ganz geringem Maße in Betracht. Dem Plane, das russische Korn in Alkohol zu verarbeiten, der dann nach Frankreich als Betriebsstoff gehen soll, wird man keine große Bedeutung beizulegen brauchen. Wie will man aber Rußland entschädigen? In den Beschlüssen ist dieser Fall, wie wir wissen, vorgesehen, und russische Zeitungen haben schon vor der Konferenz zur Vorsicht gemahnt: man solle erst über die Entschädigungen sprechen, ehe man sich die Hände für die Zeit nach dem Kriege binde. England könnte auch hier in seinen Beutel greifen und Rußland bare Entschädigungen versprechen. Die

Entschädigungen könnten sogar sehr einfach auf die Schuldsummen Rußlands angerechnet werden. Aber damit ist Rußland wenig gedient. Mit einer Verringerung der Schuld kann Rußland nichts anfangen. Nach dem Kriege braucht es Geld zur Bezahlung seiner Auslands- und Inlandsschulden und Kapital für den Wiederaufbau seiner Volkswirtschaft. England müßte also von neuem Guthaben oder Waren vorstrecken, wenn die Ausfuhr Rußlands, die zur Bezahlung der Einfuhr nötig ist, weiter unterbunden würde. Diese Tatsache führt zu dem anderen großen Gegensatz der rein wirtschaftlichen Interessen unter den Ententegenossen.

Frankreich will in erster Linie seinen Inlandsmarkt von den deutschen Produkten befreien, Englands Industrie den Konkurrenten im Inland und auf dem Weltmarkt unschädlich machen. Italien und Rußland sind nach dem Stande ihrer eigenen industriellen Entwicklung nicht in der Lage, fremde Fertigwaren entbehren zu können. Auf dem Weltmarkt kommt ihre Konkurrenz nicht in Frage; im Inlande bedürfen sie fremder Ware. Sie haben daher kein dringendes Interesse daran, die deutschen Waren aus ihrem Lande zu verdrängen, solange diese billiger und besser als englische, französische oder amerikanische Waren sind und solange sie den Bedürfnissen der Konsumenten besser entsprechen. Übrigens ist es mehr als fraglich, ob England — von Frankreich ganz zu schweigen — überhaupt die Waren liefern können, die bisher aus Deutschland kamen, wie z. B. landwirtschaftliche Maschinen, elektrische Apparate, Lederwaren, chemische Produkte, da Englands Industrie auf ganz anders geartete Ausfuhrartikel und Ausfuhrländer eingestellt ist. Rußland und Italien haben sich daher auch nur zögernd entschlossen, den Satz von der „Förderung der eigenen Produktion“ zu unterzeichnen¹⁾, nicht weil sie diese Förderung nicht für wünschenswert halten, sondern weil sie genau wissen, daß ihre Länder noch lange nicht so weit sind, um auf die Einfuhr von Fertigwaren in absehbarer Zeit verzichten zu

1) Während über die wirkliche Stellung der russischen Regierung zu den einzelnen Beschlüssen der Konferenz mangels präziser Erklärungen nur schwer ein Urteil zu gewinnen ist, hat für Italien der Minister Boselli in der Kammerrede vom 6. Dezember 1916 den Schleier des Geheimnisses gelüftet. Er führte aus, daß die italienische Regierung die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz, betreffend die Wirtschaftspolitik im Kriege, angenommen habe, daß sie dagegen keine Verpflichtungen bezüglich der Handelspolitik nach dem Kriege eingegangen sei. Die Freiheit der Parlamente auf diesem Gebiete sei daher für künftige Beratungen vollständig gewahrt.

können. Speziell das Interesse Rußlands geht noch weiter; es braucht Kapital, um leben zu können. Und von Kapitalbeschaffung nach dem Kriege ist auf der Wirtschaftskonferenz überhaupt nicht die Rede gewesen. Was diese auseinanderlaufenden Interessen einstweilen zusammengehalten hat, ist lediglich wieder das große Ziel: Vernichtung Deutschlands, das den zögernden Genossen durch die in Aussicht gestellte Verkürzung des Krieges noch besonders schmackhaft gemacht worden ist.

c) Nichtsdestoweniger bleibt dieser Interessengegensatz bestehen; er wird verstärkt durch geographische Unzulänglichkeiten, die sich aus der wahllosen Zusammenwürfelung der Ententemitglieder ergeben. Italien hat zwar eine langgestreckte Küste, die eine Ausgestaltung des Schifffahrtsverkehrs ermöglicht; es grenzt aber mit seinem wirtschaftlich entwickeltesten Landgebiet an die Zentralmächte bzw. an das Durchfuhrland der Schweiz an. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse für Rußland. Die Schwierigkeit, eine sich über tausend Kilometer erstreckende Landgrenze nach Deutschland zu sperren und den Verkehr künstlich über Schweden oder das Mittelländische Meer zu leiten, liegt auf der Hand. Diese geographischen Schwierigkeiten nur politisch verbundener Randstaaten bilden die andere große Schwäche des Ententeblockes. Auf Seiten unserer Gegner verschließt man sich dieser Einsicht nicht. Um die Mängel zu beheben, erörtern Wirtschaftssachverständige schon heute — ohne Rücksicht auf die Kriegskarte — Pläne zur Verbesserung der Verkehrsmittel nach jenen beiden Ländern¹⁾.

d) Eine mehr technische Schwierigkeit, die sich der Durchführung des Boykottplanes entgegenstellt, will ich nur andeuten. Sie liegt in der Feststellung dessen, was deutsche Waren sind. Für alle Waren, die aus neutralen Ländern kommen, sollen — wie wir gesehen haben — Ursprungszeugnisse vorgeesehen werden. Abgesehen von den Belästigungen, Chikanen aller Art, die damit für die Neutralen verknüpft sein werden, wird es auch schwierig, unter Umständen ganz unmöglich sein, den

¹⁾ So bespricht z. B. der Bürgermeister von Lyon im „Journal“ vom 22. 10. 1916: „die Mittel zur Ausschaltung Deutschlands als des Vermittlers zwischen Frankreich und Rußland“. Er schlägt — neben den bestehenden französischen Linien aus dem Mittelmeer in das Schwarze Meer — neu zu schaffende Linien zwischen den französischen Häfen und Libau—Petersburg vor. Außerdem will er die bisherige Landlinie: Paris—Berlin—Warschau—Moskau—Petersburg durch die neu zu begründende Linie: Bordeaux—Lyon—Turin—Triest—Belgrad—Bukarest ersetzen. Damit würde auch zugleich die Bagdadbahn trocken gesetzt (!).

Charakter einer Ware einwandfrei festzustellen. Wie z. B. wenn deutsche Kohle zur Produktion von Stahl in Schweden, wenn deutsches Eisen zur Herstellung von Maschinen in der Schweiz verwendet wird? Wenn Erze aus Deutschland und Frankreich in einem neutralen Lande gemischt, verarbeitet werden? Wenn deutsches Kapital an Unternehmungen in neutralen Staaten beteiligt ist? Und endlich: wie will man italienische, französische, schweizer und deutsche Seidengespinnste unterscheiden können? Ein gewaltiger Kontrollapparat müßte geschaffen werden. Doch unlösbar ist auch diese Aufgabe nicht; das zeigen ähnliche Einrichtungen des augenblicklichen Wirtschaftskrieges wie der N. O. T. in Holland und die S. S. S. in der Schweiz sowie die entsprechende deutsche Gegenorganisation in der Schweiz.

e) Hinzu kommt das noch gar nicht zu übersehende Verhalten der Neutralen. Werden sie gegenüber den Zollabsichten der Entente untätig bleiben? Eine Zurücksetzung gegenüber den Verbündeten ruhig hinnehmen? Das ist kaum anzunehmen. Sie werden sich wahrscheinlich nach beiden Seiten zur Wehr setzen. Der Handelskrieg wird sich auf den Märkten der Neutralen abspielen. Die Entente gibt sich über das unbekannte X, das die Neutralen in der Wirtschaftskrieg-Rechnung darstellen, keiner Täuschung hin. Das ist sehr gut aus dem Eifer zu erkennen, mit dem den Neutralen bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten versichert wird, daß die Beschlüsse in keiner Weise gegen sie gerichtet seien. „Tatsächlich sind unsere Interessen und die Interessen der Neutralen identisch“ (Asquith). Oder diese kalte Geschäftssprache in französischem Stil übertragen: „Die Neutralen haben nichts zu befürchten, denn wir arbeiten für sie, um sie zu befreien“ (Handelsminister Clémentel). Deutlicher erschallt der Lockruf in der Presse. Offen wird der Anschluß der Neutralen an die Entente gefordert. Luzatti will die Neutralen in den Zolltarif einreihen, je nachdem sie als Freunde, Gleichgültige oder Feinde zu gelten haben. Es verhehlt sich aber nicht, daß neue Feinde durchaus „keine verlockende Aussicht“ seien. Die Antworten aus neutralen Ländern zeigen jedoch, daß man dort für diese Art der Befreiung vorläufig noch wenig Verständnis hat¹⁾. So taucht besonders für England das neue Schreckgespenst auf, daß die

¹⁾ Am 22. Januar 1917 hat sich der amerikanische Botschafter in St. Petersburg in recht deutlicher Weise gegen die Beschlüsse der Wirtschaftskonferenz ausgesprochen.

Neutralen durch den Handel mit den Zentralmächten, den sie dann allein und als Vermittler pflegen, zu großer Bedeutung kommen und Englands Vormachtstellung an Amerika übergehen könnte. . .

Also: Unzweifelhaft sind die Schwierigkeiten, die sich der Durchführung des Boykotts entgegenstellen, gewaltig groß. Sie bilden jedoch kein unüberwindliches Hindernis, wenn die Entente entschlossen ist, den Plan auf jeden Fall durchzuführen und wenn einzelne Länder Schaden erleiden, andere außerdem für Schäden dieser Länder noch mit aufkommen wollen. Und Opfer wollen — so haben wir gesehen — die Verbündeten bringen; außerdem ist der Boykott nur für die Übergangszeit, also für eine Zeit von 3 bis 5 Jahren, geplant. Ich kann mich also der herrschenden Ansicht nicht anschließen, die aus den bisher erörterten „Unmöglichkeiten“ den Plan für undurchführbar, für einen Unsinn erklärt. Und dennoch komme ich auch zu dem Schluß, daß eine Durchführung gefährdet, ja aussichtslos ist, selbst unter Berücksichtigung des gerade von mir betonten Antriebes: für die Vernichtung Deutschlands sind keine Opfer zu groß. Die Unterlagen für diese Überzeugung schöpfe ich aus der Entwicklung der Kriegs- und Wirtschaftslage in der Zeit nach der Konferenz. Unsere Gegner, voran England und Frankreich, haben gewaltige Anstrengungen gemacht, um den endgültigen Sieg zu erreichen: Riesenanstrengungen wirtschaftlicher, militärischer und finanzieller Art. Sie haben neue Legionen Männer der Volkswirtschaft entzogen, ungeheure Mengen Kriegsmaterial produziert und eingeführt — und doch den Sieg nicht errungen. Sie stehen ihm heute nicht näher als im Juni 1916 vor und während der Konferenz, nach deren Beendigung die Sommer-Offensive ihren Anfang nahm. Die Riesenaufwendungen aber haben die Volkswirtschaft und vor allem die Finanzlage in allen Staaten in ungünstigster Weise beeinflußt. Sowohl in Frankreich wie in England sind die Schulden — und vor allem an das Ausland, an Amerika — in schnellem Tempo gestiegen. Der sichtbare Einfuhrüberschuß betrug in England und Frankreich allein in den drei Monaten Juli, August, September etwa 4 Milliarden Mark; für das ganze Jahr 1916 wird er auf 22 Milliarden Mark veranschlagt. Die Aufbringung der Kriegskosten wird nicht nur im Inland schwierig, sondern auch für die Anszahlungen begegnet die Deckung von Tag zu Tag größeren Schwierigkeiten. Einstweilen helfen die amerikanischen Kredite über die Schwierigkeiten hinweg, und selbst, wenn man mir entgegenhält, daß diese amerikanische Unterstützung für jede

Dauer des Kriegs anhält — was ich für meine Person nicht glaube —, so wird darüber kein Zweifel herrschen, daß die Abtragung dieser Summen nach dem Kriege solche Anforderungen an die Volkswirtschaft der beiden Länder stellt, daß sie alles daran setzen werden, die volkswirtschaftliche Produktivkraft aller beteiligten Länder in jeder Weise zu fördern und sie nicht mit neuen Opfern zu belasten für das Phantom: Vernichtung Deutschlands. In Frankreich kommt noch die Verwüstung der Menschenkräfte hinzu; der Handelskammerpräsident von Nancy schätzt die Verminderung der Bevölkerung bis zum 31. März 1917 auf $2\frac{1}{2}$ Millionen Menschen (Gefallene und Geburtenverminderung). Rußland befindet sich in einer schlimmen Geldkrise; Frankreich und England werden das größte Interesse daran haben, dem finanziell aufs äußerste geschwächten Rußland Einnahmen durch Wiedereröffnung seines Außenhandels zu verschaffen. Alle Ententeländer werden daher bestrebt sein müssen, ihre Volkswirtschaften nach dem Kriege wieder so in Gang zu bringen, daß mit dem geringsten Aufwand der größte Nutzeffekt erzielt wird. Dazu gehört auch die Wiederaufnahme des auf die nationalen Eigentümlichkeiten des einzelnen Landes eingestellten Handelsverkehrs mit allen anderen Ländern, d. h. die Herbeiführung eines lebhaften Ein- und Ausfuhrhandels, „bei dem alle Beteiligten gewinnen“.

Die Zuspitzung der Wirtschaftslage war vor der Konferenz durchaus nicht in dem ganzen Umfang vorausgesehen und in die Rechnung eingestellt worden; aber selbst zugegeben: die führenden Persönlichkeiten hätten mit dem großen Aderlaß ihrer Volkswirtschaften gerechnet, dann wird man sich erinnern müssen, daß unsere Gegner mit dem entscheidenden militärischen Schlag gerechnet haben. Dieser ist ausgeblieben. Jetzt haben die Gegner die Gewißheit, daß die Verschlechterung ihrer Finanzen und die Schädigung ihrer gesamten Volkswirtschaften andauern wird, da sie ja schon aus Prestigegründen die Anstrengungen einstweilen nicht aufgeben dürfen. Sie machen sich neue Hoffnungen auf das Frühjahr 1917, aber bis dahin schreitet die Verschlechterung ihrer Wirtschafts- und Finanzlage so fort, daß in demselben Maße auch — unter Berücksichtigung der unter a bis e aufgeführten Schwierigkeiten — die letzte Hoffnung auf die Durchführbarkeit der Pariser Beschlüsse dahinschwinden wird. Darin erblicke ich den großen wirtschaftlichen Erfolg der gewaltigen militärischen Leistungen unseres Heeres an der Somme.

B. Neugestaltung der Zollpolitik. Soweit die Zentralmächte in Frage kommen, kann eigentlich von einer Neu-

gestaltung der Zollpolitik nicht gut mehr die Rede sein; denn das Verbot der Einfuhr von Waren aus den „feindlichen“ Ländern, der oben geschilderte Boykottplan, schließt eigentlich jede weitere Zollpolitik aus. Trotzdem spielt die Frage der Zollpolitik in der öffentlichen Diskussion wie in den Parlamenten der gegnerischen Länder eine große Rolle. Die Konferenzbeschlüsse sprechen nur an einer Stelle offen von der Handels- bzw. Zollpolitik, nämlich dort, wo die Aufhebung der Meistbegünstigung verlangt wird; allerdings lassen andere Stellen die Auslegung zu, daß zur Erleichterung dieses oder jenes Zieles auch eine bestimmte Zollpolitik zur Anwendung gelangen kann.

1. Wie gesagt: die Vereinbarung, daß die Alliierten den Zentralmächten gegenüber die Meistbegünstigung nicht mehr zugestehen wollen, ist mit Rücksicht auf den proklamierten Totalboykott eigentlich überflüssig, und das um so mehr, als beide Vereinbarungen: Boykott und Meistbegünstigung nur für die Übergangszeit gelten würden. Der Widerspruch wird auch nicht durch die Erklärung Asquiths gemildert. Er begründet die Verweigerung der Meistbegünstigung damit, daß die Feinde im Friedensvertrag noch in irgend einer anderen Weise Ansprüche stellen dürfen, „wir wollen uns volle Freiheit sichern, mit anderen Staaten Vereinbarungen zu treffen, die wir wollen, ohne daß sie anderen zugute kommen“. Asquith fügt noch hinzu, daß der Antrag auf Aufhebung der Meistbegünstigung von England ausgegangen, aber von allen Teilnehmern der Konferenz einstimmig angenommen worden sei.

Diesen Ausführungen Asquiths gegenüber nehmen sich die Bemerkungen des *Economiste français* etwas merkwürdig aus. Der E. kommentiert nämlich die Erklärung des französischen Handelsministers an die Presse dahin, daß es sich durchaus nicht um die Verdammung der Klausel schlechthin handele. Die Folgen jenes Paragraphen 11 des Frankfurter Friedens erforderten zwar ein Studium für sich; keineswegs seien aber die seiner Zeit befürchteten schwerwiegenden Folgen für Frankreich eingetreten; auch sei daran zu erinnern, daß die Klausel nicht von Deutschland oktroyiert, sondern von Frankreich selbst vorgeschlagen worden sei. Man müsse zugeben, daß Frankreich zweifellos Vorteile aus ihr gezogen habe. Daher werde auch die Meistbegünstigung nicht vollständig ausgelöscht, sie solle nur den Zentralmächten für die Übergangszeit verweigert werden.

Auch die Begründung, die von französischer Seite, dem Handelsminister, vorgebracht wird, ist schwach. Danach hat Deutschland in seiner „bekannten Unredlichkeit“ seine Zoll-

technik so gehandhabt und ausgebaut, daß die Meistbegünstigungsklausel praktisch in vielen Fällen durchlöchert worden sei. Dasselbe behauptet übrigens Deutschland auch von den anderen Staaten, und daß sich speziell Frankreich in den letzten Jahrzehnten zu einem Meister in Zollchikanen entwickelt hat, hat noch jüngst Schumacher¹⁾ nachgewiesen. Es ist bekannt, daß diese Klagen zum alten Inventar der Meistbegünstigungsklausel gehören. Die entscheidende Bedeutung der Meistbegünstigung, daß ein Land nicht nur „ohne Entschädigung gibt, sondern auch ohne Entschädigung an den Vorteilen teilnimmt“, die anderen Vertragskontrahenten eingeräumt werden, wird in Frankreich nicht übersehen. Im übrigen beseitigt auch die Erklärung des französischen Handelsministers, „daß die Freiheit des Vertragsabschlusses in keiner Weise bedroht sein dürfe durch Berufung der Zentralmächte auf jene Klausel“ den Widerspruch mit dem Blockadegedanken nicht.

So gelangt man zu dem Eindruck, daß die Vereinbarung gewissermaßen als Rückversicherung gedacht ist, für den Fall, daß der Boykottplan nicht zur Durchführung gelangen sollte. Nur so ist es zu verstehen, daß gerade diesem Beschluß in Rußland und Italien ein so großes Interesse entgegengebracht und er dort als das Hauptereignis der Wirtschaftskonferenz angesehen wird. Denn beide Länder fürchten von der Verwirklichung dieses Beschlusses, daß Deutschland ihnen gleichfalls das Recht der Meistbegünstigung versagen wird, daß also andere Waren — vor allem Getreide und Nahrungsmittel — aus anderen Ländern einen Vorzug in Deutschland genießen werden. Diese Argumentation sieht also eigentlich das Scheitern des vollständigen Boykotts schon voraus. Dasselbe gilt für die Zusage, die diesen Ländern gemacht worden ist, daß „für den Fall, daß sich schädliche Folgen einstellen sollten, Absatzkompensationen gewährt werden würden“. In den genannten Ländern ist daher mit Recht betont worden, daß die Vereinbarung, den Zentralmächten die Meistbegünstigung zu verweigern, dem Abkommen über den Separatfrieden gleich zu erachten sei. Die Alliierten wollen verhindern, daß die Zentralmächte durch den Abschluß von Sonderverträgen mit einzelnen Ententemächten Sondervorteile für sich erlangen könnten.

Die vorstehenden Ausführungen über das Verhältnis der einzelnen Verbandsstaaten zu der Meistbegünstigung geben zu-

¹⁾ Meistbegünstigung und Zollunterscheidung, München 1916. S. 33.

gleich Anhaltspunkte für die Beurteilung der Durchführung dieses Beschlusses der Konferenz. Die Schwäche der Entente-position liegt auch hier in den beiden „agrarisches“ Bundesgenossen, die unter den entsprechenden Gegenmaßnahmen der Zentralmächte in erster Linie zu leiden haben würden. Den Ausschlag für ein geschlossenes Vorgehen bildet daher auch hier die vorgesehene Entschädigungsfrage, die sich allerdings um einiges einfacher stellt als beim vollständigen Boykott, weil anzunehmen ist, daß die Ausfuhr dieser Länder nach Deutschland — wenn der vollständige Boykott entfällt — trotz der Zollhindernisse nicht gänzlich stocken würde. Dagegen ist mit einiger Sicherheit auf die Verwirklichung der beschlossenen Absicht von seiten der beiden anderen Länder, England und Frankreich, zu rechnen. Damit hängen

2. weitere zollpolitische Neugestaltungen zusammen. Die Alliierten haben sich nämlich eine gegenseitige Vorzugsbehandlung bei der zukünftigen Zollpolitik zugesichert. Diese Zusicherung ist wiederum auf dem Papiere einfacher als die Durchführung in der Praxis.

Die erste Voraussetzung für eine gegenseitige Zollbevorzugung ist der Übergang Englands zum Schutzzoll. Ohne Einführung eines Zolles können die Bundesgenossen vor anderen Ländern nicht bevorzugt werden. Die Neutralen werden mit Zöllen auf englische Waren antworten. Damit sind die ersten Zollstreitigkeiten gegeben. Eine gleichmäßige Bevorzugung aller Bundesgenossen befriedigt die Kolonien nicht; sie wollen im Mutterland einen besonderen Vorzug genießen. Sie glauben darauf ein Anrecht zu haben, nachdem sie das Mutterland mit Menschen, Material und Geld unterstützt haben. In Wirklichkeit gehen ihre Wünsche noch weiter; sie wollen an der Reichsregierung teilnehmen. Da England wahrscheinlich nicht beide Wünsche auf einmal erfüllen wird, so wird es vielleicht auf die Zollforderung als das kleinere Zugeständnis zuerst eingehen. Dadurch wird eine Differenzierung nötig: Kolonien, Bundesgenossen, Neutrale, bei deren praktischer Durchführung eine neue Quelle von Schwierigkeiten¹⁾ entstehen wird. Besonders Frankreich ist keineswegs entzückt,

¹⁾ Ich finde nachträglich folgende Zeitungsnotiz: „Vossische Zeitung“ vom 25. Oktober 1916: Die Verwirklichung der Beschlüsse scheint auf große Schwierigkeiten zu stoßen. Nach dem „Temps“ kann man in den Zollfragen zu keiner Einigung gelangen! In allen Entente-Hauptstädten unternahmen die von der interparlamentarischen Handelskonferenz vom April eingesetzten Komitees einen Schritt bei ihren Regierungen, um wenigstens die Einberufung der von der April-Konferenz vorgesehenen Sachverständigen-Ausschüsse zu verlangen.

in England einen Zoll für seine Waren entstehen zu sehen. Von Rußland ganz zu schweigen, das entsetzt ist, den englischen Waren einen Vorzugssatz einräumen zu sollen, nachdem es im allerbesten Zuge war, seine Hochschutzzollpolitik weiter auszubauen.

Bei diesen knappen zollpolitischen Andeutungen ist schon vorausgesetzt, daß England wirklich zum Schutzzoll übergehen wird. Das steht allerdings noch nicht ganz fest; die beiden Strömungen: Freihandel und Schutzzoll bekämpfen sich bis auf den heutigen Tag. Besonders in der jüngsten Zeit sind die Auseinandersetzungen über das Für und Wider — auf die hier nicht näher einzugehen ist — wiederum lebhafter gewesen. In der deutschen Presse wird vielfach der Gedanke vertreten, daß die Sache der Freihändler noch gar nicht schlecht stehe, und auch Gothein hält die Abkehr vom Freihandel für durchaus noch nicht abgemacht. Wenn ich auch die Argumente, die für ein Festhalten am Freihandel sprechen, voll berücksichtige, so neige ich persönlich doch zu der Annahme, daß der Krieg mit seinen gewaltigen Umwälzungen auch den Freihandel in England über Bord spülen wird. Nicht nur des Zugeständnisses wegen, das den Kolonien hinsichtlich der Zollbehandlung eingeräumt werden wird, sondern auch aus dem Grunde, der allgemein für Zölle nach dem Kriege spricht: um Einnahmequellen für den leeren Staatssäckel zu erschließen. Wird dazu noch die allein seligmachende Parole ausgegeben: die Zölle sind nur ein Kampfmittel zur Vernichtung des deutschen Handels, dann werden selbst eingeschworene Freihändler einer Reform der Handelspolitik zustimmen. Oder bedeutet es etwas anderes, wenn Asquith im Unterhaus sagt:

„Es gibt in diesem Hause sehr wenig ältere und kaum glühendere Freihändler, als ich es bin (Beifall) ... ich bin des Glaubens, daß wir in diesem Lande so gut wie frei sind, diejenige Politik durchzuführen, welche unseren wirtschaftlichen und industriellen Bedürfnissen am besten entspricht und angepaßt ist (hört, hört) ...“?

Man wird sagen können: der Krieg hat England die Wehrpflicht gebracht, er wird ihm auch den Schutzzoll bringen! Für den deutschen Außenhandel nach dem Kriege ergeben sich daraus die Konsequenzen von selbst.

C. Stimmen und Urteile. Ich hatte schon in den Einleitungsworten erwähnt, daß selbst in den Ländern der Entente die Meinungen über die Durchführbarkeit der Pariser Beschlüsse und über die Frage, ob einzelne oder alle Maßnahmen überhaupt durchgeführt werden sollen, daß hierüber die Mei-

nungen durchaus geteilt sind. In allen Ländern, nicht nur in Rußland, Italien, sondern auch in Frankreich und England hören wir Stimmen, die sich gegen den Wirtschaftskrieg auf Grund der Pariser Beschlüsse aussprechen. Diese „Stimmen“ werden dem deutschen Zeitungsleser gewöhnlich mit fetten Überschriften präsentiert. Abgesehen davon, daß der Durchschnittsleser selten in der Lage ist, die Bedeutung, den Wert und vor allem die Absicht dieser Äußerungen zu übersehen, werden ihm die „Stimmen“, die für den Boykott und die Durchführung der übrigen Beschlüsse laut werden, in der Regel vorenthalten. Ich habe im Rahmen dieses Vortrages nicht die Zeit, um auch nur auf die wichtigsten Äußerungen aus beiden Lagern¹⁾ einzugehen, möchte aber nur hervorheben, daß sich die ehemalige Hochburg des Freihandels, die Handelskammer Manchester, vor der Konferenz für die Durchführung eines Handelskrieges ausgesprochen, daß die Handelskammer von Birmingham ausdrücklich den Beschlüssen zugestimmt hat, ebenso die Londoner City Corporation, das Handelszentrum in London, während die französischen Handelskammern „vor übereilten Beschlüssen hinsichtlich des zukünftigen Zollsystems“ warnen. Hervorzuheben ist ferner, daß sich einzelne englische Arbeiterverbände wiederum recht deutlich für die Ausschließung der deutschen Waren ausgesprochen haben.

Allerdings sind die Stimmen, die sich ablehnend verhalten, gerade in der letzten Zeit häufiger geworden. Nur wird man bei ihnen niemals übersehen dürfen, worin eigentlich das „Ver-nünftige“ besteht, womit sie in der deutschen Presse ausgezeichnet werden. Wenn in England Freihändler²⁾ erklären, daß die Beschlüsse für den englischen Handel nachteilig sind, so sagen sie damit den Politikern ebensowenig etwas neues, wie die russischen Nationalökonom³⁾, die ihren Landsleuten aus-

¹⁾ Von den wichtigeren Zeitungen sind u. a. mehr oder weniger

- a) für die Durchführung der Beschlüsse (wobei sich im einzelnen nicht immer feststellen läßt, ob für eine, mehrere oder für alle geplanten Maßnahmen; vielfach wird nur von den Beschlüssen schlechthin gesprochen): Times, Morningpost, Daily Telegraph, Daily Express, Pall Mall Gazette. — Temps, Lanterne. — Russkoje Slowo, Utro Rossij.
- b) gegen (vgl. a) Economist (auch unter der neuen Schriftleitung), Manchester Guardian, Daily Chronicle, Labour Leader. — Bataille, Populaire du Centre, Journal des Débats. — Nowo Wrjema, Denj. — Secolo.

²⁾ Lord Beauchamps, Präsident der Freihandelsunion, am 2. Oktober, Sir Hugh Bell, Großindustrieller, am 10. November 1916.

³⁾ Prof. Bernatzki, J. Goldstein.

einandersetzen, daß Rußlands wirtschaftliche Interessen nach Deutschland hinweisen, oder wie der Beschluß der französischen Genossenschaften¹⁾, daß die Konsumenten unter der kommenden Absperrung leiden werden. Das alles trifft ja nicht den Kern der Sache; die chauvinistischen Stimmen²⁾ gehen auch gar nicht auf die rein wirtschaftlichen Argumente ein, sondern sie stellen nach wie vor das Ziel in den Vordergrund, Deutschlands Volkswohlstand muß vernichtet werden und dafür müssen gewisse Opfer in den Kauf genommen werden; die Wirtschaft kommt erst in zweiter Linie.

Gewiß ist es möglich, daß jene zur Vernunft mahnenden Stimmen³⁾ in den breiten Schichten der Bevölkerung, die die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge nicht voll übersehen, Aufklärung und Verständnis für die wirtschaftlichen Folgen der geplanten Beschlüsse verbreiten. Daraus können den verantwortlichen Politikern und Staatsmännern zweifellos Widerstände erstehen. Man wird sich jedoch auch hier erinnern müssen, daß die politische Verhetzung als wirksames Gegenmittel unsern Gegnern nicht unbekannt ist.

II. Die dauernden Maßnahmen für die Friedenszeit.

Wie eingangs erwähnt, verdienen diese Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit, weil sie — obwohl sie für die Zeit des Friedens bestimmt sind — schon während des Krieges in Angriff genommen werden sollen. Während also Boykott und Zollpolitik Fragen der Zukunft sind, haben wir es hier mit Maßnahmen zu tun, die bereits jetzt verwirklicht werden. Ihr Ziel ist: „Unabhängigkeit von den feindlichen Ländern, soweit Rohstoffe und Fabrikate in Betracht kommen, die für die normale Entwicklung der wirtschaftlichen Betätigung der Entente von Wichtigkeit sind“. Wenn noch irgendwelche Zweifel über die wahren Absichten unserer Gegner bestehen sollten, dann wird die Kenntnis allein von den bisher durchgeführten Maßnahmen gründlichst mit diesem Irrtum aufräumen.

Es ist im Rahmen dieses Vortrages nicht möglich, alles oder auch nur das wichtigste von dem vorzuführen, was bis

¹⁾ Auf der Tagung der Genossenschaften der Entente am 22. September 1916 in Paris.

²⁾ So z. B. in England die Morningpost vor allem gegen das Buch von Hobson, in Frankreich gegen Yves Guyot und Gide.

³⁾ Hobson, Der neue Protektionismus. Yves Guyot, Ursachen und Folgen des Krieges (Kapitel: Handelskrieg).

heute in den einzelnen Ländern in dieser Beziehung unternommen worden ist. Es gehört ein besonderes Studium dazu, um die zahlreichen Maßnahmen, Pläne, Gründungen nach ihrer Bedeutung, ihren Folgen und Wirkungen, nach ihren augenblicklichen oder dauernden Erfolgen oder Mißerfolgen zu prüfen und zu werten. Heute ist allein die Sammlung des Tatsachenmaterials eine dankenswerte Aufgabe, deren sich — was Ihnen bekannt sein dürfte — das Kieler Institut und die Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung, sowie der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, widmen. Die Lektüre dieser Sammlungen ist jedem zu empfehlen, der sich für die Frage des Außenhandels nach dem Kriege interessiert.

Ich will versuchen, Ihnen in aller Kürze einen Überblick über die „Maßnahmen zur Verdrängung des deutschen Handels“, wie sie kurz bezeichnet werden, zu geben.

1. Frankreich. Zahlreiche antideutsche Ligen haben sich die Aufgabe gestellt, deutsche Waren und deutsche Angestellte zu boykottieren. Die Aufrufe wenden sich an die Lehrer und Soldaten, an die Industriellen, Kaufleute und auch besonders an die Frauen. Jüngst sind diese Ligen (etwa 50 an der Zahl) zu einem Zentralverband zusammengefaßt worden. Die Boykottierung hat das ergötzliche Geständnis zutage gefördert, daß fast alle französischen Branchen der „deutschen Invasion“ zum Opfer gefallen seien; „sogar spezifisch französische Industrien seien davon nicht verschont geblieben“. (Noch während des Krieges mußten u. a. von außerhalb deutsche Fieberthermometer bezogen werden; inzwischen hat man — nach französischer Meldung — deutschen Gefangenen das Geheimnis der Fabrikation von Thermometern entlockt.) Ausstellungen französischer Waren sollen zur Verbreitung ihres Ruhmes dienen — die Leipziger Messe ist sowohl in Lyon wie in Paris kopiert worden, zugestandenermaßen vorläufig mit geringem Erfolg —; Ausstellung deutscher und österreichisch-ungarischer Waren sollen einen Ansporn zur Nachahmung geben. Die Herstellung stößt jedoch vorläufig — wie wir noch sehen werden — auf Schwierigkeiten. Ernst zu nehmen sind — soweit Friedenswaren in Betracht kommen — die Anstrengungen in der Glasindustrie; auch französische Puppen sollen ihren Weg schon zu den französischen Kindern gefunden haben.

Großes Interesse wird der Hebung des Außenhandels entgegengebracht. Es äußert sich in Beratungen, Vorschlägen, Plänen sowohl von seiten der beteiligten Exporteure, wie auch von amtlichen Stellen, die sich mit der Außenhandelsförderung

befassen. Im Ausland sind französische Handelskammern errichtet worden, haben Studienkommissionen die Voraussetzungen für die Belebung des französischen Handels untersucht; zwischen amtlichen und privaten Vertretern der einzelnen Länder sind Erleichterungen für den gegenseitigen Handelsverkehr besprochen worden, und endlich haben Ausstellungen auch im Ausland (Bern, Nishni-Nowgorod) für französische Waren Reklame zu machen versucht. Unter großem militärischem Pomp hat am 5. September 1915 eine französische Ausstellung in Casablanca stattgefunden. Die Handelskammer Marseille weist darauf hin, daß Weltmarktwaren nur solche sein könnten, die einem sich gleichbleibenden Massenbedarf entsprechen (was bei den französischen künstlerischen und geschmackvollen Industrieprodukten nicht der Fall sei), und daß daher der französische Wein zum französischen National-Ausfuhrartikel zu machen sei. Endlich sind die alten Pläne: Hebung der Schifffahrt, Ausbau der Handelsflotte (die sehr darniederliegt), Verbesserung der Häfen, der Hafenanlagen, Errichtung einer Exportkreditbank wieder hervorgeholt worden. Tatsächlich ist — im Zusammenhang mit den Kriegserfordernissen — an dem Ausbau der Häfen gearbeitet worden. Ebenso hat die Kammer 100 Millionen Francs für Schiffbau und Erwerb von Schiffen ausgeworfen.

Wirkliche Fortschritte sind jedoch nur im Zusammenhang mit der Tätigkeit für den Kriegsbedarf zu verzeichnen, die zurzeit alle Kräfte des Landes absorbiert und die Ausführung aller anderen Pläne hindert. Innerhalb der Munitionsindustrie sind neue Eisen- und Stahlwerke, Tuchfabriken und vor allem chemische Fabriken entstanden, sind alte Unternehmungen ausgebaut worden. Insbesondere aus dem Süden des Landes wird über eine Steigerung der Industrietätigkeit berichtet. Über den tatsächlichen Umfang dieses Fortschrittes ist naturgemäß nur schwer ein zuverlässiges Bild zu gewinnen. Wenn es nach dem französischen Munitionsminister ginge, müßte es sich allerdings um eine außerordentliche Entwicklung handeln. In einer Versammlung vor den französischen Senatoren führte er aus, daß die Metallurgie, besonders die Kriegsmaterialherstellung, „von der Einfuhr befreit werden müsse, wie dies von der chemischen Industrie bereits gesagt werden könne“. „Von der Isère bis zu den Pyrenäen, von Lyon bis Paris steht ein Wald von Fabrikanlagen, die heute Kohlenstoffverbindungen erzeugen oder in Pulver und Explosivstoffe umwandeln oder sie morgen in Parfüms oder Farbstoffe überführen.“ „Diese Befreiung auf chemischem Gebiet wollen wir nun weiter ver-

vollständigen zu einer nationalen Leistung der Eisenhütten-erzeugnisse.“ (Wobei er an die Erschließung der Eisen- und Kohlenschätze der Normandie, sowie an die Ausnutzung dre Wasserkräfte im Süden denkt.) Ein paar nüchterne Wirtschaftstatsachen führen von dieser Zukunftsmusik zur rauhen Wirklichkeit zurück. Kohlenteuerung, Frachtensteigerung, Transportkrise und wachsende Verschuldung an England und Amerika bezeichnen die volkswirtschaftliche Not, die heute mehr wie je die französische Unternehmungslust anfacht. In Wirklichkeit hält die Einfuhr englischer und amerikanischer Waren nach Frankreich an, ganz zu schweigen etwa von einer Steigerung der Ausfuhr französischer Waren nach dem Ausland.

Immerhin: Die Bestrebungen, die deutschen Waren vom Inlandsmarkt zu verdrängen und ihnen auf den Außenmärkten einen gesteigerten Wettbewerb entgegenzustellen, sind unzweifelhaft vorhanden und auch ernst zu nehmen. Allerdings stellen sich — auch nach Aufhören der Kriegserfordernisse — gerade in Frankreich der Verwirklichung der zahlreichen Pläne neue Schwierigkeiten in den Weg, vor allem durch den Mangel an Arbeitskräften, worunter Umfang und Qualität der Produktion auf lange Zeit zu leiden haben werden. Trotzdem wird aller Voraussicht nach der deutsche Handel in Frankreich auf große Widerstände stoßen — wenn er überhaupt wieder die Grenzen überschreiten wird.

2. Italien. Auch in Italien sorgen „antideutsche Vereine“ dafür, daß die deutsche Vorherrschaft in Handel und Industrie „gebrochen“ werde und mit Hilfe der Presse deutsche Waren boykottiert werden. Diesen Kreisen gefällt das zögernde Vorgehen der Regierung nicht. Nach und nach sind jedoch die von England eingeführten Handelskriegs-Methoden auch in Italien zur Durchführung gelangt; so das Verbot des Warenverkehrs mit dem Feinde, der Zahlungen an feindliche Staatsangehörige, sowie die Geschäftsaufsicht über feindliche Unternehmungen. Bemerkenswert ist, daß Zwangsliquidationen in Italien bis jetzt nicht stattgefunden haben. Dagegen wird gegen die deutschen Handelsvertreter und Agenten mit großer Schärfe vorgegangen.

Im Gegensatz zu Frankreich schenkt man in Italien der Frage der Ausbildung größere Aufmerksamkeit, besonders im Zusammenhang mit der Chemischen Industrie, die auch bei der Industrieförderung in den Mittelpunkt der Bestrebungen rückt. Ein Konsortium der chemischen und pharmazeutischen Fabriken hat sich gebildet, ein nationales Chemisches Institut soll ent-

stehen. Eine Anzahl neuer Fabriken für die Herstellung von Ammoniak, Chlor, Schwefelsäure, von Zwischenprodukten verschiedener Art, sind ins Leben gerufen, andere ausgebaut und vergrößert worden. Ein anderer Plan, eine leistungsfähige Anilinfarbenfabrik zu gründen, scheint noch nicht durchgeführt worden zu sein. Die Regierung erleichtert die Bestrebungen durch Gewährung von Steuerfreiheiten für die Betriebe, von Zollnachlässen bei Einfuhr der Rohstoffe oder der Herstellungsmaterialien. Auch in der metallurgischen Industrie sind — den Berichten nach — Fortschritte zu verzeichnen. Der italienische Stahltrust, dem 4 große Firmen angehören, hat sein Kapital auf 100 Millionen Lire erhöht. Maschinenfabriken, Werften und Hütten sind ausgebaut worden; mit französischem Kapital ist ein Kupferbergwerk mit Messingherstellung in Betrieb genommen worden. Endlich werden große Hoffnungen auf den Ausbau und die Entwicklung einer eigenen Elektrizitätsindustrie gesetzt, wobei man an die Ausnutzung der Wasserkräfte denkt. Wie es heißt, sind bereits sieben große Elektrizitätswerke, die zum deutschen Schuckertkonzern gehörten, für 100 Millionen Lire auf die Società Nazionale übergegangen.

Einen großen Spielraum in der Abwehr des deutschen Einflusses nimmt das Bank- und Kreditwesen ein. Die Banken sollen dem deutschen Einfluß entzogen werden. „Es ist Italiens Wunsch, mit eigenem Gelde zu arbeiten.“ Die Unmöglichkeit dieses Wunsches scheint man bald eingesehen zu haben; denn was von der Neuregelung des italienischen Bankwesens in die Öffentlichkeit gedrungen ist, das ist eine erfolgte oder geplante Beteiligung des französischen oder englischen Kapitals an italienischen Banken, die Gründung einer italienisch-französischen Bank und der Plan einer großen britisch-italienischen Bank. Dagegen will Italien überall dort im Ausland Banken gründen, wo seine Landeskin der wohnen, arbeiten oder wandern, so in New-York, in Kanada, in Buenos- Ayres usw. Eine für italienische Verhältnisse große Bank, ein Nationalinstitut für Schiffskredite, soll im Zusammenhang mit andern Plänen der Schifffahrt von Nutzen werden.

Der Verbesserung der Handelsmarine wird große Aufmerksamkeit geschenkt. Ein Erlaß vom 8. August 1916 sieht Steuerbefreiung für die Schifffahrtsunternehmungen, Subventionen sowie Erleichterungen für den Bau von Schiffen vor. Wenn auch diese Maßnahmen in ursächlichem Zusammenhang mit den kritischen Transportverhältnissen während des Krieges stehen, so werden sich die Verbesserungen, wenn sie wirklich, wie geplant

zustande kommen, auch nach dem Kriege bemerkbar machen. Das trifft übrigens für eine Reihe anderer Industrien zu, die im Kriege einen nicht unbeträchtlichen Aufschwung genommen haben, so z. B. außer der Eisen- und Stahlindustrie, die Automobil- und Aluminiumindustrie, die Schokoladenfabrikation, die Woll-, Baumwoll- und Seidenindustrie.

3. Rußland. Neben der zwangsweisen Auflösung der fremden (deutschen) Handelsunternehmungen, die durch Gesetz vom 11./24. Januar 1915 verfügt worden ist — nachdem bis 1. Juni 1915 die „freiwillige“ Liquidation vorgesehen war — ist vor allem die Tätigkeit des russischen Komitees „zur Bekämpfung der deutschen Vorherrschaft“ zu erwähnen. Sie gipfelt darin, nichtdeutsche, befreundete Unternehmerkreise für Rußland zu interessieren. Allerdings erheben sich in russischen Kreisen heute schon ernste Bedenken gegen die schrankenlose, unüberlegte Bevorzugung aller „befreundeten“ Gesellschaften. Der Förderung des Verkehrs zwischen Rußland und seinen Bundesgenossen sind eine Anzahl Gesellschaften wie z. B. die französische Kommission für wirtschaftliche Annäherung Rußlands und Frankreichs (in St. Petersburg), die französisch-russische Handelskammer in Paris, die russisch-amerikanische Handelskammer in Moskau — die eine amerikanisch-russische Zeitung: *Russian-American Journal for Commerce* herausgibt —, die russisch-englische Handelskammer in London, der italienisch-russische Verein in Rom, der russisch-italienische Verein in St. Petersburg, die russische Studienkommission in Japan gegründet worden. Über die praktische Bedeutung dieser Gründungen ist heute noch wenig zu sagen.

Von größerer Bedeutung sind dagegen die bezüglich der Rohstoffe der Industrie bekannt gewordenen Maßnahmen. Dahin gehört vor allem die Liquidation und Übernahme der Manganerzgruben im Kaukasus (Kutais) und Ersetzung des ausschließlich deutschen Kapitals durch russische, französische und englische Geschäftseinlagen, sowie die vertragsmäßig vor sich gehende Ablieferung der russischen Platinproduktion an England. Voraussichtlich wird England auch über den Krieg hinaus das russische „Platingeschäft“ kontrollieren. (Vgl. England.) Auch der Flachshandel wird durch England kontrolliert. Die Leitung des gesamten russischen Flachshandels liegt in den Händen von 4 englischen, von der englischen Regierung bezeichneten Firmen; über 15 russische Flachsgeschäfte stehen schon im Dienste des englischen Flachssyndikats.

Bezüglich der Industrie wünscht das Handelsministerium, daß der deutschen Industrie in Rußland „ein Ende gemacht

werde“. Die Errichtung aller elektrischen öffentlichen oder privater Betriebe — ausgenommen Telephon und Telegraph — sollen von der Genehmigung des Handelsministers abhängig gemacht werden; bisher wurde die Genehmigung von den einzelnen Gemeinden erteilt. Das Ledergewerbe befand sich vor dem Kriege vollständig in deutschen Händen. Jetzt ist das Leder-geschäft nahezu in der neuen „Altrussischen Gesellschaft für Lederfabrikation“ (gegr. 1914) vereinigt. Im Mai 1916 gehörten $\frac{2}{3}$ der gesamten russischen Ledererzeugung zur neuen Organi-sation. Die Gesellschaft plant die Errichtung einer Versuchs-anstalt in Moskau zur Ausbildung russischer Werkmeister; bisher waren nur deutsche Werkmeister in den Gerbereien beschäftigt. Beabsichtigt ist ferner die Errichtung von Gerbstoff-Fabriken. In der Metallbranche sind beachtenswerte Neugründungen erfolgt: die Altrussische Metallgesellschaft mit einem Kapital von 25 Millionen Rubel und die Neuen Eisenwerke in Sibirien mit 20 Millionen Rubel. Die Russische Gesellschaft für chemische Industrie plant die Errichtung weiterer chemischer Fabriken mit Unterstützung der Regierung, die Darlehen bereit stellen will. Optisch-technische Glaswaren wurden vor dem Kriege nur von deutschen Firmen geliefert. Jetzt ist diese Fabrikation von der Kaiserl. Porzellanfabrik aufgenommen worden; eine Spezialfabrik soll in Jekaterinburg errichtet werden.

Also auch Rußland beteiligt sich an dem großen Reine-machen. Da es aber nicht selbst an die Stelle der Deutschen treten kann, so tun dies heute die Bundesgenossen, voran England, dann auch Amerika, das durch seine Munitions-lieferungen „interessiert“ ist.

4. England. Einen anderen Eindruck machen die eng-lischen Maßnahmen. Sie sind nicht nur zahlreicher, um-fassender, konkreter, sondern sie werden auch — von amtlicher wie privater Seite — mit größerer Energie und größerem Erfolg durchgeführt. Sie verdienen daher ernste Beachtung.

Den Boykott deutscher Waren und deutscher Staatsange-höriger (sogar naturalisierter Deutscher) erwähne ich nur, um daran zu erinnern, daß diese Bewegung auch systematisch in den Kolonien gefördert wird, und daß sich zahlreiche Körper-schaften in England wie in den Kolonien für die schärfste Durchführung dieser Maßnahmen ausgesprochen haben.

In der Hauptsache krystallisieren sich jedoch die Maß-nahmen um die Förderung der englischen Industrie. Aus-stellungen werden veranstaltet, auf denen die aus der ganzen Welt zusammengetragenen Muster deutscher Waren und deut-sche Kataloge gezeigt werden. Vor allem solche der Textil-

Eisen-, Spiel- und Galanteriewarenbranche. Die englischen Industriellen geben offen zu, daß sie großen Nutzen aus den lehrreichen Zusammenstellungen ihrer Konkurrenten ziehen.

An Stelle des in England typischen Individualismus treten Zusammenschlüsse der Interessenten, eine Erscheinung, auf die Asquith in seiner Kammerrede mit besonderer Genugtuung hingewiesen hat. So sind ein Zentralverband der Industriellen (Federation of british Industries), eine Vereinigung chemischer Fabriken entstanden, die als Interessenvertretungen in den Fragen der inneren und äußeren Handelspolitik gehört sein wollen. Sie veranstalten ferner Untersuchungen über die Lebensbedingungen ihrer Branchen während des Krieges und nachher, errichten Forschungsinstitute und dergleichen — eine Tätigkeit, die freilich in Deutschland schon längst in Übung ist. Die Bestrebungen zeigen jedoch, daß die Industriellen in England offenbar das Bedürfnis haben, vorhandene Lücken auszufüllen. Dieses Streben kommt auch in dem Interesse zum Ausdruck, das seit Ausbruch des Krieges erneut dem Schul- und Unterrichtswesen entgegengebracht wird. Debatten über Ausgestaltung des Schulunterrichts, Fortbildung nach Schulentlassung, Lehr- und Fachkurse für Arbeiter, über Neugestaltung des Unterrichts in den höheren Schulen, über die wissenschaftliche und praktische Ausbildung der Techniker und Ingenieure sind an der Tagesordnung. Vor allem interessiert das Problem: gegenseitige Durchdringung von Wissenschaft und Technik, worauf die deutschen Erfolge der Industrie zurückgeführt werden. Freiwillige Spenden aus den Kreisen der Industrie und tätige Mitwirkung der Regierung sorgen dafür, daß es nicht immer beim Debattieren bleibt.

Aber auch an Taten, die auf eine direkte Förderung der Industrie hinauslaufen, fehlt es nicht. Dem stark empfundenen Mangel an eigenen Glasfabriken ist durch Errichtung von neuen Anlagen Rechnung getragen worden, und zwar unter Zuhilfenahme von belgischen Fabrikanten und belgischen Arbeitern. Die einzige leistungsfähige optische Fabrik, über die England verfügt, ist erweitert worden; der unbedeutenden Porzellanindustrie (Gebrauchsporzellan) sind staatliche Subventionen zuteil geworden. Unter dem Titel: „Eine glücklich gekaperte Industrie“ berichtet ein englisches Blatt über den Diebstahl eines deutschen Geschäftsgeheimnisses aus einer Färberei, durch das „England unter großen Geldopfern die Fabrikation seiner Marktwaren gerettet habe“ (Hermsdorfer Färbeverfahren). Das größte Interesse konzentriert sich jedoch auf die Einführung einer eigenen leistungsfähigen chemischen Industrie.

Die Bestrebungen, die hieran anknüpfen, bilden ein Kapitel für sich.¹⁾ In zahlreichen Auseinandersetzungen in Presse und Parlament ist den Erfolgen der deutschen chemischen Industrie nachgespürt worden, sind die Mittel und Wege besprochen worden, die einzuschlagen sind, um die deutsche Konkurrenz aus dem eigenen Lande fernzuhalten. Besonders die Farbenindustrie ist das Schmerzenskind der Engländer. Die Abhängigkeit der englischen Textilindustrie von den deutschen vortrefflichen Farben ist bekannt. Zur Abstellung des Mangels ist ein englisches Unternehmen ins Leben gerufen worden: die Dyes Co., mit 20 Millionen Mark Kapital. Man verhehlt sich jedoch nicht, daß noch viel Arbeit auf die Verbesserung der Ausbildung der Chemiker und Arbeiter, auf die Ausgestaltung der Laboratorien zu verwenden ist, bis das Ziel auch nur einigermaßen erreicht ist — vor der Hand ist aber noch kein Nachlassen der Energie zu bemerken, die hinter all den Bemühungen steht. Trotzdem sind die Ergebnisse der Anstrengungen bis heute wenig befriedigend. In allerjüngster Zeit ist ein Zusammenschluß der Dyes mit entsprechenden Gründungen in Frankreich und Italien zustande gekommen, zwecks besserer Anpassung der Produktion an die natürlichen Verhältnisse der einzelnen Länder.

In einer anderen Richtung bewegen sich nicht geringere Anstrengungen. England legt systematisch Hand auf die Rohstoffe²⁾. Die Einführung eines Ausfuhrzolles auf Palmenkerne von 2 £ pro Tonne, der mindestens 5 Jahre nach Kriegsschluß in Kraft bleiben soll, entzieht nicht nur den deutschen, sondern auch den holländischen Ölfabriken das Rohmaterial

¹⁾ Vgl. hierzu die „Dokumente zu Englands Handelskrieg“ in der Zeitschrift: „Die Chemische Industrie“, herausgegeben von dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands.

²⁾ Die Rohstoffversorgung wird auch in dem 2. Teil der Beschlüsse, unter den Maßnahmen für die Übergangszeit, behandelt. Es heißt dort unter III: Die Alliierten werden ihre natürlichen Hilfsquellen den verbündeten Ländern bewahren und den Austausch dieser Hilfsquellen erleichtern. Um Wiederholungen zu vermeiden, ist oben unter B I von einer Besprechung der Rohstofffrage Abstand genommen worden. An Hand der tatsächlich eingetretenen, im vorstehenden geschilderten Ereignisse wird man die Bedeutung jener Abmachungen nicht ganz negieren dürfen. Gothein hat freilich recht, wenn er darauf hinweist, daß wir — außer Jute — alle Rohstoffe auch von den Neutralen beziehen können; andererseits bleibt die Frage zu prüfen, ob sich aus der Veränderung der Marktverhältnisse nicht nachteilige Preisverschiebungen für Deutschland ergeben, und ob die nichtenglische Handelsschiffahrt den veränderten Verhältnissen — wenn die Entente den Beschluß verwirklicht — gewachsen ist.

zugunsten der englischen Fabriken, die den Zoll nicht zu zahlen haben. Mit Australien sind langfristige Verträge über Kieselgurlieferung für die Porzellanherstellung abgeschlossen worden. Besonders verdient das jüngst zwischen England und Australien vereinbarte Zinkabkommen Beachtung. Bekanntlich bezog vor dem Kriege Deutschland den größten Teil der australischen Zinkproduktion (400 000 Tonnen jährlich). England hat sich nunmehr verpflichtet, während des Krieges und zehn Jahre später jährlich von Australien 100 000 Tonnen Zinkkonzentrate und 45 000 Tonnen Rohzink abzunehmen. Zur Verarbeitung der Erze werden sowohl in Australien (Tasmanien), wie in England umfangreiche Hüttenanlagen geschaffen. Solche Umwälzungen lassen sich zwar nicht von heute auf morgen durchführen; sicher aber ist, daß Deutschland davon nicht unerheblich getroffen wird. Ferner wird über den Aufkauf des marokkanischen und algerischen Erzes für englisch-französische Rechnung, von dem Ankauf spanischer Minen durch die Engländer berichtet. Ich bin nicht in der Lage, speziell die Richtigkeit dieser Meldungen nachprüfen zu können. Der Wahrheit entsprechen dürften dagegen die Nachrichten aus Rußland, wonach den Engländern (und den Amerikanern?) die wertvollen Platingruben, die Gruben des Urals, die Grubengerechtsame im Altai und in Ostsibirien, sowie umfangreiche Holzbestände verpfändet worden sind, die für die Bedürfnisse der Entente erschlossen werden sollen.

Endlich wäre das auch in der deutschen Presse ausführlich behandelte Projekt der Gründung einer großen britischen Handelsbank für Übersee zu erwähnen, die als Gegengewicht zur Tätigkeit der deutschen Banken im Ausland gedacht ist. —

Alles in Allem: Dieser Überblick über „die Maßnahmen zur Verdrängung des deutschen Handels“ dürfte auch dem größten Zweifler gezeigt haben, daß nicht nur die Absicht unserer Gegner, uns zu schädigen, vorhanden ist, sondern daß auch mit der Verwirklichung dieser Absichten zu rechnen ist. Eine Beeinträchtigung des deutschen Handels und der deutschen Industrie ist also mit Sicherheit zu erwarten, selbst wenn man berücksichtigt, daß vieles von dem, was wir gehört haben, nur fromme Wünsche sind, die nicht einmal während des Krieges in Erfüllung gehen werden, wo der deutsche Handel ohnedies ausgeschaltet ist — selbst wenn man berücksichtigt, daß ein anderer Teil der Pläne und Maßnahmen sofort zusammenbrechen wird, wenn die deutsche Ware wieder auf dem Markt erscheint und die Käufer durch ihren Preis, ihre Qualität, ihre Besonderheit anlocken wird. Andererseits

wird die von der Entente in Aussicht genommene Schutzzollpolitik dafür sorgen, daß manches Treibhauspflänzchen in den Ländern unserer Gegner erhalten bleibt und endlich wird man auch mit wirklichen dauernden Erfolgen dieser oder jener Maßnahmen zu rechnen haben. Hierzu kommt noch, daß während des Krieges auch in den neutralen Ländern¹⁾ zahlreiche Unternehmungen entstanden oder erweitert worden sind, die — häufig mit deutschen Arbeitskräften — die verfehmten deutschen Waren für die Entente herstellen, und die auch nach dem Kriege der deutschen Industrie hinderlich sein werden.

So stellen sich dem deutschen Außenhandel in Zukunft Schwierigkeiten entgegen, deren Umfang sich heute noch nicht übersehen läßt, die aber zweifellos an Größe zunehmen, je länger der Krieg dauert, je mehr die geplante „Unabhängigkeit“ der feindlichen Länder Fortschritte macht.

III. Die Bedeutung der Maßnahmen für die Zeit nach dem Kriege.

Diesen Schwierigkeiten treten andere zur Seite, die nicht minder ernst zu nehmen sind. Sie ergeben sich aus jenen Maßnahmen, die unter A. der Beschlüsse eigentlich nur für die augenblickliche Kriegsführung bestimmt sind, aber in ihren Wirkungen und Folgen nicht ohne Einfluß auf die Wiederaufnahme des deutschen Außenhandels bleiben können. Diese Maßnahmen sind uns allen aus der Kriegszeit zur Genüge bekannt. Ich überlasse Ihnen die Beantwortung der sich aus ihrer Anwendung ergebenden Fragen:

Werden unsere Kaufleute ohne weiteres wieder Beziehungen anknüpfen wollen mit Ländern, die das Privateigentum nicht achten, Privatverträge annullieren, die Patente, Lizenzen rauben und selbst vor dem Menschen in den feindlichen Staatsangehörigen nicht Halt machen?

Wird das deutsche Kapital geneigt sein, wieder in solche Länder zu gehen, die wahllos deutsche Unternehmungen zur Liquidation bringen, deutsches Eigentum verschleudern und mit bewunderungswürdiger Gründlichkeit sofort die „Abrechnungen“ zerstören, wie dies z. B. die englische Regierung in einigen ihrer Kolonien (Straits Settlements) in weiser Voraussicht angeordnet hat?

¹⁾ Der Vollständigkeit wegen sei nur angeführt, daß auch die Neutralen (vor allem Amerika) die Gelegenheit benutzt haben, um Erwägungen über die Ausschaltung des fremden Handels und die Ausbreitung des eigenen Handels anzustellen. Ihre „Maßnahmen“ haben gleichfalls einen beträchtlichen Umfang angenommen.

Oder glaubt man, daß die schwarzen Listen mit Friedensschluß eingezogen werden, die Handelsspionage aufhören wird, alle Schranken zwischen den Handeltreibenden fallen werden? In den Verträgen, die die englischen Kontrolleinrichtungen im neutralen Ausland mit den Angehörigen dieser Länder abschließen, wird eine Zeit von fünf Jahren nach Friedensschluß vereinbart, während welcher sich die Kontrahenten verpflichten, nicht mit Angehörigen der Zentralmächte zu handeln. Es ist auch nicht anzunehmen, daß die N.O.T. in Holland, die S.S.S. in der Schweiz ohne weiteres bei Friedensschluß verschwinden werden.

Oder glaubt man, daß England nach dem Kriege eine den Zentralmächten freundliche Schifffahrtspolitik treiben wird? Wird England nicht vielmehr fortfahren, mit seinen Bunkerkohlen, Kohlenstationen, Hafeneinrichtungen die ihm nicht genehme Handelsschifffahrt zu chikanieren, seinem Willen gefügig zu machen? Daß es nicht dazu übergehen wird, auch der Wiederaufnahme der deutschen Schifffahrt Schwierigkeiten in den Weg zu legen?

Die Aufzählung dieser Fragen dürfte genügen, um die schweren Wolken zu erkennen, die sich von dieser Seite über den deutschen Außenhandel und der deutschen Industrie zusammenziehen. In eindringlicher Weise sind sie noch jüngst von Levy in seinem Buche über „Die englische Gefahr“ geschildert worden. —

Ich fasse die Ergebnisse meiner Ausführungen kurz zusammen: Der Plan, ein „Mitteleuropa“ — welcher Art es auch sei — zu schaffen, dient nur als Vorwand, um den deutschen Handel und die deutsche Industrie mit Maßnahmen zu schädigen, die mehr oder weniger eine Fortsetzung der bereits zu Anfang des Krieges eingeführten Handelskriegführung nach dem militärischen Kriege darstellen. Letzten Endes sind sie der deutlichste Ausdruck für die Unterlegenheit der Entente gegenüber der deutschen Konkurrenz, der die Entente nicht mit legalen Waffen gegenüber treten will. Ebenso ist die Berufung auf gewisse deutsche Handelsmethoden nur ein Vorwand, um der Öffentlichkeit den „Defensivcharakter“ der Beschlüsse vorzutäuschen. Wir haben gesehen, daß hinter dieser Organisation die deutsche Arbeit als ganzes steht, die naturgemäß nie aufhören wird. Geht man den Argumentationen der Entente auf den Grund, dann findet man, daß sie allein zur Verteidigung gegen diese deutsche Arbeit überhaupt die Anwendung der beschlossenen Maßnahmen für erforderlich hält. So wird also jede auch nur denkbare

Form der Wiederaufnahme des deutschen Handels die Voraussetzung für die „defensiven“ Maßnahmen der Pariser Konferenz bilden. Streift man diese Sophisterei ab, so bleibt: in Wirklichkeit bedeuten die Beschlüsse der Pariser Konferenz den unerhörtesten Angriff auf den Handel eines Landes, den je ein Menschenhirn ausgedacht hat. Die Kontinentalsperre eines Napoleon war das reine Kinderspiel dagegen. Mehr als 150 Millionen Menschen sollen nach dem Kriege von einem friedlichen Verkehr mit anderen Erdbewohnern ausgeschlossen werden. Wie sich damit das Wort Briands verträgt: „er wünsche eine harmonische Entwicklung aller Kräfte im Welthandel“, ist wie so vieles, was uns der Krieg an Aussprüchen unserer Gegner gebracht hat, nicht recht verständlich.

Nun ist dafür gesorgt, daß auch in den Ländern der Entente die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Der beabsichtigte Totalboykott, dessen Durchführbarkeit zurzeit der Konferenztagung nicht ganz unwahrscheinlich erschien, wird mit jedem Tag schwieriger, weil sich die Wirtschaftslage, besonders die finanzielle Lage unserer Gegner, von Tag zu Tag weiter so verschlechtert, daß die Volkswirtschaften der Entente das Wagnis des Totalboykotts nicht mehr riskieren können.

Dagegen verdienen gewisse andere Absichten unserer Gegner volle Aufmerksamkeit. Die Verweigerung der Meistbegünstigung werden sie ebenso gewiß ausspielen wie andere zollpolitische Schädigungen, die sie gegen die Zentralmächte beschlossen haben. Außerdem dürfen die Schwierigkeiten nicht außer Acht gelassen werden, die sich der Wiederaufnahme des deutschen Außenhandels aus den Folgen der Kriegsmaßnahmen (A), wie aus den jetzt schon durchgeführten Maßnahmen zur Verdrängung des deutschen Handels nach dem Kriege (C), entgegenstellen. Und endlich dürfen auch die Vorgänge auf den Rohstoffmärkten nicht unterschätzt werden.

Aber eine Frage drängt sich nunmehr von selbst auf: Und Deutschland? Wird es sich das alles einfach gefallen lassen, gefallen lassen müssen? Es ist richtig: zu all diesen Maßnahmen gehört auch die andere Partei, gehören die Zentralmächte, die in den Friedensverhandlungen ein tüchtiges Wort über die handelspolitische Neugestaltung mitzureden haben. Wir wollen uns aber erinnern, daß unsere Gegner ebenfalls diese Friedensverhandlungen in ihre Pläne einkalkuliert haben, nämlich in der Weise, daß die Zentralmächte beim Friedensschluß nichts zu sagen haben, daß ihnen der Frieden diktiert

werden soll. Das ist freilich der größte Kalkulationsfehler den sich unsere Gegner zuschulden haben kommen lassen. Von hier aus ist es richtig, wenn von deutscher Seite immer wieder darauf hingewiesen worden ist und wird, daß die Durchführung der Beschlüsse in erster Linie von den Friedensverhandlungen abhängig sein wird. Meine Ausführungen werden — so hoffe ich — gezeigt haben, was auf dem Spiele steht, wenn wir in den Verhandlungen nicht das durchdrücken können, was uns nottut.

Das führt zu einer kurzen Schlußbemerkung.

C. Schlußbemerkung.

Deutschland und die Beschlüsse. Abwehrmaßnahmen?

1. In Deutschland ist die Zahl derjenigen, die einen vollständig geschlossenen, sich selbst genügenden Handelsstaat wünschen, sehr gering. Auch der Plan: Mitteleuropa wird nur von wenigen so ausgelegt, daß die in ihm eingeschlossenen Länder eine größere, ebenfalls sich vollständig selbst genügende Wirtschaftsgemeinde bilden sollen. Er bietet die Möglichkeit, das wirtschaftliche Verhältnis der verbündeten Länder enger zu gestalten und die Aussicht, den Warenaustausch zu fördern, zu vergrößern; er bietet insbesondere durch seine Zukunftsmöglichkeiten und -hoffnungen eine Fülle von wirtschaftlichen und anderen Problemen, die den beteiligten Ländern mannigfaltige Anregungen geben wird. Im übrigen übersieht heute niemand, daß ein zukünftiges Mitteleuropa überwiegend politischen Interessen zu dienen bestimmt ist.

Deutschlands Volkswirtschaft wies vor dem Kriege auf weltwirtschaftliche Betätigung hin. Deutschland wird sein „Weltreich der Arbeit“ auch nach dem Kriege wieder aufnehmen. Der Beweis für diese Behauptung braucht hier nicht mehr erbracht zu werden; man kann mit Jastrow¹⁾ sagen: Das ist durchschnittliche Überzeugung in Deutschland geworden.

Für Deutschland ist damit auch die Wiederaufnahme seiner Auslandsbetätigung, seines Außenhandels im besonderen, ein Gebot volkswirtschaftlicher Notwendigkeit. In welcher Weise und in welchem Umfange die Wiederaufnahme nach dem Kriege durch die eigene Wirtschafts Lage (Konjunktur) und

¹⁾ Die handelspolitische Zukunft Deutschlands. Berlin 1917.

durch besondere Maßnahmen (Rücksicht auf die Valuta) beeinflusst wird, und ob und in welchem Umfange speziell dem Ausfuhrhandel einheimische Schwierigkeiten in Rohstoffen, Arbeitskräften, Inlandsbedarf entgegenstehen, alles dies ist ebenfalls hier zu übergehen. Ich stelle nur fest, daß Deutschland grundsätzlich geneigt sein wird, seinen Außenhandel nach dem Kriege wiederaufzunehmen.

Meine Ausführungen über die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz haben die Schwierigkeiten offengelegt, die sich jener Wiederaufnahme der Außenhandelstätigkeit in den Weg stellen werden. Ich habe zum Schluß auch auf die Friedensverhandlungen hingewiesen, die auf die Interessen unseres Außenhandels Rücksicht nehmen müssen, Rücksicht nehmen werden. Die schwierigsten Aufgaben werden zu lösen sein. Vor allem wird über die Frage nach der Sicherheit, der Betätigung, des Schutzes der Auslandsdeutschen verhandelt werden müssen. Außerdem ist das handelspolitische Verhältnis zu fast allen Ländern neu zu regeln; über die hierbei auf deutscher Seite vorgebrachten Wünsche und Forderungen ist bereits eine eigene Literatur („Zukunft des deutschen Außenhandels“) entstanden, auf die hier ebenfalls nicht einzugehen ist. Von großer Bedeutung für die Art und den Gang der Verhandlungen wird naturgemäß der militärische Sieg Deutschlands sein.

2. Jedoch — und darauf möchte ich zum Schluß noch Ihre Aufmerksamkeit lenken — stehen uns nicht auch wirtschaftliche Waffen zur Verfügung, mit denen wir die gegen uns geführten Schläge abwehren können?

Es wird uns immer gesagt, daß wir solche Waffen in unseren Rohstoffen, wie Kohlen, Eisen und besonders Kali besitzen. Aber auch in vielen Halb- und Fertigfabrikaten ist das Ausland von uns abhängig gewesen und wieder abhängig, wenn nach dem Kriege die Friedensbedürfnisse hervortreten. Das trifft besonders auf die Erzeugnisse der Stahlindustrie, der optischen Industrie, auch der Lederindustrie, vor allem der chemischen Industrie, zu; Erzeugnisse, die zum großen Teil während des Krieges weiter vervollkommenet werden konnten. Mit diesen Waffen können wir uns zgedachte Schädigungen zurückgeben. Wir können auch, abgesehen von der direkten Zollabwehr, den indirekten Weg beschreiten und beispielsweise die Einfuhr von Obst und Gemüse aus Italien oder die von Getreide aus Rußland sperren, wenn wir die beiden anderen Ententegenossen treffen wollen. Sie würden dann von Rußland und Italien um Entschädigungen angegangen werden.

Inwieweit der Einkauf von Rohprodukten im neutralen Ausland während des Krieges noch möglich ist, kann ich nicht sagen, da ich nicht zu übersehen vermag, ob dafür noch genügende Kredite zur Verfügung stehen. Wenn es nach Asquith ginge, müßten ja riesige Mengen für deutsche Rechnung in neutralen Ländern eingelagert sein. Man wird sagen können: unsere Kaufleute werden die Zeit richtig genutzt haben. Dagegen bilden die im Kriege entstandenen Ersatz- und Sparstoffe wiederum Waffen, mit denen die Pläne unserer Gegner durchkreuzt werden können. Auf eine Sperre dieses oder jenes Rohstoffes kann mit dem Einfuhrverbot solcher Rohstoffe geantwortet werden, die die Entente im Überfluß hat und die wir ganz gut noch eine Zeitlang durch Sparstoffe ersetzen können.

Wie gesagt, wir wissen, daß uns eine Menge Welthandelswaffen zur Verfügung stehen, die wir zur Abwehr verwenden können. Was jedoch fehlt, das ist eine systematische und einheitlich zusammengefaßte Abwehrorganisation, die noch während des Krieges in Tätigkeit tritt. Die großen Industrien besitzen zwar schon in ihren Verbänden, Kartellen oder sonstigen Vereinigungen Stellen, die die Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiete im Ausland verfolgen. Die jüngst erfolgten Gründungen und Verschmelzungen von großen Fachverbänden, wie der deutsche Industrierat, der Reichsverband für die deutsche Metallindustrie und andere mehr, werden ebenfalls in dieser Richtung tätig werden. Das gleiche Ziel hat der Zusammenschluß in der chemischen Industrie, der Verband Deutscher Exporteure in Hamburg, ebenso die Anlehnung der großen Schifffahrtsunternehmungen an die Großindustrie. Es fehlt jedoch eine Zentralstelle, die in engster Zusammenarbeit mit all diesen Stellen in Handel und Industrie die Maßnahmen unserer Gegner genau verfolgt, und im Einverständnis mit den Interessenten Gegenmaßnahmen zur Abwehr findet und bereithält. Bereits im Jahre 1915, also lange vor der Pariser Konferenz, hat März in seinem sehr instruktiven Buche über: „Die Zukunft des deutschen Außenhandels“ auf die Errichtung einer solchen Zentralstelle hingewiesen und dabei bemerkt, daß wir noch nicht einmal eine amtliche Denkschrift über die Maßnahmen unserer Gegner besäßen. Ich möchte hinzufügen, daß auch heute (Dezember 1916) eine derartige Zusammenstellung in der Öffentlichkeit noch nicht vorliegt¹⁾.

¹⁾ Während der Drucklegung ist von A. Curti, Zürich, erschienen: Der Handelskrieg von England, Frankreich und Italien gegen Deutsch-

Diese Zentral-Abwehrstelle, in der die geschicktesten und klügsten Vertreter aus Handel, Industrie, Schiffahrt und Banken vereinigt sein müßten, und die im übrigen einen durchaus amtlichen Charakter tragen müßte, vielleicht dem Kommissar für Übergangswirtschaft angegliedert — diese Abwehrstelle hätte zu erwägen, ob wir nicht schon während des Krieges ausdrücklich auf unsere Welthandelswaffen hinweisen sollten. Ob wir nicht den Engländern sagen sollten: wenn ihr das tut, jenes vorhabt, dann machen wir dies und das; wobei es von den jeweiligen Umständen abhängig zu machen ist, wie weit dabei der Schleier des Geheimnisses zu lüften sein wird. Unter keinen Umständen könnte es schaden, wenn den Gegnern wie den Neutralen mehr wie bisher — und zwar von sachverständigster Seite — unsere wirtschaftliche Kraft und Leistungsfähigkeit vorgeführt würde, eine Kraft, die sich nicht nur in dem Monopol gewisser Rohstoffe erschöpft, sondern auch in der vielgestalteten Industriearbeit, in der Vorzüglichkeit unserer technischen und wissenschaftlichen Ausbildung, in unserer wohldurchdachten Handels- und Bankarbeit besteht, die wir aber noch zu verdoppeln in der Lage sind, wenn es darauf ankommt. Eine wirkungsvollere Betonung unserer wirtschaftlichen Kraft ist auch im Interesse unserer Bevölkerung erwünscht. Die letztere vernimmt von Tag zu Tag, was die Gegner alles planen, um uns wirtschaftlich zu vernichten, ohne daß sie immer in der Lage ist, weder die Tragweite der geplanten Maßnahmen noch unsere Widerstandsfähigkeit und Abwehrbereitschaft richtig einzuschätzen.

Die Zentral-Abwehrstelle hätte ferner die Frage zu untersuchen, wie weit es möglich ist, in Zukunft überhaupt von der englischen Vermittlung loszukommen. Ob es nicht in erhöhtem Maße möglich ist, Rohprodukte direkt aus den Rohstoffländern zu beziehen, wohin dann zugleich unser Export zu steigern wäre; ob wir uns nicht noch mehr freimachen können von der englischen Seeversicherung, von dem englischen Rembourskredit, dem englischen Wechsel. Es ist als durchaus sicher anzunehmen, daß diese Fragen von zahlreichen Stellen, von Handels- und Industrieunternehmungen, von Banken und Versicherungsgesellschaften, von Handels-

land und Österreich-Ungarn. Eine neutrale Darstellung. Berlin 1917. Carl Heymanns Verlag. Das Buch enthält eine Sammlung aller auf den Handelskrieg bezüglichen gesetzlichen Maßnahmen, sowie zahlreiche Äußerungen aus Presse und Reden hierzu. Es enthält jedoch keine Zusammenstellung dessen, was „zur Verdrängung des deutschen Handels“ bisher in den Ländern der Entente geschehen ist.

kammern und sonstigen Interessenvertretungen behandelt und vielleicht hier und dort einer Lösung näher gebracht worden sind. Ebenso unbezweifelbar ist auch, daß die im Gange befindlichen „Erwägungen“ fruchtbarer gestaltet werden könnten, wenn sie von einer Zentralstelle aus organisiert würden.

Die Zentralstelle hätte endlich auch die Fragen der Wiederaufnahme des Außenhandels für den Friedensschluß auszuarbeiten, vorzubereiten, gewissermaßen für jeden denkbaren Fall der Verhandlungen ein fertiges Programm aufzustellen, von dem was wir wünschen, und was wir an Abwehrmaßregeln in der Schublade haben.

In allem: je mehr der Entente schon während des Krieges unsere Widerstandskraft und unser Widerstandswillen, unsere Vergeltungsabsicht vorgeführt wird, um so mehr wird die Bahn für wirtschaftliche Verhandlungen geebnet. Vor allem muß schon heute mit dem schönen Gedanken aufgeräumt werden, als ob papierene Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz als Kompensationsobjekt für die militärischen Erfolge der Zentralmächte in Frage kommen könnten.

Diskussion.

Vorsitzender Wirkl. Geh. Oberfinanzrat Dr. Schwarz:

Verehrte Anwesende! Sie haben bereits durch Ihren Beifall dem Herrn Vortragenden Ihren Dank zum Ausdruck gebracht. Namens der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft schlieÙe ich mich Ihnen gerne an und spreche Ihnen, verehrter Herr Professor, für Ihre interessanten Ausführungen unseren herzlichsten Dank aus. (Bravo!) Wir sind Ihnen namentlich dafür dankbar, daß Sie es verstanden haben, ein so überaus aktuelles Thema von einem objektiven, wissenschaftlichen Standpunkte aus zu behandeln, wie das den Zielen unserer Gesellschaft entspricht. Es ist unsere Gepflogenheit, nach unseren Vorträgen eine Diskussion herbeizuführen, um die Erörterung des Themas noch weiter zu vertiefen und auch etwaige gegenteilige Meinungen zu Worte kommen zu lassen. Ich darf daher nunmehr mehreren der anwesenden Herren, die zugleich Vertreter der an dieser Frage besonders beteiligten Berufsstände sind, das Wort erteilen.

Hermann Hecht-Berlin:

Meine Damen und Herren! Ich würde nicht das Wort nach diesem Vortrage nehmen, wäre ich nicht darum ersucht worden. In wenigen kurzen Minuten, die ich mir vorgenommen habe zu sprechen, läßt sich zu diesem so ausführlichen Vortrage wirklich nicht viel mehr ausführen. Vielleicht müÙte die Wichtigkeit, die die Beschlüsse unserer Feinde mit bezug auf unsere Rohstoffversorgung haben, stärker betont werden. Ich glaube, daß, obwohl diese Frage an verschiedenen Stellen erwähnt wurde, doch die Gefahren, die auf diese bezüglich bestehen, nicht so scharf zum Ausdruck gekommen sind, wie es vielleicht neben dem großen Raum, den die anderen Fragen in dem Vortrage eingenommen haben, hätte geschehen sollen, um uns klar zu werden, was uns in dieser Beziehung bevorstehen kann, besonders, wenn wir die vorläufig noch ungewissen zukünftigen Beziehungen zu Amerika in Betracht ziehen.

Ich möchte betonen, daß uns die Gefahren der Rohstoffversorgung größer erscheinen müssen als die Sorge um unseren Absatz. Ich möchte hierfür ein Beispiel erwähnen, das vielleicht nicht allen bekannt ist. Unsere Feinde treffen jetzt

bereits im neutralen Auslande Maßnahmen, um uns von den Rohstoffzuflüssen aus dem neutralen Auslande abzuschneiden. Der Neederland Overzee Trust, kurz die „N. O. T.“ genannt, ist eine Gesellschaft, die während des Krieges die Rohstoffe Hollands dadurch kontrolliert, daß England nur diejenigen Rohstoffe zuläßt, die in diese holländische Gesellschaft eingelagert werden. Diese Gesellschaft belegt diejenigen mit großen Strafen, die auch nur das geringste dieser Vorräte nach Deutschland oder Österreich ausführen. Diese Strafen werden aus im voraus zu hinterlegenden Depots oder Wertpapieren entnommen. Es sind nun jetzt bereits Maßregeln getroffen, daß solche bei der „N. O. T.“ eingelagerten Waren, also alle Waren, die während des Krieges nach Holland kommen, selbst nach dem Kriege nicht nach Deutschland ausgeführt werden können.

Dies bedeutet also, daß diese holländische Gesellschaft jetzt bereits durch ihre Konstitution darauf eingerichtet ist, selbst nach Schluß des Krieges keine Waren nach Deutschland bringen zu dürfen.

Wenn man in Betracht zieht, daß es sich hierbei um sämtliche Waren handelt, die von der See aus während des Krieges eingeführt wurden, so begreift man die Bedeutung dieser Maßregel. Solcher Maßnahmen können wir schwer Herr werden, weil in den Friedensverhandlungen eine Einrichtung, wie der Neederlandsche Overzee Trust — eine rein neutrale Gesellschaft — nicht ohne weiteres durch Festsetzungen der Friedensverträge, die nur dem feindlichen Auslande gegenüber Verbindlichkeit haben können, aus dem Wege geräumt wird.

Den Schwierigkeiten, die unserer Ausfuhr gemacht werden sollen, und die in so klarer Weise vom Vortragenden dargelegt sind, brauchen wir nicht so große Bedeutung in allen Punkten beizulegen, wie es vielleicht den Anschein hat. Denn, wie auch schon der Herr Vortragende uns geschildert hat, es wird sich sehr vieles anders entwickeln, als es jetzt von unseren Feinden geplant wird. Aber immerhin haben sich während der langen Dauer des Krieges in der Welt manche Dinge so entwickelt, daß sie zu Sorgen Veranlassung geben können und auf weite Kreise unserer Industrie einwirken werden. Ich denke hierbei besonders auch an die Entwicklung in Japan. Gerade die außerordentlich stark entwickelte Kleinindustrie, die in Deutschland tausendfältig Waren herstellt und durch die ganze Welt verbreitet, hat während dieser Jahre in Japan eine ganz außerordentliche Konkurrenz gefunden. So haben z. B. die Vereinigten Staaten eine große Zahl von Einkäufern nach Japan gesandt, um daselbst nach

deutschen Mustern in Japan die Waren herstellen zu lassen und um sie in diejenigen Länder zu bringen, die dafür in Betracht kommen. Diese japanische Konkurrenz werden wir nach dem Kriege nicht los werden, im Gegenteil, sie wird sich weiter und weiter verstärken und mancher Industrie hinderlich in den Weg treten, besonders auf den östlichen Märkten, die ja ein lebhaftes Interesse für uns haben.

Nur ein Wort möchte ich noch zu einer Angelegenheit sagen, die nach meiner Meinung nicht ganz zutreffend vom verehrten Herrn Redner dargetan ist. Es betrifft dies die Methoden, die wir in unseren Bestrebungen angewendet haben, das Auslandsgeschäft zu vergrößern.

Es ist wohl zweifellos, daß die deutsche Konkurrenz dem Auslande lästiger und unbehaglicher war als die anderer Länder, und wir müssen uns sagen, daß — wenn diese deutsche Konkurrenz, die in ihrem Umfange nicht viel bedeutender z. B. England gegenüber war als die amerikanische, dennoch dahin gewirkt hat, daß sie so stark feindselige Folgen zeitigte — Gründe vorhanden sein müssen, die dies rechtfertigen.

Ganz besonders aber sollten wir diesen Gründen nachgehen, wenn wir uns darüber klar sind, daß es nicht nur die uns jetzt feindlich gegenüberstehenden Länder sind, die dieses Empfinden haben, sondern daß auch das neutrale Ausland uns in weitgehender Weise seinen Haß zuwendet.

Wenn auch die uns feindliche Presse weitgehend die Stimmungen im Auslande beeinflußt, so sind daneben doch in erster Linie die wirtschaftlichen Beziehungen maßgebend.

Woher erklären wir uns nun diese Unfreundlichkeit des Empfindens?

Ich glaube, daß die billigen Preise, durch die der Deutsche die Preise im Ausland nach unten beeinflußt hat, und zwar in stärkerem Maße, als dies durch die ausländische Konkurrenz bedingt war, es bewirkt haben, daß seine Konkurrenz in weit lästigerer Weise empfunden ward als die Konkurrenz anderer Länder.

Es kommt dies wohl daher, daß, im Vergleich zu anderen Ländern, von Deutschland aus eine außerordentlich viel größere Zahl von zum Teil nicht geeigneten Leuten in die Welt hinausreisten, um ihre Waren unterzubringen, Leute, die, ohne die Risiken zu kennen, und die, ohne in der Lage zu sein, die Dinge richtig zu beurteilen, ihre Preise draußen stellten und sie in jedem Winkel der Welt bekannt gaben, selbst da, wo es eine Torheit war, in dieser Weise mit Unterbietungen vorzugehen.

Häufig ist es nicht die Konkurrenz gegen den ausländischen Wettbewerber, die Anlaß zur Preisreduktion gab, sondern der Drang, den deutschen Wettbewerber zu verdrängen. Ich will nur diese kurzen Andeutungen machen, vielleicht kann man über diese Frage einmal an anderer Stelle eingehender reden.

Reichstagsabgeordneter Dr. Stresemann - Berlin:

Meine Herren! Ich kann zunächst einmal dem Herrn Redner darin nicht recht geben und stehe darin auch im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner, daß Methoden des deutschen Ausfuhrhandels oder, wie der Herr Berichterstatter glaubte annehmen zu müssen, eine aggressive Handelspolitik Deutschlands dazu beigetragen hätte, uns den Haß der Völker zuzuziehen und mit den Grund für diejenigen Beschlüsse zu geben, die in der Pariser Wirtschaftskonferenz zum Ausdruck kommen.

Der Herr Redner hat z. B. von deutschen Ausfuhrprämien und deutschen Schifffahrtssubventionen gesprochen. Die Schifffahrtssubventionen hat er selbst als ganz bedeutungslos hingestellt. Sie beziehen sich auf einzelne Postdampfer des Norddeutschen Lloyds. Unsere maßgebende Linie, die Hapag, hat stets Schifffahrtssubventionen abgelehnt. Andererseits kann ich darauf hinweisen, daß der Bau der englischen Dampfer *Mauretania* und *Lusitania* nur möglich gewesen ist durch große englische Subventionen, die dieser Linie zu dem ausdrücklichen Zweck gegeben worden sind, die schnellsten Schiffe der Welt zu bauen.

Auch kann man unmöglich die Getreideeinfuhrscheine in diesem Zusammenhang nennen; denn worüber man klagt, ist doch nur unser industrieller Wettbewerb und ist nicht etwa die Ausfuhr deutschen Getreides nach dem Auslande. Das sogenannte Dumping-System, das heißt das gelegentliche Unterbieten, das System, gelegentlich nach dem Auslande billiger zu liefern, als man das eigene Inland beliefert, ist keine spezifisch deutsche Eigenschaft, sondern liegt im Wesen von Kartellen, die durch eine Schutzzollpolitik ein Monopol auf einem Markt haben und die dann in gewissen Situationen ihre Wirtschaftspolitik so regulieren, daß sie ihre Waren ins Ausland abstoßen und sich für Verluste im Auslande durch hohe Preise im Inlande schadlos halten. Das machen aber die amerikanischen Kartelle genau so wie die deutschen. Wenn sich daraus ein Haß entwickeln sollte, dann müßte er sich gegen amerikanische Trusts in demselben Maße entwickeln wie etwa gegen deutsche Kartelle.

Was die Methoden unseres Ausfuhrhandels betrifft, so glaube ich, daß das, was letzten Endes die Gegnerschaft hervorruft, nichts anderes ist als das unwillige Anerkenntnis der Unterlegenheit gegenüber der Intensität des deutschen Kaufmanns. Ich kann das in keiner Weise als etwas, was wir selber bedauern müßten, anerkennen, wenn der deutsche Kaufmann bis in die entlegensten Winkel der Welt geht, wenn er selbst die kleinsten Städte aufsucht, dort persönlich oder durch seine Reisenden erscheint, seine Waren selber anbietet, seinen Katalog vorzeigt und nicht wie der große englische Handelsherr in seinem Kontor in England bleibt und wartet, bis die Leute zu ihm kommen. Gerade dieses Prinzip, daß Einzelkaufleute, daß auch kleine und mittlere Industrien hinausgegangen sind, hat uns in den letzten Jahrzehnten so wesentlich vorwärts gebracht, wie es vielleicht das Bestehen einzelner großer Häuser niemals getan hätte.

Ich sehe in diesem ganzen Auflehnen der Welt gegen Deutschland doch nichts anderes als das Anerkenntnis, daß Deutschland, seitdem es politisch geeint und wirtschaftlich erstarkt ist, in den letzten Jahrzehnten einen so eminenten wirtschaftlichen Aufschwung genommen hat, dem eben kein anderes Land der Welt etwas ähnliches entgegenzusetzen hatte. Wenn Sie die Ziffern nehmen, die der Herr Redner hier niedergelegt hat, z. B. für deutsche Eisen- und Stahlproduktion, wenn Sie sehen, wie England hier von einer Weltmonopolstellung gegenüber einem Wettbewerber zurücktreten mußte, den es früher auf diesem Gebiete überhaupt nicht als gleichberechtigt ansah, dann kann das Haß und Widerwillen auslösen, ist aber schließlich doch nur die Erkenntnis dessen, daß man selbst auf die zweite Linie gedrückt ist.

Der Herr Redner hat gesagt, es gäbe zwei Systeme des Außenhandels. Das englische sei die Herrschaft über Länder und Völker, das deutsche sei die Herrschaft über die Wirtschaftstechnik. England hat allerdings verstanden, die politische Beherrschung großer Kolonien auch wirtschaftlich für sich auszunützen, es hat in seinen englischen Kolonien das Fundament seiner großen Weltwirtschaftsstellung gelegt.

Ich habe früher wiederholt darauf hingewiesen, daß man eigentlich bei der Vergleichung Englands und Deutschlands unterscheiden muß zwischen unserm Wettbewerb in denjenigen Ländern, in denen wir wirklich freien Wettbewerb haben, und daß man von dem Gesamtwelthandel diejenigen Länder abziehen muß, in denen England oder Deutschland eine wirtschaftliche Vorrechtsstellung haben. Denn was sich viele von

uns nicht klar machen, ist ja das, daß der englische Freihandel längst durchbrochen ist durch das System der Imperial preference, das England durchgeführt hat. Wir kämpfen heute gegen englische Vorzugszölle in Kanada, wir kämpfen heute gegen englische Vorzugszölle in Britisch Südwestafrika, wir kämpfen gegen englische Vorzugszölle in Australien und Neuseeland, und wir kämpfen gegen englische politische Vormachtstellung in Ägypten, in Indien und in allen seinen Kolonien. In diesem großen englischen Kolonialreich verhält sich die Ausfuhr Englands zu der Ausfuhr Deutschlands wie 9 zu 1. Sie sehen also: während wir sonst, wenn die Ziffern, die uns gegeben sind, auf das Jahr 1913 weitergeführt worden wären, in unserer Ausfuhr England gegenüber nur noch um 600 Millionen zurückbleiben, was bei 10 Milliarden Ausfuhr ja nur einen kleinen Prozentsatz ausmacht, stehen wir in einem Verhältnis von 1 zu 10 da, wo England seine politische Vormachtstellung wirtschaftlich auszunutzen verstanden hat.

Für uns kam dieses System gar nicht in Betracht, weil die Welt verteilt war, als wir in die Rolle der Völker eintraten, weil wir auf das Weltkolonialreich, über das England verfügte, unsererseits politisch verzichten mußten. Wir mußten infolgedessen versuchen, gegen diese große englische Vormachtstellung anzurennen, und ich glaube, das haben wir nicht durch Unterbietung getan, sondern dadurch, daß wir unsererseits den Weltmarkt in ganz anderer Weise intensiv bearbeiteten.

Was ist denn das große Fundament der deutschen Überlegenheit? Das ist einmal die überragende Sprachkenntnis des Deutschen. Ich kenne kleine Fabriken, die einen Katalog in 17 Sprachen herausgeben. Das ist die Art und Weise, wie der Deutsche mit den fremden Ländern in ihrer Sprache korrespondiert und nicht erwartet, daß sie seine Sprache sprechen. Ich stehe durchaus auf dem Boden, daß man in Deutschland Deutsch sprechen und nicht affektiert mit französischen oder englischen Brocken um sich werfen soll, aber für den deutschen Kaufmann ist es nur gut gewesen, daß er mit den Mitteln der internationalen Sprachkenntnis seinerseits zur nationalen Größe beigetragen hat (Sehr richtig!). Daneben aber war das zweite, was uns die andern nicht nachgemacht haben: die innige Verbindung von Technik, Wissenschaft und Industrie, die bei uns dazu geführt hat, daß die chemische Industrie ihr Weltmonopol erringen konnte, die uns auf unsern technischen Hochschulen das Material für unsere Maschinenbauanstalten, für unsere Werkzeugmaschinenfabriken, für unsere große Schwerindustrie gegeben hat, das die andern in dieser Qualität nicht besitzen.

Schließlich war es auch eine andere Auffassung der Lebensphilosophie. In England arbeitet die dritte und vierte Generation, die sich dessen freut, was sie ererbt von ihren Vätern, die infolgedessen aber auch auf dem Fundament ihres ererbten väterlichen Vermögens sitzend sich nicht mit derjenigen Energie in den Wirtschaftskampf hineinstürzte, wie es die erste und zweite Generation tut, die bei uns noch an der Arbeit ist, die das hat nachholen müssen, was uns dadurch verloren gegangen ist, daß wir zu spät zu einer politischen Einheit kamen. Nehmen Sie hinzu die große deutsche Reichstätigkeit, nehmen Sie vor allen Dingen hinzu, daß der Deutsche gar nicht das Bedürfnis hat, so in der Philosophie des „week end“ auszuruhen, so in Sport und Spiel aufzugehen, auch nicht das Prinzip des Franzosen hat, sich im 50. bis 60. Lebensjahre zurückzuziehen, sondern daß den deutschen Kaufmann gerade eine rastlose Energie bis über das biblische Alter hinaus auszeichnet, daß er seine Überschüsse nicht in Staatsanleihen anlegt, sondern immer wieder in der Vergrößerung seines Betriebes, daß die Weiterentwicklung dessen, was er geschaffen hat, ihm der eigentliche Inbegriff seines Lebens erscheint, dann finden Sie die „Methoden“, die meiner Meinung nach Anerkennung verdienen. Es könnte falsch verstanden werden, wenn von dieser Stelle aus gesagt wird, daß es unsere „Methoden“ seien, die uns gewissermaßen mit Recht den Haß und die Abneigung der Welt zugezogen hätten.

Meine Herren, ich möchte mit Bezug auf die Ausführungen des Herrn Redners über die Maßnahmen wegen der Übergangszeit und überhaupt über die Pariser Wirtschaftskonferenz mit einigen Worten zukommen. Ich muß sagen: manches von dem, was in der uns vorgelegten Zusammenstellung steht, wirkt doch auf den, der die Verhältnisse kennt, einigermaßen humoristisch, z. B. die Furcht der Pariser Wirtschaftskonferenz vor der Überschwemmung mit deutschen Waren nach dem Kriege. Ach, wollen Sie mir nicht sagen, wo der Überfluß an deutschen Waren ist, wo die Vorräte sind, die wir noch besitzen, um eine Welt zu überschwemmen, wenn der Friede kommt! Wir sehen doch, wie wir im Gegenteil während des Krieges die größten Schwierigkeiten haben, unsere eigene Volkswirtschaft aufrecht zu erhalten, wie wir sparen müssen, wie die Vorräte immer geringer werden, wie wir alles rationieren mit Ausnahme von Kohlen, von Erzeugnissen der Chemie und mit Ausnahme von einigem, was noch an Spielwaren keramischer Waren, Musikinstrumenten und anderen in Deutschland liegen mag. Soweit es nicht im Inlande inzwischen verbraucht ist, haben

wir gar nichts, womit wir in die Welt hinaustreten könnten, um sie zu überschwemmen und England, Frankreich und Rußland Milliarden von Gütern zu liefern. Ich glaube, das wird man auch innerhalb der Entente einsehen, und ich möchte infolgedessen auf diese Frage wegen der Übergangszeit viel weniger Gewicht legen, als es der Herr Vortragende getan hat. Ob diese Übergangszeit drei bis fünf Jahre dauert, sie wird daran nichts ändern, daß wir viel mehr ein Interesse daran haben, uns zu überlegen, ob wir nicht unsererseits Kontingentierungen einführen müssen, um unsere Industrie zu schützen, damit sie sich nicht in der Zeit, wo sie keine Rohstoffe hat, wo sie vollkommen darniederliegt, einem hemmungslosen Wettbewerb anderer gegenüber sieht, die nicht zu einem isolierten Wirtschaftsstaat wurden, als daß die Entente Angst zu haben brauchte, daß Deutschland seinerseits die Länder der Entente wird überschwemmen können.

Damit aber komme ich zu den wichtigsten Fragen, den dauernden Maßnahmen nach dem Kriege. Hier hat der Herr Vortragende wiederholt darauf aufmerksam gemacht, man solle den Willen unserer Gegner, uns dauernd zu isolieren, nicht unterschätzen. Das tue ich auch nicht. Ich glaube, wir haben überhaupt in diesem Weltkriege darin sehr gefehlt, daß wir wiederholt die Energie unserer Gegner zur Durchführung des Krieges unterschätzt haben. Wir haben nur ein mitleidiges Lächeln gehabt, als Kitchener sagte: der Krieg beginnt erst im dritten Jahre, und wir sehen, daß er im dritten Jahre auf dem Höhepunkte steht. Wir haben darüber gelächelt, als wir hörten, daß dieses England, das doch gar nicht das System der allgemeinen Wehrpflicht kannte, ein Millionenheer aufstellen wollte, und wir kämpften heute gegen dieses Millionenheer. Wir haben gelächelt und gespöttelt, als wir hörten, daß England sich ein Munitionsamt schaffte, und wir stehen heute im Reichstag vor der Frage, ob wir dieses englische Vorbild nachahmen sollen, weil wir gesehen haben, was es Außergewöhnliches mit seinem Munitionsamt zu leisten in der Lage gewesen ist. Deshalb glaube ich, soll man sich in bezug auf alle diese Maßnahmen auf den Standpunkt stellen: sie werden durchgeführt mit der höchsten Rigorosität, wenn England und seine Verbündeten in der Lage sind, es zu tun. Damit aber wird diese ganze Frage der Pariser Wirtschaftskonferenz ein integrierender Bestandteil des Ausganges dieses Weltkrieges. Nur ein Deutschland, das in diesem Weltkriege unterliegt, das sich einen Frieden diktieren lassen muß, wird sich diese Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz gefallen lassen müssen. Wenn

Deutschland nicht unterliegt, sind selbstverständlich alle diese Maßnahmen Gegenstand der Friedensverhandlungen.

Da möchte ich doch bemerken, daß, wenn man die Dinge auch ganz pessimistisch ansieht, man doch an dem einen nicht vorbeikommt, daß die Faustpfänder, die wir in der Hand haben, und die mit ihrem großen Flächenraum und ihrer Bedeutung nach Ost und West doch auch einen großen Teil Europas bedeuten, uns auch dafür haften, daß derartige wirtschaftliche Maßnahmen von unseren Gegnern gegen uns nicht durchgedrückt werden. Das würde doch niemand verstehen, daß wir aus dem ganzen Gebiete vom Baltikum bis zu den wolhynischen Sümpfen, daß wir aus Belgien, daß wir aus den besetzten Gebieten Frankreichs, herausgehen, ohne daß wir als Gegenleistung für das Aufgeben dieser kolossalen Gebiete uns verbitten, daß man in Zukunft Deutschland als außerhalb des Rechtes und des Gesetzes in bezug auf wirtschaftliche Maßnahmen stellt (Bravo!). Da gehört denn doch schon beinahe ein Sinn der Verzweiflung dazu, anzunehmen, daß wir in der Beziehung hilflos gegen den Versuch eines solchen Wirtschaftskampfes wären.

Ich denke deshalb, daß diese ganzen frommen Wünsche unserer Gegner zum Teil, wie der Herr Vorredner schon betont hat, auch daran scheitern, daß einmal unsere Gegner selber die höchste Intensität ihrer Kräfte brauchen, um aus ihrer eigenen Verschuldung herauszukommen, und daß zweitens Rußland und Italien — Rußland hat ja nach den Nachrichten des Kieler Instituts erst vor wenigen Wochen zugestimmt — nach ihrer geographischen Lage und ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland gar nicht in der Lage sind, dieses Programm durchzuführen. Ich rechne allerdings damit, daß sich eine ganz andere Situation nach dem Kriege ergibt als gegenwärtig, und ich sehe die größte Gefahr für unsere künftige weltwirtschaftliche Stellung eigentlich nicht in den Ländern der Entente, sondern in einem Lande, das außerhalb unserer Feinde, wenigstens formell außerhalb unserer Feinde steht, nämlich in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von unseren Gegnern glaube ich, daß wir zweierlei praktisch zu befürchten haben. Das wird einmal sein der Übergang Englands zum Schutzzoll, den ich allerdings als sicher annehme, schon weil England finanziell so geschwächt ist, daß es sich neue Einnahmen erschließen muß. Ich nehme aber weiter an, daß England mit seinen Kolonien sich enger als bisher zusammenschließen wird, politisch und wirtschaftlich zu dem größeren England, das Chamberlain erträumte, dem größeren England,

das in Zukunft gemeinsam Dreadnoughts baut, gemeinsam zu den Armeen seine Steuern beiträgt, auch gemeinsam berät in Reichskolonialkonferenzen, das aber auch gemeinsam die Tore vor dem Wettbewerb anderer verschließt und vor allem vor Deutschland. Ich glaube allerdings, daß das unseren Welt-handel deshalb in seinen Grundfesten nicht tangiert, weil unsere ganze Ausfuhr nach den englischen Kolonien gewöhnlich maßlos überschätzt wird und schon jetzt infolge der imperial preference viel geringer gewesen ist, als man sich meist vorstellt. Im übrigen sehe ich einen sichern Wall gegen englische Bestrebungen, sich von uns freizumachen, darin, daß Deutschland im Jahre 1913 von England und seinen Kolonien für 2.104 Millionen Waren bezogen hat, und daß man sich mit einem Kunden, der für 2 Milliarden Mark bestellt, als vernünftiger Kaufmann verständigt, weil jeder Schlag, den man gegen ihn und gegen seine Wirtschaftskraft führt, automatisch auf das liefernde Land zurückfällt, das nachher diesen Milliardenabsatz entbehrt. Es sind ja nicht nur unsere großen Ausfuhrwerte zu berücksichtigen, die die anderen nicht entbehren können, sondern auch die Konsumentenkraft Deutschlands, das vor dem Kriege ein Land gewesen ist, das für 10 Milliarden Einfuhrgüter verzehrt, diese 10 Milliarden, die man sich doch auch nicht einfach aus der Weltwirtschaft weggestrichen denken kann.

Ich erinnere weiter daran, daß wir bei Frankreich mit einer sehr starken Abneigung gegen uns, mit Boykottbestrebungen zu rechnen haben, die es den deutschen Kaufmann nicht als Annehmlichkeit werden empfinden lassen, etwa in den ersten Jahren nach dem Kriege in Frankreich zu reisen. Ich rechne auch damit, daß, sowie die Kriegszeit uns von den Dingen unabhängig gemacht hat, die wir früher eingeführt haben, — die 160 Millionen Chilesalpeter werden in Zukunft nicht mehr in unserer Einfuhrsumme stehen, — daß auch, worauf neulich der Berner „Bund“ hinwies, Frankreich sich in der chemischen Industrie einigermaßen unabhängig gemacht haben wird.

Was mir aber wichtiger erscheint als das Nachlassen der Kaufkraft Frankreichs und als das Zurückdrängen auf dem Gebiete der englischen Kolonien, ist das eine, daß wir alle, aber nicht nur wir allein, sondern auch England und Frankreich, darunter leiden, daß wir in einer Zeit, in der wir uns in Milliarden-schulden stürzten, in einer Zeit, in der wir mit unserm ganzen Welthandel darniederlagen, vielleicht erst nach zwei bis drei Jahren dahin kommen werden, überhaupt wieder in ein normales Geschäft einzutreten, bis wir alle die Vorräte wieder haben, die wir in Friedenszeiten hatten, daß eben in

dieser Zeit die Vereinigten Staaten von Amerika sich ungehemmt entwickeln können, daß sie den kolossalen Milliardenseggen, den sie auf sich herabrieseln sahen, den die Munitionsausfuhr gebracht hat, wirtschaftlich ausnutzen werden. Es gibt viel Geschäfte im Auslande, die nur gemacht werden können, wenn sie gleichzeitig finanziert werden. Da handelt es sich nicht nur darum, ob ich qualitativ und in der Preisgestaltung gut liefere, sondern ob ich geneigt bin, mich an einer großen Millionenbestellung zu beteiligen, daß ich so und so viel Aktien in mein Portefeuille nehme. Nach dieser Richtung werden wir in Zukunft ziemlich schwach sein, während die Vereinigten Staaten ziemlich stark sein werden. Zu denjenigen Ländern, die heute einen Wirtschaftskampf gegen uns führen, wenn auch nicht aus politisch feindseligen Gründen, gehören die Vereinigten Staaten, die namentlich auf dem südamerikanischen Markt uns außerordentliche Schwierigkeiten bereiten werden. Im allgemeinen ist darüber kein Zweifel, daß wir nach diesem Kriege mit sehr schwerem Gepäck in den weltwirtschaftlichen Kampf schon deshalb hineingehen werden, weil wir jährlich im eigenen Lande Milliarden neuer Steuern werden aufbringen müssen, die natürlich überall auf unsere eigene Volkswirtschaft einwirken.

Trotz alledem glaube ich, daß es unsere Gegner nicht erreichen werden, uns auf die Dauer vom Weltmarkt zu verdrängen — das halte ich überhaupt für ausgeschlossen —, sondern uns auch nur aus der Stellung zu verdrängen, die wir heute einnehmen, als an zweiter Stelle stehend nach England, vor den Vereinigten Staaten, vor Frankreich und vor den andern. Ich tröste mich bei allen diesen Betrachtungen immer mit einem Satze, der vielleicht etwas volkstümlich gedacht sein mag, aber doch schließlich den Kern der Sache trifft: geliebt hat uns vor diesem Kriege kein Mensch, aus Sympathie zu uns hat uns niemand etwas abgekauft. Auch vor diesem Kriege hat sich Amerika schon die höchsten Schutzzölle gegeben, die nötig waren, um seine Industrie gegenüber Deutschland abzusperren. Schon vor diesem Kriege hat Frankreich seine Schutzzölle gegen Deutschland erhöht, und wir haben schon im Jahre 1912 die Schikanen an der Grenze gehabt, die Frankreich anwandte, um sich der deutschen Einfuhr zu verwehren. Schon vor dem Kriege wurde die imperial preference geschaffen, schon vor dem Kriege hatten wir eine chauvinistische russische Bewegung gegen den deutschen Handel, und die Vorbereitungen für den nächsten russischen Handelsvertrag waren in Rußland nicht von Wohlwollen gegen uns getragen. Obwohl sie uns haßten, waren sie wirtschaftlich von uns ab-

hängig, weil es uns möglich gewesen war, auf gewissen Gebieten uns ein Monopol zu schaffen, das uns nicht die Erde gab, die uns etwa Überfluß an Rohstoffen gegeben hätte, sondern das uns die Verbindung mit der Wissenschaft in der Großmachtstellung in der deutschen Chemie gegeben hat. Was uns die Liebe des deutschen Kaufmanns am Detail gab, darauf beruht mit unsere Stellung in der Textilindustrie, der Spielwarenindustrie, und was uns die Intensität unserer Arbeit gab, der die anderen Gleichwertiges nicht entgegenzusetzen hatten. Wir werden auf dem Wege nach Mitteleuropa einigen Ausgleich für das haben, was uns sonst verloren geht. Ich bin aber überzeugt, wir werden uns in wenigen Jahren die alte Stellung wieder erworben haben. Auf keinem Gebiete ist ein tiefgehender Pessimismus meiner Auffassung nach unberechtigter als auf dem unserer weltwirtschaftlichen Stellung (Lebhafter Beifall).

Generalsekretär Dr. O. Horney-Berlin:

Ich möchte einige Ausführungen meines Vorredners, des Herrn Dr. Stresemann, vom Standpunkt der chemischen Industrie aus unterstreichen. Die deutschen Methoden im Auslandshandel sollen, nach den Ausführungen des Herrn Kommerzienrats Hecht, Ursache gewesen sein, daß wir draußen solcher Unbeliebtheit und Abneigung gegenüberstehen. Daß die deutsche Methode die richtige war, dürfte wohl am besten das Bild der chemischen Industrie zeigen. Wodurch ist die chemische Industrie groß geworden? Wodurch hat sie ihre Weltmachtstellung erreicht? Nur durch die bis ins einzelne gehende Organisation ihrer Beziehungen zum Auslande, welche die deutschen Erzeugnisse und die stetigen Fortschritte der chemischen Industrie bis in die letzten Winkel der Erde verbreiteten. Als die deutsche chemische Industrie in den sechziger Jahren entstand, begann sie mit der Herstellung von Produkten, die schon in England und Frankreich in guter Qualität erzeugt wurden. England war als das Land der Kohle, als das Land der ersten Steinkohlendestillation gleichzeitig das Land der Rohstoffe auch für die entstehende deutsche Teerfarbenindustrie. Trotzdem hat nach wenigen Jahren Deutschland die Führung übernommen und gefördert durch die schon mehrfach hervorgehobene innige Verbindung mit der chemischen Wissenschaft diese gewaltige Industrie geschaffen

Es ist gelungen, um nur ein Beispiel zu nehmen, durch den künstlichen Indigo bereits zehn Jahre, nachdem eine

deutsche Fabrik mit dem Fabrikat heraustrat, den natürlichen Indigo selbst auf den Märkten in Britisch-Indien und China zu verdrängen, die früher die Hauptproduktionsländer für natürlichen Indigo waren.

In dem tiefsten Innern Chinas, in Japan, in Indien, überall befinden sich Färbereischulen der deutschen Teerfarbenfabriken, welche den Eingeborenen das Färben mit deutschen Farbstoffen lehren. Durch eine solche, die ganze Erde umspannende Organisation sind die Fortschritte unserer Industrie überall zur Geltung gebracht und durchgesetzt worden. Diese Methoden konnten sich aber nur durchsetzen, indem nicht nur bessere, sondern auch billigere Ware geliefert wurde.

Gegen diese Leistungen der deutschen chemischen Industrie rennen unsere heutigen Feinde jetzt mit aller Kraft an. Wenn Sie die Verhandlungen verfolgen, ist es insbesondere immer wieder die Weltmachtstellung der chemischen Industrie, die ihnen im Wege steht und die sie erschüttern wollen. England hat damit begonnen, wo es immer möglich war, diese Auslandsorganisationen zu zertrümmern. Alle Filialen in den englischen Kolonien wurden aufgelöst, die Bücher verbrannt und bis zur letzten Schreibmaschine alles verkauft. Gleichzeitig soll die Industrie in England selbst die Erzeugung aller dieser Farbstoffe, Arzneimittel usw. übernehmen.

Wie steht es nun mit diesen Aussichten? Die Machtstellung der chemischen Industrie beruht in Deutschland darauf, daß mit dem Heranwachsen der Farbstoffindustrie alle die anderen Industriezweige, welche Vor- und Zwischenprodukte, organische und anorganische Säuren herstellen, sich in großem Umfange entwickelt haben. Diese haben aus sich heraus wiederum zahlreiche Nebenindustriezweige geboren, insbesondere die der Arzneimittel, der künstlichen Riechstoffe usw.

In England und Frankreich war man stehen geblieben; und so bedeutende Chemiker beide Länder aufwiesen, so fehlten doch diesen Heerführern die Offiziere und Soldaten, die in den chemischen Fabriken die Fortschritte auszunutzen wußten. Während des Krieges hat sich auch hier das Bild geändert. Die Absperrung von den deutschen Produkten, die der Krieg von Anbeginn an mit sich brachte, zwang sie, die Produkte selbst herzustellen. Sie haben sich mit großer Intensität darum bemüht, auf möglichst allen Gebieten deutsche Erzeugnisse durch eigene Produktion zu ersetzen. Auf dem Gebiete der Heilmittelindustrie hat England durch die Gründung von großen Millionengesellschaften mit Staatsunterstützung den Versuch gemacht, eine große Farbstoffindustrie in die Wege zu leiten.

Alle diese Versuche spielen im Kriege noch nicht eine so bedeutende Rolle, weil auch dort die Arbeitskräfte und Rohstoffe nicht in dem Umfange für diese Zwecke vorhanden sind. England ist keineswegs in der Lage, auch nur annähernd das zu ersetzen, was Deutschland ihm lieferte. Im Kriege hat sich England dadurch geholfen, daß die Textilindustrie auf die gewohnte Farbechtheit verzichten und sich mit schlechteren Farbstoffen begnügen mußte und die Moden den vorhandenen Farbstoffen anpaßte. Nach dem Kriege wird das anders sein. Da wird England genötigt sein, mit seiner Textilindustrie auf dem Weltmarkt zu erscheinen, und es kann nicht mehr Moden diktieren, wenn deutsche Farbstoffe in der Welt vorhanden sind. Aber — und dies ist zu berücksichtigen — es wird nach dem Kriege eine sehr gewaltige chemische Industrie in den feindlichen Ländern vorhanden sein, die, wie das schon zitierte Wort des englischen Ministers zeigt, sich an die Munitionsfabriken anknüpfen wird; denn diese Munitionsfabriken stellen schon einen großen Teil derjenigen Produkte her, die später bei der Weiterverarbeitung von Teerfarben, Arzneimitteln usw. nötig sind.

Es wird von der Entente versucht werden, in erster Linie Deutschland von dem eigenen Markt abzusperren, der sehr bedeutend war, da er mindestens ein Drittel der gesamten Ausfuhr der deutschen chemischen Industrie umfaßte. Zweitens wird versucht werden, Deutschland Rohprodukte vorzuenthalten. Die letztere Frage schätze ich nicht so schwerwiegend ein, wie es Herr Kommerzienrat Hecht getan hat, soweit es wenigstens die chemische Industrie angeht; denn die chemische Industrie hat in den zwei Jahren des Krieges gelernt, sich von ausländischen Rohprodukten unabhängig zu machen. Wenn natürlich auch nicht alle Einfuhr von Rohprodukten entbehrt werden kann, so sind wir trotzdem in der Lage, unsere ganze Industrie aufrecht zu erhalten, auch wenn eine Erschwerung eintritt.

Welche Erfolge die chemische Industrie während des Krieges gehabt hat, welche Fortschritte gezeitigt worden sind, welche gewaltigen Ersparnisse für uns im eigenen Wirtschaftsleben dadurch eintreten, daß eine große Rohprodukteinfuhr unnötig werden wird, weil wir alles im eigenen Lande erzeugen, wird erst nach dem Kriege klar werden. In diesen Fortschritten, in dem, was wir ersparen gelernt haben, liegt wieder ein gewaltiges Kraftreservoir, mit dem wir in den neuen Kampf hineingehen, und das um so höher zu bewerten ist, weil es uns von allen Maßnahmen unabhängig macht, die die Entente versuchen

wird, um uns durch Abschneidung der Rohmaterialien die Existenz zu erschweren.

Aus dem Grunde stehe ich auch nicht auf dem Standpunkt, daß man schon heute mit irgendwelchen Gegenmaßnahmen heraustreten sollte. Die Pariser Beschlüsse sind vorläufig ein Stück Papier, das Richtlinien zeigt, die, natürlich wenn es möglich wäre, mit voller Energie durchgeführt werden würden. Aber es ist dem immer entgegenzuhalten, daß heute noch niemand überblicken kann, wie die ersten Jahre nach Beendigung des Krieges ausschauen werden. Auch hierin muß ich Herrn Dr. Stresemann zustimmen, der sagt, daß wir so viel mit uns zu tun haben werden, daß wir gar nicht daran denken können, schon in den ersten Jahren nach dem Kriege unsere alte Position auf dem Weltmarkte wieder einzunehmen. Wir sind so in uns ausgeleert, und unsere ganze wirtschaftliche Tätigkeit muß völlig umgestellt werden, daß erst eine geraume Zeit vergehen wird, ehe wir wieder mit voller Kraft draußen erscheinen. So wird es wahrscheinlich auch unseren jetzigen Feinden gehen. Sie werden keine Überschwemmung mit deutschen Waren zu fürchten haben. Im Gegenteil, sie werden vielleicht zu befürchten haben, daß sie viele Produkte nicht bekommen, weil wir sie an die Stellen leiten, die wir zuerst befriedigen wollen. Die ganze Welt ist ausgehungert; viele deutsche Produkte, insbesondere die Chemikalien und Farbstoffe fehlen, und Absatzmöglichkeiten werden unmittelbar nach dem Kriege genügend vorhanden sein. Jede deutsche Produktion, die überhaupt möglich ist, wird aufgenommen werden können. Aus dem Grunde glaube ich auch, daß sich innerhalb der nächsten Jahre nach dem Kriege schon die Fäden wieder gesponnen haben, die die Überbrückung aller derartiger hemmenden Maßnahmen ermöglichen werden. Wir selbst haben dann in uns die Unterlagen geschaffen, welche uns mit den während des Krieges gemachten Fortschritten die Kraft geben, uns doch wieder durchzusetzen. (Beifall.)

Dr. Wilhelm Bitter - Hamburg:

Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bei der späten Stunde nur ganz wenige Minuten beschäftigen. Ich komme aus Hamburg und von der Schiffahrt. Die Schiffahrt ist gerade ein Teil unseres Volkslebens, der die Gefahr, von der der erste Herr Redner sprach, namentlich von der Durchführbarkeit des Teilboykotts Englands zu fürchten hat. Daß England in dieser Richtung ganz bestimmte Absichten hat, steht fest. Wenn ich hier nicht nähere Mitteilungen bei diesem immerhin

noch etwas großen Kreise machen kann, so will ich es so machen wie Herr Rathenau in seinem Vortrage über die Rohstoffversorgung es macht, nämlich es an einem erdachten Beispiele erläutern. Ich sage also im voraus, daß das Beispiel nicht richtig ist; aber das was tatsächlich ist, ist dem Beispiel, wie ich es konstruiere, sehr ähnlich.

Es gehört, um die Schiffahrt zu kontrollieren und zu hemmen, ja durchaus nicht dazu, das Land durch Gesetze abzusperren, etwa durch Wiedereinführung der alten Navigationsakte. England hat das alles schon einmal gehabt und braucht die alten Gesetze, die es etwa 1850 außer Kraft setzte, nur wieder anzuwenden, dann hat es die vollkommene Sperrung.

Aber es hat in modernerer Weise ganz andere Mittel. Wenn ich einen Hafen für eine fremde Nation unbequem machen, ja beinahe ganz sperren will, so brauche ich nur wenige Mittel. Wenn es mir z. B. gelingt, sämtliche Kräne, die in diesem Hafen sind, in eine Hand zu bekommen, sie alle zu kaufen, eine kleine Gesellschaft zu gründen und die Aktien dieser Gesellschaft zu haben, so genügt das. Für solche Transaktion ist der englische Staat sehr bereit. Ich erinnere an die Suezkanalaktien. Also ich setze den Fall: Der englische Staat hat die sämtlichen Aktien einer Gesellschaft, welche die Kräne eines Hafens besitzt, und diese Gesellschaft weigert sich nun, deutsche Schiffe zu bedienen. Dieser Fall ist überaus schwierig nach Friedensschluß zu behandeln. Denn wenn die Gesellschaft von dem Staat, in welchem sie liegt, nicht zu einem anderen Verhalten gezwungen werden kann, weil sie einfach nicht in ihrem Konzessionsvertrage die Verpflichtung hat, die Schiffe aller Nationen zu bedienen, so ist es ja ihre Sache, ob sie eine Verdienstgelegenheit benutzen will oder nicht. Der betreffende Staat sagt also, er könne nichts machen, die Gesellschaft sei frei in ihren Privatverträgen und sie weigere sich nun einmal, die Schiffe deutscher Nation zu bedienen. Auf diese Weise ist der Hafen für deutsche Schiffe boykottiert.

Nun gibt es ja nicht nur Kräne, es gibt Kohlen, es gibt Docks, es gibt die drahtlose Nachrichtengelegenheit aus einem Hafen. Das alles kann in Gesellschaftsform leicht unter Kontrolle kommen.

Wenn man einmal an diese Umstände denkt und liest, daß es in den Pariser Beschlüssen auch heißt: „Die Alliierten sollen sich hierfür z. B. subsidiärer Unternehmungen, die unter Leitung oder Kontrolle des Staats selbst stehen, bedienen“, so ist der Weg, der dort angedeutet wird, gerade

das, wovon ich sprach. England hat die Macht und den festen Willen, dies auszuüben.

Man wird sein besonderes Augenmerk auf den Absatz 1 der Bestimmung unter I der dauernden Maßnahmen (C.) richten müssen. Der erste Satz dieses Absatzes klingt verhältnismäßig harmlos so, als wenn es sich nur um die Unterstützung neuer Industrien handle, welche die Länder der Alliierten, soweit Rohstoffe und Fabrikate in Betracht kommen, von den feindlichen Ländern unabhängig machen sollen. Aber in dem zweiten Satze wird, wenn auch in verschwommener Form, gesagt, daß die Maßnahmen dahin zielen sollen, die Unabhängigkeit der Alliierten nicht nur in bezug auf ihre Versorgungsquellen, sondern auch für ihre finanzielle, geschäftliche und maritime Organisation zu sichern. Darunter würden also auch die Sperrungen und Behinderungen fremder Schifffahrt fallen.

Nun möchte ich noch davor warnen, zu glauben, wie Herr Dr. Stresemann meinte, mit unserm blossen Dasitzen auf unsern Faustpfändern und mit Willen auf den Friedensverhandlungen das Günstigste durchzusetzen, würden wir diese Gefahren beseitigen. Die von mir geschilderten Gefahren sind auch bei Friedensverhandlungen sehr schwer aus der Welt zu schaffen. Sie liegen tiefer und sind natürlich aus dem Haß und aus dem Willen hervorgegangen, uns zu schädigen. Aber der englische Geschäftsgeist ist so gewandt und so geschickt in diesen Formen, daß er auch an den Friedensverhandlungen vorbeizukommen sucht. Darum wird es eine Aufgabe unserer Unterhändler sein, trotz alledem zu suchen, die Friedensbedingungen so zu formulieren, daß auch diese Gefahren beseitigt werden. Es wird vielleicht dazu gehören, zu sagen, daß Deutschland keine Abtretung oder Verpfändung von Konzessionen und keine Abtretungen von Rechten an öffentliche Transport- und ähnlichen Unternehmungen, die für die internationale Schifffahrt in Frage kommen, anerkennt, sofern sie nach Beginn der Feindseligkeiten erfolgt sind. Denn bei allen solchen Abtretungen im Interesse Englands oder einer anderen feindlichen Nation wird zu vermuten sein, daß sie zu diesem Zweck geschehen sind.

Meine Herren! Ich hätte noch manches andere auf dem Herzen, aber die Zeit ist zu kurz. Immerhin glaube ich, daß auch diese kurzen Mitteilungen, die ich Ihnen gemacht habe, für Sie von Interesse sein werden (Beifall).

Schlußwort.

Professor Dr. Prion:

Ich möchte — angesichts der vorgerückten Stunde — Ihre Aufmerksamkeit nur noch für wenige Minuten in Anspruch nehmen. Herrn Hecht darf ich erwidern, daß ich den Grund, den er für unsere allgemeine Unbeliebtheit im Auslande angeführt hat, nämlich die nach seiner Meinung zu weitgehende Konkurrenz unter den deutschen Kaufleuten, wohl gestreift habe. Ich bin aber mit Herrn Stresemann der Meinung, daß diese „Methode“ nur zu einem geringen Teil den Haß unserer Gegner erklärt. Genau wie letzterer halte ich als die ausschlaggebende Ursache für den jetzt im Krieg zum Durchbruch gekommenen Haß eben das Gefühl der Unterlegenheit, das unsere Gegner angesichts der Leistungsfähigkeit des deutschen Handels, der deutschen Industrie, der deutschen Volkswirtschaft überhaupt, beschlichen hat. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Herrn Hecht und Herrn Stresemann erklären sich mir daraus, daß Herr Stresemann als Vertreter der Industrie spricht, der naturgemäß mit der Herantragung der deutschen Waren an die entferntesten Dörfer zu den billigsten Preisen nur gedient sein kann, während Herr Hecht mehr an die Kaufleute denkt, die durch eine übertriebene Konkurrenz von seiten solcher Personen, die nicht viel zu riskieren haben, geschädigt werden.

Herrn Hecht gebe ich zu, daß ich die Rohstofffrage hätte ausführlicher behandeln können, wiewohl ich glaube, die Wichtigkeit dieser Frage ausdrücklich hervorgehoben zu haben. Ich habe darüber aber deshalb weniger gesagt, weil mir erschöpfendes Material nicht zur Verfügung gestanden hat. Hier könnte z. B. die von mir vorgeschlagene Abwehrstelle eingreifen, indem sie auch das auf die Rohstofffrage bezügliche Material sammelte, das nicht in der Öffentlichkeit so vorliegt, wie die übrigen Maßnahmen, sondern mehr den einzelnen Interessenten durch Privatberichte bekannt ist.

Herr Hecht hat darauf hingewiesen, daß wir nach dem Kriege mehr Japan zu fürchten haben werden. Herr Stresemann hat hinzugefügt: die Vereinigten Staaten von Nord-

amerika. Diese Hinweise sind richtig; ich habe sie auch an einer Stelle kurz angedeutet (Verhalten der Neutralen), sie aber, da ich mich streng an das Thema „Pariser Wirtschaftskonferenz“ halten wollte, nicht näher begründet. Nichtsdestoweniger bin ich den Herrn Vorrednern dankbar dafür, daß sie auf diese — auch nach meiner Meinung — weit größere Gefahr für unseren Außenhandel hingewiesen haben.

In einem Punkte hat mich Herr Stresemann wohl mißverstanden. Anknüpfend an das, was er über die Gründe gesagt hat, die zu der Entfachung des Hasses unserer Feinde geführt haben und die ich durchaus teile, habe ich doch keineswegs, wie er anzunehmen scheint, die Überlegenheit der deutschen Industrie und des deutschen Handels als etwas hingestellt, über das unsere Gegner „mit Recht“, — so glaube ich verstanden zu haben — verschnupft sein müßten. Das kann nur ein Mißverständnis sein: ich halte selbstverständlich die rastlose und aufopfernde, nie ermüdende Tätigkeit des Kaufmanns und Industriellen für ein durchaus legales Mittel, der Konkurrenz der andern Völker zu beugen.

Was die besonderen Bemerkungen Herrn Stresemanns zu den „Beschlüssen“ der Pariser Konferenz anlangt, so stimme ich mit ihm darin überein, daß es naturgemäß töricht von seiten unserer Gegner ist, von einer Überschwemmung mit deutschen Waren zu reden. Ich freue mich auch, aus so be-rufenem Munde gehört zu haben, daß er den Willen unserer Feinde, uns zu schädigen, ja zu vernichten, wenn sie es könnten, nicht unterschätzt, und daß er auch die aus der Proklamierung des Wirtschaftskrieges verbleibenden Schwierigkeiten für die Wiederaufnahme unseres Handels nicht verkennt, die von Herrn Dr. Bitter bezüglich der Schifffahrt ja in sehr bemerkenswerter Weise unterstrichen worden sind. Es freut mich auch besonders, festzustellen, daß ein Vertreter der deutschen Industrie — und wie ich hinzufügen möchte — auch Herr Dr. Horney im Namen speziell der chemischen Industrie öffentlich bestätigt, daß auf dem Gebiete unserer weltwirtschaftlichen Stellung kein Pessimismus am Platze ist. Das mögen sich unsere Feinde merken — und die einsichtigen Leute unter ihnen wissen das auch.

Nicht einverstanden kann ich mich dagegen, und damit möchte ich schließen, mit dem Hinweis darauf erklären, daß wir letzten Endes die Gestaltung des Wirtschaftsverkehrs nach dem Kriege in den Friedensverhandlungen erzwingen könnten und daß wir dazu zum mindesten die Faustpfänder benutzen müßten, die wir in Händen haben. Damit hätten ja unsere

Gegner fast einen Nebenzweck ihrer Konferenzbeschlüsse erreicht: nämlich, daß sie einfach am Konferenztisch Beschlüsse zu Papier bringen und wir für diese Beschlüsse unsere Faustpfänder herausgeben, die wir mit großen Opfern an Gut und Blut erobert haben. Und wenn ich auch annehme, daß Herr Stresemann seine Ausführungen nicht in dieser Weise verstanden haben will, so möchte ich hier doch noch einmal betonen — und das habe ich auch Herrn Dr. Horney zu erwidern —, daß m. E. hier die Tätigkeit der Zentralabwehrstelle wiederum einzusetzen hat. Sie soll den Engländern schon heute begreiflich machen, daß wir dem von ihnen provozierten Wirtschaftskrieg mit Wirtschaftswaffen begegnen werden — wenn sie den friedlichen, mit legalen Mitteln zu führenden Wirtschaftswettbewerb nicht vorziehen sollten —, daß wir ihren Beschlüssen auf der Wirtschaftskonferenz alle uns zu Gebote stehenden Welthandelswaffen entgegensetzen werden, daß wir aber keinesfalls geneigt sind, ihre papiernen Beschlüsse mit unsern militärischen Erfolgen zu kompensieren. Die Vorarbeiten für diese Stellungnahme in den Friedensverhandlungen kann m. E. nur die von mir vorgeschlagene Zentralstelle liefern.

Anlage I.

Wortlaut der Beschlüsse der Pariser Konferenz.

(Aus Jastrow: Die handelspolitische Zukunft Deutschlands.)

1. Die Vertreter der alliierten Regierungen traten am 14., 15., 16., und 17. Juni unter Vorsitz des Handelsministers M. Clémentel zusammen, um das ihnen durch die Pariser Konferenz vom 28. März 1916 übertragene Mandat zu erfüllen, der Solidarität ihrer Ansichten und Interessen praktischen Ausdruck zu geben und ihren Regierungen zweckentsprechende Maßregeln zur Verwirklichung dieser Solidarität vorzuschlagen.

2. Sie erklären, daß die Zentralmächte, nachdem sie ihnen den Krieg trotz aller ihrer Bemühungen, den Konflikt zu vermeiden, aufgezwungen, jetzt im Einvernehmen mit ihren Verbündeten Vorbereitungen für einen Kampf wirtschaftlicher Natur treffen, die nicht nur den Friedensschluß überdauern, sondern dann ihren ganzen Zweck und volle Wirksamkeit erreichen sollen.

3. Sie können sich deshalb nicht verhehlen, daß die zwischen ihren Feinden hierzu in Vorbereitung befindlichen Vereinbarungen das offensichtliche Ziel haben, die Produktion und Märkte der ganzen Welt zu beherrschen und anderen Ländern ein unerträgliches Joch aufzuerlegen.

Angesichts einer so schweren Gefahr sehen die Vertreter der alliierten Regierungen es, ihrer notwendigen und berechtigten Verteidigung wegen, als Pflicht an, von jetzt ab alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um einesteiis für sich und alle neutralen Märkte volle wirtschaftliche Freiheit und Achtung vor gesunder Geschäftsführung zu sichern, und andernteils die Organisation ihres wirtschaftlichen Bundes auf dauernder Grundlage zu erleichtern.

Zu diesem Zweck haben sich die Vertreter der alliierten Staaten entschlossen, ihren Regierungen folgende Anträge zur Genehmigung zu unterbreiten:

A. Maßnahmen für die Kriegsdauer.

I.

Gesetze und Verordnungen betr. Verbot des Handels mit dem Feind sollen in Übereinstimmung gebracht werden.

Hierzu ist erforderlich:

- a) Die Alliierten werden ihre eigenen Untertanen, Bürger und alle in ihren Ländern wohnenden Personen verhindern, irgend welchen Handel zu treiben mit:
 1. Bewohnern feindlicher Länder, ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit.
 2. Feindlichen Untertanen, Wohnsitz einerlei.

3. Personen, Firmen und Gesellschaften, deren Geschäfte ganz oder teilweise durch feindliche Untertanen kontrolliert werden oder feindlichen Einflüssen unterliegen und deren Namen in besonderer Liste aufgeführt sind.
- b) Sie werden die Einfuhr aller aus feindlichen Ländern stammenden oder kommenden Waren in ihre Landesgebiete untersagen.
- c) Sie werden Mittel ausfindig machen, um ein System festzulegen, wonach die mit feindlichen Untertanen abgeschlossenen und den nationalen Interessen schädlichen Kontrakte bedingungslos annulliert werden können.

II.

Geschäftliche Unternehmungen, die in Ländern unter Oberhoheit der Alliierten, feindlichen Untertanen gehören oder unter ihrer Leitung stehen, werden sämtlich sequestriert oder unter Kontrolle gestellt; Maßnahmen sind zu treffen zwecks Auflösung einiger dieser Unternehmungen und Realisierung ihrer Aktiva, deren Ergebnisse sequestriert oder unter Kontrolle bleiben müssen.

III.

Außer den Ausfuhrverboten, die durch die innere Lage jedes der alliierten Länder nötig geworden, werden die Alliierten, die schon für Beschränkung der feindlichen Zufuhren, sowohl in den Mutterländern, wie in den Dominions, Kolonien und Protektoraten getroffenen Maßnahmen ergänzen:

1. Durch Vereinheitlichung der Listen über Konterbande und Ausfuhrverbote, besonders durch Ausfuhrverbote aller als absolute oder bedingte Konterbande erklärten Waren.
2. Dadurch, daß die Gewährung von Lizenzen für Ausfuhr nach neutralen Ländern, aus denen Ausfuhr nach feindlichen Gebieten möglich wäre, von Kontrollorganisationen, die von den Alliierten genehmigt, in diesen Ländern abhängig gemacht wird; falls derartige Organisationen nicht vorhanden, wären besondere Garantien, wie Beschränkung der ausgeführten Mengen, Aufsicht durch Konsulatsbeamte der Alliierten usw., erforderlich.

B. Übergangsmaßnahmen für die Zeit des geschäftlichen, industriellen, landwirtschaftlichen und maritimen Wiederaufbaus der alliierten Länder.

I.

Die Alliierten erklären ihren gemeinsamen Entschluß, die Wiederherstellung der durch Zerstörung, Raub und ungerechte Requisition leidenden Gegenden zu sichern, sowie gemeinschaftlich Mittel und Wege ausfindig zu machen, ihnen vor allem zur Rückerstattung ihrer Rohstoffe, industriellen und landwirtschaftlichen Anlagen, Vorräte mit Handelsflotte zu verhelfen oder ihnen Beistand zu leisten, damit sie sich in dieser Beziehung neu ausstatten können.

II.

Da durch den Krieg alle Handelsverträge zwischen den Alliierten und feindlichen Mächten aufgehoben sind und es von hoher Bedeutung ist, daß während der Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der der Beendigung der Feindseligkeiten folgen wird, die Freiheit keines der

Alliierten durch irgendwelche Ansprüche der feindlichen Mächte auf Meistbegünstigung behindert wird, gehen die Alliierten dahin einig, daß die Vorteile dieser Vergünstigung jenen Mächten für eine gemeinschaftlich festzusetzende Anzahl von Jahren nicht zustehen sollen. Während dieses Zeitraumes werden die Alliierten sich bemühen, einander die weitgehendsten Absatzkompensationen zu sichern, falls sich irgendwelche, für ihren Handel schädliche Folgen aus der Anwendung der im vorigen Paragraph erwähnten Maßnahmen ergeben sollten.

III.

Die Alliierten erklären sich dahin einig, den verbündeten Ländern, vor allen andern, ihre natürlichen Hilfsquellen während der ganzen Zeit des geschäftlichen, industriellen, landwirtschaftlichen und maritimen Wiederaufbaus zu bewahren; zu diesem Zweck werden sie besondere Abmachungen treffen, um den Austausch dieser Hilfsquellen zu erleichtern.

IV.

Zwecks Verteidigung ihrer Handels-, Landwirtschafts- und Schiffahrtsinteressen gegen wirtschaftliche Angriffe durch Überschwemmung mit Waren oder irgendsonstige unfaire Konkurrenz werden die Alliierten gemeinschaftlich einen Zeitraum festsetzen, während dem der Handel der feindlichen Mächte besonderer Behandlung unterliegen und die dorthier stammenden Waren entweder einem Verbot oder besonderen Methoden wirksamer Natur unterworfen sein sollen. Die Alliierten werden sich auf diplomatischem Wege über die Spezialbedingungen entscheiden, die während erwähnter Zeit auf Schiffe der Feindesmächte Anwendung finden sollen.

V.

Die Alliierten werden die Maßnahmen bestimmen, die gemeinsam oder einzeln zu treffen sind, um feindliche Untertanen an Ausübung gewisser Gewerbe oder Berufe in ihren Gebieten zu verhindern, die die Landesverteidigung oder die wirtschaftliche Unabhängigkeit betreffen.

C. Dauernde Maßnahmen für gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeiten zwischen den Alliierten.

I.

Die Alliierten werden unverzüglich die nötigen Schritte tun, um sich von den feindlichen Ländern unabhängig zu machen, soweit Rohstoffe und Fabrikate in Betracht kommen, die für normale Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Betätigung von Wichtigkeit sind. Diese Maßnahmen sollen dahin zielen, die Unabhängigkeit der Alliierten nicht nur in bezug auf ihre Versorgungsquellen, sondern auch für ihre finanzielle, geschäftliche und maritime Organisation zu sichern.

Die Alliierten werden solche Maßnahmen treffen, die ihnen zur Ausführung dieses Entschlusses je nach Natur der Waren am geeignetsten erscheinen, unter Berücksichtigung der Richtlinien, die ihre Wirtschaftspolitik verfolgt.

Sie können sich hierfür z. B. subsidiierter Unternehmungen, die unter Leitung oder Kontrolle des Staates selbst stehen, bedienen, oder finanzielle Beihilfe zur Belebung wissenschaftlicher und technischer Untersuchungen und Entwicklung nationaler Industrien und Hilfsquellen

gewähren, Zollabgaben oder Verbote zeitweiligen oder dauernden Charakters einführen, oder Kombinationen dieser verschiedenen Methoden schaffen.

Welcher Art auch die anzuwendenden Methoden sein mögen, das von den Alliierten erstrebte Ziel ist: die Produktion innerhalb ihrer Länder, als einem Ganzen, genügend zu vergrößern, um es ihnen zu ermöglichen, die wirtschaftliche Stellung und Unabhängigkeit gegenüber feindlichen Ländern zu erhalten und zu entwickeln.

II.

Um den Austausch ihrer Erzeugnisse zu ermöglichen, werden die Alliierten Maßnahmen treffen, um ihre gegenseitigen Handelsbeziehungen zu erleichtern, sowohl durch Einrichtung direkter und schneller Land- und Seetransportmöglichkeiten zu niedrigen Raten, als auch durch Ausdehnung und Verbesserung des Post-, Telegraphenwesens und anderer Verständigungswege.

III.

Die Alliierten werden eine Zusammenkunft technischer Delegierter berufen, um Maßnahmen zur weit möglichsten Anpassung ihrer Gesetze über Patente, Ursprungszeichen und Handelsmarken zu treffen. In bezug auf Patente, Handelsmarken, sowie das „copyright“ von literarischen und künstlerischen Erzeugnissen, die während des Kriegs in feindlichen Ländern entstanden sind, werden die Alliierten, soweit als möglich, nach Beendigung der Feindseligkeiten in gleicher Weise vorgehen.

Die technischen Delegierten der Alliierten werden diese Maßnahmen ausarbeiten.

D.

Da die alliierten Mächte zwecks gemeinsamer Abwehr gegen den Feind sich verständigt haben, eine gemeinsame Wirtschaftspolitik auf Grund der in den angenommenen Beschlüssen festgelegten Richtlinien zu befolgen und die Wirksamkeit dieser Politik völlig darauf beruht, daß diese Beschlüsse sogleich in Kraft treten, wird den alliierten Regierungen von ihren Vertretern empfohlen, ohne Verzug alle zeitweiligen oder dauernden Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, dieser Politik sogleich vollständige Wirkung zu verleihen, und einander die zur Erreichung dieses Zwecks getroffenen Entschlüsse bekanntzugeben.

Anlage II.

Statistik.

A. Vergleichende Übersichten¹⁾.

1. Bevölkerung.

	Termin	Einwohner in Millionen	auf 1 qkm
1. Deutsches Reich	1. 12. 1910	64,9	120
2. Österreich-Ungarn	31. 12. 1910	51,4	76
3. Rußland	9. 2. 1897	105,9	20
4. England	1. 4. 1911	45,2	144
5. Frankreich	5. 3. 1911	39,7	74
6. Italien	1. 6. 1911	34,7	121

2. Erwerbstätige nach Berufsabteilungen in Millionen.

	Jahr	Land- und Forstwirtschaft	Industrie u. Bergbau	Handel und Verkehr
1. Deutsches Reich	1907	9,88	11,25	3,47
2. Österreich-Ung.	1910	8,50	3,63	1,32
	1900	6,05	1,18	0,36
3. Rußland	1897	18,24	5,59	2,21
4. England	1911	1,40	7,63	4,88
5. Frankreich	1906	8,86	6,58	2,95
6. Italien	1901	9,66	3,99	1,12

3. Produktion in Millionen Tonnen.

	Eisen- erz	Roheisen		Kohlen	Stahl		Baumwoll- spindeln in Mill. Stück 1. März 1914
	1912	1892	1912	1913	1900	1913	
Deutsches Reich	32,7	4,9	17,6	278	6,6	17,3	11,4
England	14,0	6,8	9,0	291	5,1	7,0	55,9
Frankreich	18,5	2,0	4,9	41	1,6	2,8	7,4
Vereinigte Staaten	60,4	9,0	30,0	517	10	31	31,5
Österreich-Ungarn	4,7	1,0	2,6	51	—	—	4,9
Rußland	8,2	1,0	4,2	31	—	—	9,1

¹⁾ Aus Harms: Deutschlands Anteil am Welthandel und Weltseeschiffahrt, Berlin 1916. Ergänzend: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.

4. Welthandel in Milliarden Mark.

Jahr	Gesamt- handel	Spezialhandel							
		England		Deutschland		Verein. Staaten		Frankreich	
		Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.
1800	6,0	—	—	—	—	—	—	—	—
1850	16,6	—	—	—	—	—	—	—	—
1870	43,8	5,8	4,0	—	—	—	—	—	—
1880	60,6	6,9	4,4	2,8	2,8	2,6	3,3	4,0	2,6
1890	69,0	7,1	5,3	4,1	3,2	3,1	3,4	3,4	3,0
1900	88,5	9,2	5,8	5,7	4,6	3,4	5,6	3,7	3,2
1910	150,0	11,5	8,6	8,8	7,3	6,4	7,1	5,7	5,0

5. Welthandelsflotte.

	1901		1911		Zunahme der Tonnen in Prozent 1901—1911
	Absolut in Millionen Tonnen	Anteil am Welt- handel in Prozent	Absolut in Millionen Tonnen	Anteil am Welt- handel in Prozent	
England	7,8	53,3	11,1	49,8	42
Deutschland	1,5	10,6	2,4	11,0	60
Vereinigte Staaten	0,9	6,2	1,3	5,9	44
Frankreich	0,5	3,6	0,8	3,8	60

B. Der Außenhandel der einzelnen Länder.

a) Die **Entwicklung** des Außenhandels von 1872 bis 1910.
1. Deutschland¹⁾.

Jahr	Einfuhr				Ausfuhr			
	in 1000 t	pro Kopf der Bevöl- kerung Mark	in Mill. Mark	pro Kopf der Bevöl- kerung Mark	in 1000 t	pro Kopf der Bevöl- kerung Mark	in Mill. Mark	pro Kopf der Bevöl- kerung Mark
1872	13 325	0,32	3 465	83,7	10 049	0,24	2 492	60
1880	14 171	0,31	2 844	63,0	16 401	0,31	2 976	65
1890	28 142	0,57	4 272	86,0	19 365	0,40	3 409	70
1900	45 911	0,81	6 043	107,0	32 681	0,58	4 752	84
1910	62 995	0,97	8 934	137,0	48 765	0,75	7 474	115

¹⁾ Aus Harms: Deutschlands Anteil am Welthandel und Welt-
schiffahrt, Berlin 1916. Ergänzend: Statistisches Jahrbuch für das
Deutsche Reich.

b) von 1910 bis 1913: in Millionen Mark.

	Einfuhr	Ausfuhr	Zusammen
1910	8 934	7 474	16 408
1911	9 705	8 106	17 811
1912	10 691	8 956	19 648
1913	10 770	10 096	20 866

c) nach Warengattungen im Jahre 1913.

	Einfuhr		Ausfuhr	
	in Mill. M.	in %	in Mill. M.	in %
Rohstoffe	6 242	58,0	2 657	26,3
Fertigfabrikate	1 478	13,7	6 395	63,3
Nahrungsmittel	2 759	25,6	1 035	10,2
Vieh	289	2,7	7	0,1

d) nach Ländern 1889 und 1913 in %.

	1889		1913	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1. Europa	79,5	77,1	54,7	76,1
2. Afrika	0,9	0,7	4,6	2,1
3. Asien	3,1	2,6	9,8	5,5
4. Amerika	15,6	18,9	27,8	15,3
5. Australien	0,9	0,7	3,0	1,0
2—5 zusammen	20,5	22,9	45,2	23,9

e) im Jahre 1913 in %.

	Einfuhr	Ausfuhr
1. England	8,1	14,2
2. Frankreich	5,4	7,8
3. Rußland	13,2	8,7
4. Österreich-Ungarn	7,7	10,9
5. Amerika	15,9	7,1

f) nach Europa¹⁾ in Milliarden Mark.

	Ausfuhr	Einfuhr
feindlichem Ausland	4,17 = 41,3 %	3,60 = 33,4 %
verbündetem Ausland	1,26 = 11,9 "	0,95 = 8,8 "
neutralem Ausland	2,3 = 22,8 "	1,38 = 12,8 "

¹⁾ Aus März: Die Zukunft des deutschen Außenhandels.

2. Außenhandel: England, in Milliarden Mark.

	1. Halbjahr				Ganzes Jahr				
	1916		1915		1915		1913		
	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Ausfuhr	Ein- fuhr	Ausfuhr	
Nahrungs- u. Genußmittel	4,1	0,5	3,6	0,5	7,6	0,5	5,8	0,6	
Rohstoffe u. Halbfabrikate	3,2	1,2	3,2	1,0	5,7	1,0	5,6	1,4	
Fertigfabrikate	2,0	4,0	1,7	3,0	3,6	5,8	3,8	8,2	
Insgesamt	9,3	5,7	8,5	4,5	16,9	7,3	15,2	10,2	
						+2,0	Wieder- ausfuhr	+2,2	Wieder- ausfuhr
Einfuhrüberschuß	3,6		3,9		7,6		2,8		

3. Außenhandel: Frankreich, in Milliarden Francs.

	1. Halbjahr				Ganzes Jahr			
	1916		1915		1915		1913	
	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Ausfuhr	Ein- fuhr	Ausfuhr
Nahrungs- und Genußmittel.	1,9	0,37	1,2	0,22	2,5	0,60	1,9	0,8
Gewerbliche Rohstoffe	4,3	0,52	2,0	0,34	3,1	0,61	3,9	1,9
Fertigfabrikate	2,2	1,52	1,3	1,03	2,3	1,81	1,8	3,6
Postpakete	—	0,27	—	0,11	—	—	—	—
Insgesamt	8,5	2,68	4,5	1,70	7,9	3,02	7,6	6,3
Einfuhrüberschuß	5,9		2,8		4,9		2,3	

4. Außenhandel: a) Rußland, in Millionen Rubel.

	1. Halbjahr				Ganzes Jahr	
	1916		1915		1913	
	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr
Lebensmittel	49,3	58,3	32,1	50,9	163,0	807,2
Rohstoffe	164,6	101,1	78,2	35,1	600,9	550,2
Fabrikate	256,6	9,3	70,3	8,1	453,5	30,4
Insgesamt	470,5	168,7	180,6	94,1	1217,4	1367,8
Einfuhrüberschuß	291,8		86,5			
Ausfuhrüberschuß						170,4

b) Außenhandel Rußland nach Ländern.

	1913	
	Einfuhr	Ausfuhr
Deutschland	642,8	452,6
England	170,4	266,9
Frankreich	56,0	100,9

Es gingen über	Einfuhr			Ausfuhr		
	1913	1914	1915	1913	1914	1915
Europäische Grenze	1146	854	429	1232	706	181
Kaukasus, Schwarzes Meer .	18	22	1,4	133	104	—
Asiatische Grenze	153	159	439	99	90	83 8
Im Handel mit Finnland .	56	62	244	55	56	132,6
	1373	1097	1114	1519	956,1	397,2

Literaturübersicht.

- Artand, Arien**, Präsident der Handelskammer Marseille: Bericht über die dringende Notwendigkeit, in den deutschen und österreichisch-ungarischen Absatzgebieten Fuß zu fassen. (Kriegswirtschaftliche Untersuchungen des Kieler Instituts.) Jena 1916.
- Brentano, Lujo**: Über den Wahnsinn der Handelsfeindseligkeit. München 1916.
- Dix, Arthur**: Der Wirtschaftskrieg. Leipzig 1915.
- Edwards, H.**: Englische Expansion und deutsche Durchdringung als Faktoren im Welthandel. Jena 1916.
- Gothein, Georg**: Deutschlands Handel nach dem Kriege. Tübingen 1916.
- Harms**: Deutschlands Anteil an Welthandel und Weltseefahrt. Stuttgart-Berlin 1916.
- Hesse, A., und Großmann, J.**: Englands Handelskrieg und die chemische Industrie, Stuttgart 1915.
- Horstmann, H.**: Handelsverträge und Meistbegünstigung. Berlin 1916.
- Jastrow, J.**: Die handelspolitische Zukunft Deutschlands. Berlin 1916.
- Levy, H.**: Die englische Gefahr für die weltwirtschaftliche Zukunft des Deutschen Reiches. Berlin 1916.
- März, J.**: Die Zukunft des deutschen Außenhandels. Berlin 1915.
- Oberfohren, E.**: Französische Bestrebungen zur Verdrängung des deutschen Handels. Jena 1916.
- Sartorius v. Waltershausen, A.**: Der Paragraph elf des Frankfurter Friedens. Jena 1915.
- Schumacher, H.**: Meistbegünstigung und Zollunterscheidung. Berlin 1916.
- Stahl, F.**: Die siegende Kraft im Welthandel. Berlin 1916.
- Ferner: Kriegswirtschaftliche Nachrichten aus dem Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft Kiel. Die Auslandspresse.

Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8

Rechts- und Staatswissenschaftlicher Verlag

Die Entwicklung der Diskontpolitik der Bank von England 1780—1850

Eine kritische Studie
aus dem Notenbank- und Papiergeldwesen

von

Dr. Peter Aretz

Preis geheftet 6 M

1916

Preis gebunden 8 M

Die Finanzen der Großmächte

Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien, Frankreich, Rußland,
Großbritannien, Vereinigte Staaten von Amerika, Japan

Eine internationale finanzstatistische Untersuchung

von

Dr. Friedrich Zahn

Preis 5 M

1908

Preis 5 M

Das englische Prisenrecht in seiner neuesten Gestalt

Unter besonderer Berücksichtigung der seit August 1914 erlassenen Gesetze und gefällten Entscheidungen der Prisen-gerichte Englands und der britischen Überseebesitzungen und Protektorate

von

Charles Henry Huberich

Dr. jur. (Heidelberg, Yale, Melbourne), ehem. ord. Professor der Rechte an der Stanford Universität (Californien), Mitglied der Anwaltschaft des Obersten Bundesgerichtes der Vereinigten Staaten von Amerika

Advokat: Berlin, Hamburg, Haag, Paris

Herausgegeben im Auftrage

der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin

Preis geheftet 4 M

1915

Preis gebunden 5 M

Gedruckt bei Julius Sittenfeld, Hofbuchdr., Berlin W 8